

Betroffene erinnern sich (13)

Dr. Theo Mechtenberg

30 Jahre Zielperson des MfS

Eine Fallstudie zu Aufklärung und
Simulation der Stasi

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Geleitwort	2
Vorwort	3
1. Vikar in der Lutherstadt Wittenberg	6
2. Studentenpfarrer in geistig bewegter Zeit	21
3. Konflikte um den Arbeitskreis „Pacem in terris“	37
4. IMS „René“ initiiert die Bildung eines Jungakademikerkreises	46
5. Als Agent des amerikanischen Geheimdienstes verdächtigt	49
6. Der lange Arm des MfS	58
7. Rückkehr in die Bundesrepublik	69
8. Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk	74
9. Miterfasst in der OPK „Patron“	81
10. Die OPK „Keramik“	86
Abkürzungsverzeichnis	101

Hinweis: Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert.

Die Partei- und Staatsführung der DDR versuchte, die Menschen in ihrem Bereich weitgehend von anderen, als den selbst für richtig gehaltenen, Einflüssen abzuschotten oder die Kontakte wenigstens zu kontrollieren und zu kanalisieren. Die vorliegende Broschüre beschreibt, wie ein Katholik sein Leben über die verschiedensten Grenzen hinweg plant, organisiert und lebt.

Dr. Mechtenberg kam 1955 nach seinem Theologiestudium aus der Bundesrepublik in die DDR um dort mit katholischen Christen zu arbeiten. Er arbeitete 10 Jahre als Vikar in der Lutherstadt Wittenberg, bevor er 1964 Studentenpfarrer in Magdeburg wurde. 1971 schied er aus dem Priesteramt aus, verlegte 1972 seinen Wohnsitz nach Polen und kehrte 1979 von dort in die Bundesrepublik zurück. Er schildert anschaulich die Schwierigkeiten mit staatlichen Stellen in der Gemeindearbeit in Wittenberg, z. B. bei dem Einholen einer Veranstaltungsgenehmigung für eine Theateraufführung oder der Gestaltung des Schaukastens der Gemeinde. Besonders die endgültige Schließung der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961 griff tief in sein Leben ein. Sie bedeutete für ihn, dass die Kontakte in die alte Heimat nur einseitig fortgesetzt werden konnten. Er selbst konnte auch zu Besuchen nicht zurück.

Während der Zeit als Studentenpfarrer leitete Dr. Mechtenberg den Arbeitskreis „Pacem in terris“, welcher u. a. die „Einmischung“ der Kirche in „weltliche“ Bereiche, wie z. B. die Arbeitsstelle, in einer sozialistischen Gesellschaft diskutierte. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ordnete diese Tätigkeit in den Bereich der „politischen Diversion“ ein.

Im Bereich der katholischen Kirche wurden wie kaum an anderer Stelle Kontakte zu Polen gepflegt. Das lag unter anderem daran, dass es viele Katholiken aus den ehemals deutschen Gebieten am oder nach Kriegsende 1945 auf das Gebiet der späteren DDR verschlagen hatte. Das MfS beobachtete diese Beziehungen argwöhnisch, besonders wenn es um Kontakte zur polnischen Kirche oder zu oppositionellen Gruppen ging. Dr. Mechtenberg setzte sich im Rahmen der Friedensarbeit für eine Aussöhnung mit Polen ein und geriet auch hierdurch in das Visier des MfS. Die Bearbeitung wurde nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik bis 1989 fortgesetzt, als er sich dort am Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho um aus der DDR übergesiedelte Schriftsteller und deren Förderung kümmerte.

Es wird jedoch deutlich, dass das MfS trotz der umfangreichen Beobachtung, der Postkontrolle und der Berichterstattung durch inoffizielle Mitarbeiter, die grenzüberschreitenden Kontakte nicht wirklich verhindern konnte. Mit der Schilderung seiner Erfahrungen gibt Herr Dr. Mechtenberg gleichzeitig einen Einblick in das Bemühen eines katholischen Christen seinen Glauben zu leben. Für seine Aufzeichnungen sei ihm herzlich gedankt.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Wir hatten keinem etwas getan, aber wir hatten an der Seele des Menschen geschnüffelt. Wir hatten sie in taugliche und untaugliche Seelen eingeteilt ... in brauchbare für uns oder unbrauchbare ...

*Konnte, was **noch** Simulation war, **schon** in Wirklichkeit übergegangen sein, bevor wir es aufgeklärt hatten?*

Wolfgang Hilbig, „Ich“¹

„Was hat Sie eigentlich bewogen, in die ‚Ostzone‘ überzusiedeln?“ Diese Frage ist mir zumal in den ersten Jahren nach meiner Übersiedlung in die DDR in Ost und West oft gestellt worden. Und neben der Verwunderung lag meist ein misstrauischer Unterton in der Fragestellung. Zu einer Zeit, in der Bertolt Brecht unter dem Eindruck des 17. Juni 1953 der Regierung geraten hatte, das Volk aufzulösen und ein anderes zu wählen², war die Meinung verbreitet, nur verbohnte Kommunisten und Kriminelle, die sich ihrer Strafverfolgung zu entziehen suchten, würden in die DDR überwechseln. Nun, ich gehörte weder zu der einen noch zu der anderen Kategorie. Ich hatte nach dem Krieg für das Erzbistum Paderborn katholische Theologie studiert und mich lange vor meiner Priesterweihe für den Dienst im Diasporagebiet des damals noch kirchenrechtlich zur Paderborner Erzdiözese gehörenden erzbischöflichen Kommissariats Magdeburg entschieden. Für meinen Entschluss ausschlaggebend war zum einen meine theologische Überzeugung, dass es sich entgegen der landläufigen Auffassung bei der Diaspora um keine kirchliche Ausnahmesituation, sondern um die ganz normale Präsenz der Kirche in der Welt handelte, zum anderen reizte es mich, statt in wohl geordneten westlichen Verhältnissen meinen Priesterberuf unter Bedingungen auszuüben, die Pioniergeist erforderten und verlangten, den Gläubigen in ihren unausweichlichen Auseinandersetzungen mit dem atheistischen System beizustehen.

So kam es, dass ich im Januar 1955 in die DDR übersiedelte. Ich war zunächst Vikar in der Lutherstadt Wittenberg und machte in den zehn Jahren meiner dortigen Tätigkeit meine ersten Erfahrungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). 1964 wurde ich dann zum Studentenpfarrer in Magdeburg

¹ Wolfgang Hilbig, „Ich“. Roman, Frankfurt/M., 1993. Der Roman enthüllt die gesellschaftliche Deformierung sowie Formen der Dehumanisierung durch die Aktivitäten der offiziellen wie inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter.

² Bertolt Brecht, Gedichte, Berlin (Ost) 1975, S. 396.

ernannt. In den sieben Jahren meiner Magdeburger Zeit konnte ich im Rahmen der katholischen Studentengemeinden (KSG) und der Akademikerarbeit sowie als Leiter eines sozial-ethischen Arbeitskreises eine DDR-weite Wirksamkeit entfalten. In letzterer Funktion gehörte ich einem auf DDR-Ebene tätigen evangelischen Arbeitskreis für Friedensfragen an, der wesentliche Vorarbeiten für die spätere kirchliche Friedensbewegung in der DDR leistete. Fast siebzehn Jahre war ich als katholischer Priester in der DDR tätig. Entsprechend dieser Fallstudie rücken meine speziellen Aufgaben und das dadurch bedingte Interesse des MfS an meine Person in den Vordergrund, und die ganz normalen pastoralen Tätigkeiten wie Gottesdienste, Taufen, Trauungen, Katechesen, Beerdigungen und seelsorgliche Gespräche bleiben unberücksichtigt, wenngleich auch sie meinen priesterlichen Alltag füllten. 1971 schied ich aus dem Priesteramt aus, wurde in den Laienstand rückversetzt und verlagerte meinen Wohnsitz nach Polen, wo ich heiratete und in Wrocław (Breslau) ein Germanistikstudium aufnahm, das ich mit der Promotion abschloss. Meinen Lebensunterhalt verdiente ich als freischaffender Publizist und Übersetzer, später als Mitarbeiter der Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, für die ich vierteljährlich ein deutschsprachiges Bulletin erstellte. Nachdem dem germanistischen Institut der Breslauer Universität seitens des Bildungsministeriums untersagt worden war, mich, wie geplant, etatmäßig anzustellen, kehrte ich 1979 in die Bundesrepublik zurück. Bis zu meinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1993 arbeitete ich als Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk, einem in Vlotho an der Weser ansässigen Ost-West-Institut der politischen Bildung, das – wie aus Stasiunterlagen hervorgeht – als „Feindobjekt“ erfasst war.

Es ist sicher nicht ungewöhnlich, mit einer solchen Vita ins Blickfeld des MfS zu geraten. Sie enthält schließlich eine ganze Reihe von Verdachtsmomenten, die das sich als „Schild und Schwert der Partei“ verstehende Organ *unter Anwendung spezifischer Mittel und Methoden*, wie es unter § 4.2 des MfS-Statuts heißt, aufzuklären hatte, um gegebenenfalls *subversive* Absichten und *konspirative* Aktivitäten des *Klassenfeindes* aufdecken und abwehren zu können.

Im Verlauf meiner Darlegungen wird deutlich werden, dass sich die Bemühungen der Stasi um meine Person von Station zu Station verstärkten und 1981, zwei Jahre nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik, in eine Operative Personenkontrolle (OPK) mündeten. Wer diese mit einem großen personellen, bürokratischen und technischen Aufwand betriebene Überwachung meiner Person unter dem Aspekt einer Kosten-Nutzen-Rechnung

betrachtet, mag der Losung der Massen vom Herbst 1989 „Stasi in die Produktion“ einen spezifischen Sinn abgewinnen, muss doch der aufgeblähte, von Paranoia befallene, letztlich unproduktive und die prekäre Wirtschaftslage zusätzlich belastende Stasiapparat gleichfalls zu den für den Untergang der DDR verantwortlichen Faktoren gezählt werden.

In meiner Fallstudie greife ich auf folgende Quellen zurück: erstens auf die Pfarrchronik der Wittenberger Gemeinde; zweitens auf persönliche Unterlagen; drittens auf die „Treffberichte“ des als IMF „Otto“ – also mit Feindverbinding zum Operativgebiet der Bundesrepublik – geführten Sekretärs der Berliner Ordinarienkonferenz, Prälat Otto Groß; viertens – und dies vor allem – auf die archivierten Stasiakten meiner OPK. Das schriftlich vorliegende Material ergänze ich durch meine persönliche Erinnerung, wo die Dokumentierung einzelner Vorgänge in den Akten fehlt.

1. Vikar in der Lutherstadt Wittenberg

Am 30. August 1954, zwei Wochen nach meiner Priesterweihe im Dom zu Paderborn, erhielt ich meine Ernennung zum Vikar in der Lutherstadt Wittenberg (Dokument 1). Mit diesem Ernennungsschreiben in der Hand konnte ich allerdings noch nicht meine Koffer packen und die Reise nach Wittenberg antreten. Dazu bedurfte es einer Zuzugsgenehmigung vom Rat des Kreises Wittenberg, die mir zunächst verweigert wurde. Auf diese Weise lernte ich jeweils für kurze Zeit als Aushilfspriester verschiedene Gemeinden im Westteil des Paderborner Erzbistums kennen.

Zum Verständnis der damaligen Situation muss man wissen, dass nach Kriegsende der katholische Bevölkerungsanteil in der mitteldeutschen Diaspora durch den Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen sprunghaft angestiegen war, so dass eine ordnungsgemäße Seelsorge kaum mehr möglich erschien. Vor allem mangelte es an Geistlichen. Nach zähen und teilweise dramatischen Verhandlungen erreichte die katholische Kirchenleitung 1952 die staatliche Zusage eines Zuzugs von Theologiestudenten und 30 Priestern aus der Bundesrepublik sowie die Erlaubnis zur Errichtung einer theologischen Hochschule.³

Diese Zusage des Zuzugs von Theologiestudenten war allerdings an die Bedingung geknüpft, dass diese in der DDR beheimatet sein mussten und die 30 Priester *nach 1945 mindestens ein Jahr im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik amtiert haben*. Da weder das eine noch das andere auf mich zutraf, stellte ich einen durch diese Absprache nicht gedeckten Sonderfall dar. Die Pfarrchronik der Gemeinde Wittenberg vermerkt: *Es mußten deshalb Verhandlungen zwischen dem Erzbischöflichen Kommissariat Magdeburg und der Regierung in Berlin geführt werden. Diese kamen im Dezember zum Abschluß. Am 20. 12. wurde Herrn Vikar Mechtenberg die Zuzugsgenehmigung erteilt.* (vgl. Dokument 2)

Am 22. Januar 1955 traf ich endlich in Wittenberg ein. Ich empfand es als etwas Besonderes, als katholischer Priester in der Stadt Luthers tätig sein zu dürfen. Nach der Reformation hatte es Jahrhunderte gedauert, ehe sich 1858 wieder ein katholischer Seelsorger in der Stadt niederließ, wobei sich das Preußische Ministerium veranlasst sah, dem damaligen Paderborner Bischof gegenüber in einem amtlichen Schreiben die Erwartung zu äußern,

³ DDR-Ministerpräsident erteilt kirchlich begrenzte Zuzugsgenehmigung für westdeutsche Seelsorger; in: Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR*, Bd. 1 (1945–1955), Selbstverlag, S. 269.

Erzbischöfliches Kommissariat Magdeburg Sitzort: Deutsche Hohenkirche, Magdeburg, Kottb. 810P Postfachkonto: Magdeburg 10188 Tgl. Nr. <u>608/54</u>	Magdeburg, den 30. August 1954 Heidenstraße 6 Personal 11071
---	---

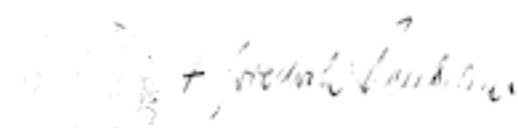
Hiernit beauftrage ich Sie mit der Wahrnehmung der Stelle des
Vikars in W i t t e n b e r g .

Ich hege die Erwartung, daß Sie alle mit diesem Amte verbundenen
Pflichten und Obliegenheiten mit priesterlicher Treue und Gewissenhaftigkeit
wahrnehmen werden.

Sie wollen baldmöglichst melden:

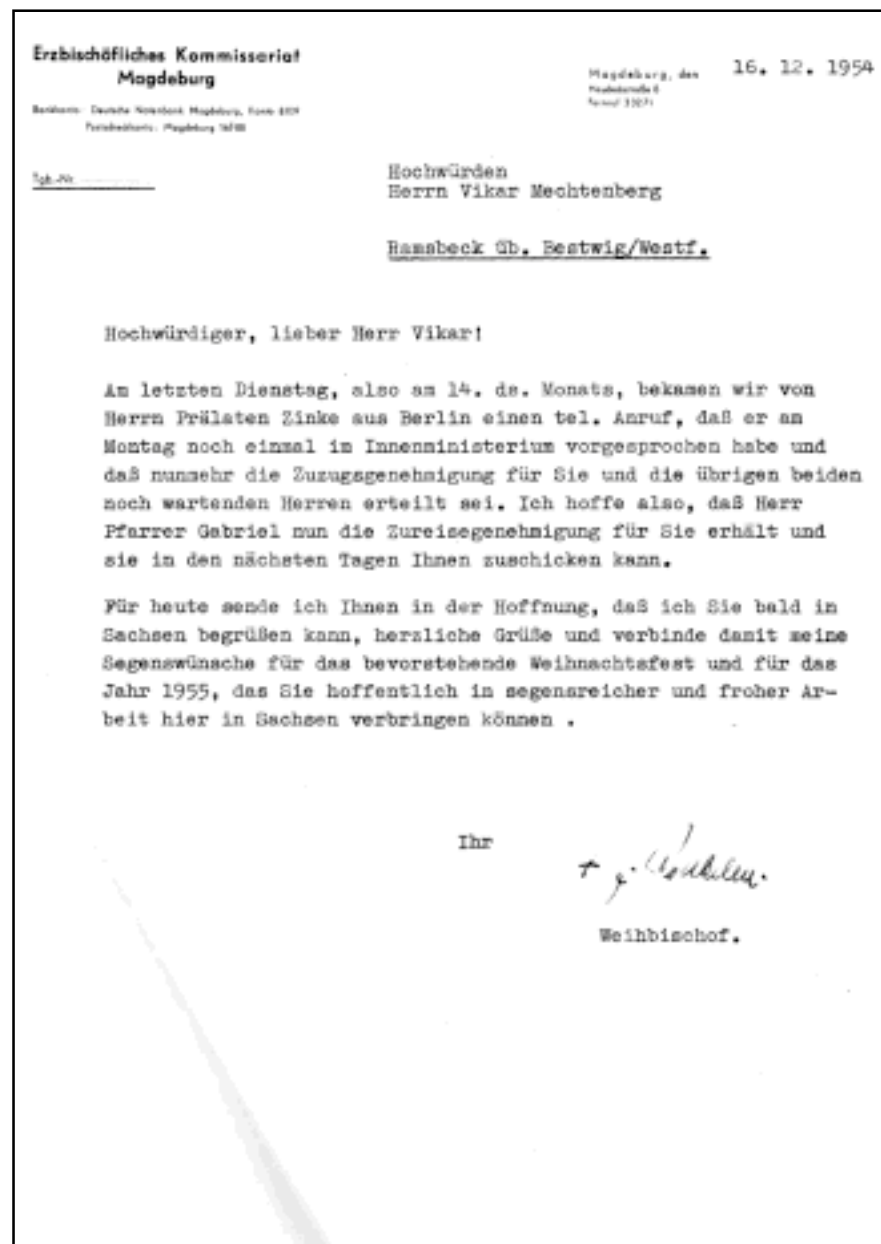
1. wann Sie Ihre bisherige Stelle niedergelegt und wann Sie die neue
Stelle angetreten haben,
2. bis wann Sie das Gehalt auf der alten Stelle bezogen haben,
3. ob Sie mit Ihrem Vorgänger und Nachfolger abgerechnet haben.

Die Regelung Ihrer Bezüge erfolgt nach Meldung Ihres Stellenantritts
und der Rücksendung des beiliegenden Personalbogens.


 Weihbischof und Generalvikar

Hochwürden
Herrn Vikar Theodor Mechtenberg
Hagen i. Restf.
Erikastr. 15

Dokument 1: Privat-Archiv Mechtenberg



Dokument 2: Privat-Archiv Mechtenberg



Dokument 3: 100 Jahre Katholische Gemeinde Wittenberg, Festschrift, Zinna 1958

daß Ew. Bischöfl. Hochwürden dem zu Wittenberg stationierten Missionar die durch die Örtlichkeit gebotene besondere Vorsicht in Wahrung des konfessionellen Friedens zur Pflicht machen werden.⁴

1954 zählte die Pfarrei Wittenberg mit ihren zahlreichen Außenstationen, doch ohne die ihr unterstellten, mit eigenen Seelsorgern besetzten Kuratien, ungefähr 6.500 Katholiken (Dokument 3). Neben der Betreuung der Dörfer gehörte zu meinen engeren Aufgaben die Erteilung des Religionsunterrichts für die Oberschüler sowie die Bildungsarbeit in der Gemeinde durch monatliche Vortragsabende, die bald über die Gemeindegrenzen hinaus Interesse fanden und auch von evangelischen Theologen des Wittenberger Predigerseminars besucht wurden. Die Themen waren breit gefächert. Neben katholischen Glaubensfragen wurden nach Ausweis der Pfarrchronik Probleme der Ökumene behandelt und Positionen des Marxismus-Leninismus kritisch hinterfragt.

Bald nach Stellenantritt gründete ich eine Laienspielschar, die nicht nur in Wittenberg, sondern dazu an vielen Orten des weiträumigen Kommissariats, einschließlich der Bischofsstadt Magdeburg, mit Erfolg auftrat. Wir spielten unter anderem die Passionsstücke „Um die Neunte Stunde“ von Edzard Schaper und „Der Mann am Strick“ von Amand Payot sowie das Zigeunerstück „Weihnachten auf dem Marktplatz“ von Henry Gleion. Die Regie übernahm ein zur Gemeinde gehörender Schauspieler des örtlichen Elbe-Elster-Theaters, wodurch sich auch der Kreis derer erweiterte, die für unsere Aufführungen Interesse zeigten. Und diese Verbindung führte zu einem nicht alltäglichen Vorgang. Im Februar 1957 suchte mich eines Tages der gleichfalls zur Gemeinde gehörende Verwaltungsdirektor des Elbe-Elster-Theaters auf und offenbarte mir seinen Wunsch, wegen des zunehmenden politischen Drucks in den Westen zu gehen. Allerdings fehlte ihm ein handfester Beweis, um im Westen als politischer Flüchtling gelten zu können. Also musste ein Weg gefunden werden, die bereits bestehenden Schwierigkeiten, wenngleich ohne Gefahr für Leib und Leben, zu verstärken. So kam mir die Idee, ihm vorzuschlagen, uns für den spielfreien Karfreitag das Theater für eine Aufführung des ursprünglich als Hörspiel konzipierten Mysterienspiels von Edzard Schaper „Um die Neunte Stunde“ zur Verfügung zu stellen. Ein solcher Vertragsabschluss, so vermutete ich, würde zu einem Eklat führen und möglicherweise seine Entlassung zur Folge haben (Dokument 4). Und so kam es denn auch. Der Vertrag wurde abgeschlossen; ich erreichte sogar eine schriftliche Genehmigung des Kreises Wittenberg, Abteilung Kultur (Dokument 5). Doch wurde – so vermerkt die Pfarrchronik – auf Betreiben des

4 100 Jahre Katholische Gemeinde Wittenberg, Festschrift, Zahna 1958, S. 9.

V E R T R A G

Zwischen dem Elbe-Elster-Theater Wittenberg,
vertreten durch Verwaltungsdirektor Siegfried Hofmann

und

den katholischen Pfarrer Wittenberg,
vertreten durch Herrn Vikar Mechtenberg,

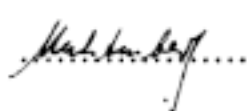
wird folgender Vertrag geschlossen:

1. Das Elbe-Elster-Theater vermietet dem katholischen Pfarrer Wittenberg für
Karfreitag, den 19. April 1957,
seinen Theatersaal für eine um 20.00 Uhr beginnende Veranstaltung.
2. Die Saalmiete beträgt
DM 125,--

(hundertfünfundzwanzig DM.)
und ist am Aufführungstage zahlbar. Erfüllungsort ist Wittenberg.
3. Das Elbe-Elster-Theater stellt zu dieser Veranstaltung den Garderoben- und Saaldienst sowie den Bühnenmeister.
4. Die polizeiliche Anmeldung, Gestellung der Brandwache und Benachrichtigung des Gesundheitsdienstes erfolgt durch das katholische Pfarramt.

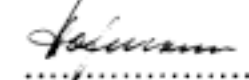
Wittenberg, den 16. Februar 1957

Katholisches Pfarramt



.....

Elbe-Elster-Theater



.....
(Hofmann)
Verwaltungsdirektor

Dokument 4: Privat-Archiv Mechtenberg



Dokument 5: Privat-Archiv Mechtenberg

Landrates, Herrn Fleischmann, die Aufführung im Elbe-Elster-Theater verboten. Eine persönliche Aussprache mit Herrn Fleischmann führte zu keinem Ergebnis. Eine kleine, bezeichnende Szene dieser Aussprache sei aus persönlicher Erinnerung nachgereicht: Herr Fleischmann fragte mich, was denn um alles in der Welt die Kirche mit dem Theater zu tun habe. Als ich daraufhin zu einem kulturhistorischen Exkurs ansetzte, unterbrach er mich mit den Worten: „Hören Sie auf, Sie reden genau so von Dingen, die es nicht gibt, wie die Schriftsteller, mit denen ich unlängst zu tun hatte.“ Jedenfalls bekam der Verwaltungsdirektor seine Schwierigkeiten und hatte damit Grund genug, sich als politischer Flüchtling über Westberlin in die Bundesrepublik abzusetzen.

Das Stück wurde selbstverständlich anderenorts aufgeführt, und zwar gleich zweimal in Wittenberg in einem angemieteten Tanzsaal mit Bühne, dazu mehrfach in den umliegenden Gemeinden.

Am 23. Juni 1957 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt. Für uns im Pfarrhaus war klar, dass wir an dieser Parodie einer Wahl nicht teilnehmen würden. In der Pfarrchronik heißt es dazu lakonisch: *Eine Aufforderung, zur*

Wahlurne zu kommen, hat das ganze Pfarrhaus abgelehnt mit der Begründung, daß bei einer Einheitsliste keine echte Wahl möglich sei. Unerwähnt bleiben die Belästigungen, denen das Pfarrhaus vor der Wahl und am Wahltag selbst ausgesetzt war und die an Nötigung grenzten, als man am 23. Juni sogar mit der Wahlurne anrückte. Die Reaktion des Systems auf diese Verweigerungshaltung ließ nicht lange auf sich warten. Als ich, wie in den Jahren zuvor, eine Reise zu meinen in Westdeutschland beheimateten Eltern und Brüdern beantragte, erhielt ich einen abschlägigen Bescheid. Da half auch keine Beschwerde, die ich am 16. Juni 1958 an das DDR-Innenministerium richtete und in der ich gegen diese „Willkürmaßnahme“ protestierte und darauf verwies, dass solche Vorgänge *in der Bevölkerung nur Unwillen und Erregung hervorrufen*. Nun war aber bis zum 13. August 1961 der Weg nach Westberlin noch offen. So nutzte ich in den folgenden Jahren diese „illegale“ Möglichkeit, um über die Luftbrücke nicht nur meine Angehörigen zu besuchen, sondern auch Reisen ins westliche Ausland zu unternehmen.

Doch der persönliche Wahlboykott hatte noch andere Konsequenzen. Aus einer von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen für die Mitglieder des Politbüros und des ZK der SED erstellten „Einschätzung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen vom 23. 6. 1957“⁵ geht deutlich hervor, dass die „Wahl“ unter dem Aspekt eines kirchenpolitischen *Differenzierungsprozesses* ausgewertet wurde. Das uneinheitliche Wahlverhalten der katholischen Geistlichen bot die Möglichkeit, zwischen loyalen Priestern und *Gegner[n] unseres Staates* zu unterscheiden. Die Autoren dieser „Einschätzung“ kommen zu dem Schluss, dass *Maßnahmen gegen offen feindlich auftretende Kirchenvertreter* notwendig seien und in enger *Verbindung mit der Arbeiterklasse ... durchgeführt werden* müssen. Konkret bedeutete dies, dass jene Geistlichen, die nicht zur Wahl gegangen waren, in ihrer pastoralen Arbeit mit besonderen Schikanen zu rechnen hatten. Dies bekamen wir denn auch in der Wittenberger Pfarrei reichlich zu spüren.

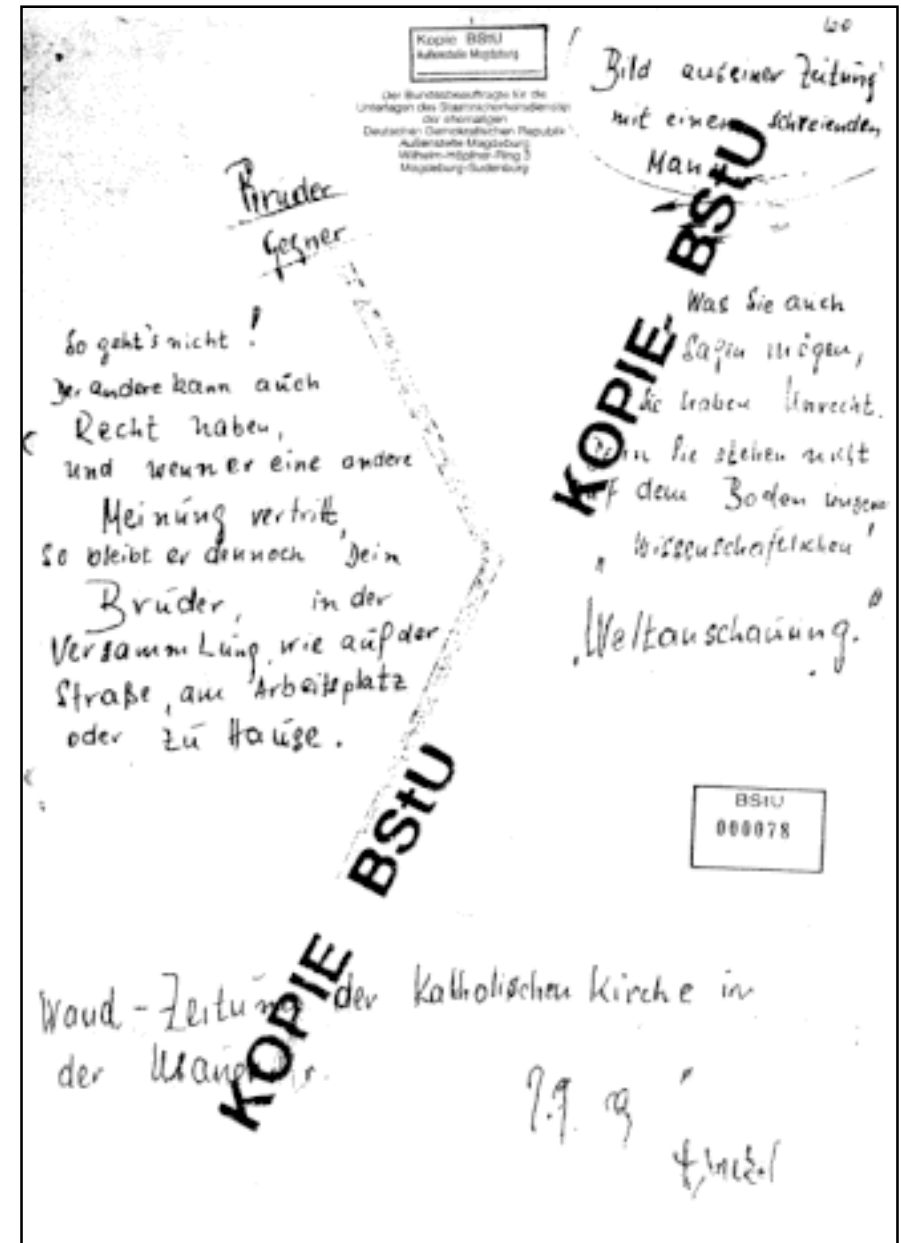
Zu einem besonderen Stein des Anstoßes wurde der Schaukasten, den ich 1958 zur Straße hin, gleich an einer Bushaltestelle, anbringen ließ. Arbeiter aus der Gemeinde hatten eigens dazu zwei Eisenträger aus ihrem Betrieb „organisiert“ und den Schaukasten so fest montiert, dass er mit bloßer Muskelkraft nicht zu entfernen war. Für die Gestaltung hatte ich mir aus Westberlin einiges an Material besorgt, steuerte auch die eine oder andere Idee bei, während eine künstlerisch begabte Lehrerin der Gemeinde die Ausfüh-

⁵ Wahl-Beteiligung von Pfarrern oft von Erfüllung kirchlicher Forderungen an den Staat abhängig gemacht; in: Martin Höllen, *Loyale Distanz? ...*, Bd. 2 (1956–1965), S. 58f.

nung übernahm. Alle vierzehn Tage war im Schaukasten ein neues Plakat zu sehen, das jeweils, wie es in der Pfarrchronik heißt, *Vorurteile ausräumen und im Vorfeld des Glaubens eine missionarische Wirkung ausüben sollte*. Im Klartext: Es ging darum, sich mit dem ideologischen System kritisch auseinanderzusetzen und weniger die Gemeindeglieder, als vielmehr jene anzusprechen, die der Kirche fern oder feindlich gegenüberstanden und die *nicht immer mit den besten Absichten kommen*. Gerade bei letzteren war das Interesse besonders groß, was daran zu ersehen ist, daß sie den Schaukasten schon einigemal photographierten. Einmal war es bei dem großen Pioniertreffen, als sie ein Plakat störte, das Abbé Piere als „Pionier des Fortschritts“ zeigte. In einem Fall war offenbar die Staatssicherheit gefährdet. Jedenfalls meinten das die Herren vom Staatssicherheitsdienst, die sich über einen Aushang beschwerten, der unter dem Leitwort „Bruder Gegner“ für eine menschliche Atmosphäre werben sollte. Das Plakat mußte entfernt werden, was der Popularität des Schaukastens nicht im geringsten geschadet hat; im Gegenteil.

Dieser Vorgang ist nicht nur in der Pfarrchronik vermerkt, sondern auch durch Stasiunterlagen aktenkundig. Über die am 16. September 1959 mit mir geführte Aussprache hat der Kreisdienststellenleiter des MfS, Oberleutnant Naumann, unter dem 21. September 1959 ein zweiseitiges, sachlich korrektes Protokoll mit beiliegender Skizze verfasst. Ich wurde damals aufgefordert, das Plakat, das eine Hetze gegen die Partei darstelle, unverzüglich zu entfernen. Als ich erklärte, durch einen Zettel im Schaukasten deutlich zu machen, daß das Plakat auf Anordnung des Ministeriums für Staatssicherheit entfernt wurde, drohte man mir mit strafrechtlichen Sanktionen, wobei allerdings die mir in Aussicht gestellten sechs Jahre Zuchthaus im Protokoll unerwähnt bleiben. Anstelle des Plakats brachte ich dann einen Streifen an mit der Aufschrift *Sendepause, wir kommen am Sonntag wieder*, was gleichfalls in dem fünf Tage nach der Aussprache angefertigten Protokoll vermerkt ist und sicherlich von allen Schaulustigen in dem von mir intendierten Sinn verstanden wurde. (Dokument 6)

Was sonst meine Stasiakten über meine Wittenberger Zeit hergeben, ist kaum der Rede wert. Bei einer Auskunft über meine Person bleibt der Adressat unerwähnt. Die dreizehnzeilige Notiz enthält die üblichen Daten: wann und wo geboren, Eltern, Westverbindungen. Dazu der Hinweis, dass ich den „Wiener Appell“ nicht unterschrieben habe und im Besitz eines Volkswagens unter Angabe von Baujahr und Kennzeichen sei. Dann hat man am 27. Oktober 1959 meine Predigt auf sozialismusfeindliche Sätze abgehört und ist fündig geworden. Falls man der Wiedergabe trauen kann, muss ich mich in meiner Predigt wohl mit Marx und Lenin auseinandergesetzt haben,



Dokument 6: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 78 (OPK „Keramik“)

wobei mein abschließend zitierter Ausspruch Beherrschung verdient hätte: *Man kann nicht Einheit und Frieden wollen, wenn man die Freiheit nicht läßt ...* Das letzte Stasi-Beweisstück aus jenen Jahren ist ein vom stellvertretenden Wittenberger Kreisdienststellenleiter des MfS, Oberleutnant Hoppe, unterzeichneter Vermerk mit einer diffamierenden Anspielung. Der Herr Oberleutnant fand die angebliche Ermittlung so substantiell, dass er sie unter dem 12. Juli 1961 an die für Kirchenfragen zuständige Abt. VI der Bezirksleitung Halle weiterleitete. Sie betrifft meine Verbindungen auf einer von mir betreuten Außenstation. In Ermangelung eigener Räume erteilte ich bei der Familie R. Religionsunterricht und veranstaltete dort Jugendstunden und Gemeindeabende. Nach Meinung der Stasi handelte es sich dabei allerdings um *Kaffeekränzchen*. Und dann folgt der Satz: *Der Ehemann der R. ist sehr eifersüchtig, da der Mechtenberg ein Verhältnis mit seiner Ehefrau haben soll.* Die Wahrheit ist, dass der „eifersüchtige Ehemann“ seine Frau nach Strich und Faden hinterging. Dieses Stück Papier ist ein kleines Beweisstück für die von der Stasi reichlich betriebene Simulation, die Wolfgang Hilbig in seinem Roman „Ich“ so meisterhaft beschrieben hat.

Was aus meiner Wittenberger Zeit in den Stasiakten fehlt, lässt sich anhand meines Briefwechsels mit staatlichen Stellen sowie aus der Pfarrchronik ergänzen. Anlass ständiger Konflikte war die Anwendung der „Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29. März 1951“⁶. Sie betraf Veranstaltungen in nicht kircheneigenen Räumen. Diese waren nicht rundweg verboten, man musste sie nur unter Einhaltung einer bestimmten Frist vorher anmelden. Das war eigentlich alles. Sie waren nicht einmal genehmigungspflichtig, so dass es auch keiner behördlichen Rückmeldung bedurfte. Und doch hatte die Sache einen Haken: Durch nicht näher klassifizierte „Durchführungsbestimmungen“ besaßen die Behörden einen breiten Interpretations- und Anwendungsspielraum, wodurch die „Verordnung“ zu einem vorzüglichen Instrument der von der SED betriebenen „Differenzierungspolitik“ wurde.

Meine persönlichen Unterlagen geben Aufschluss darüber, was das konkret bedeutete. So hatte ich beispielsweise für den 17. Juni 1958 in der Gaststätte einer Außenstation einen Gemeindeabend angemeldet. An solchen Abenden wurde die Bibel gelesen und ausgelegt oder irgendein religiöses Thema behandelt. Natürlich kam bei diesen Zusammenkünften auch manche im Alltag erfahrene Konfliktsituation zur Sprache. Doch ganz gewiss ging es an jenem Abend nicht um den auf den Tag genau fünf Jahre zurückliegenden Volksaufstand in der DDR. Ob die Behörden derartiges vermutet haben oder

6 Ebd., Bd. 1, S. 245f.

nicht, sei dahingestellt. Jedenfalls müssen sie wohl allein schon die Wahl des Datums als Provokation empfunden haben. Mit der unwahren Begründung, die Veranstaltung sei nicht angemeldet gewesen, erhielt ich im Nachhinein eine Strafverfügung über 50,00 DM (Dokument 7). In einem anderen Fall wurde ein gleichfalls ordnungsgemäß angemeldeter Gemeindeabend untersagt. Als ich am Veranstaltungsort eintraf, erklärte mir die Vermieterin, in deren einstiger Gaststätte die Veranstaltung stattfinden sollte, „daß ein Vertreter der VP bei ihr gewesen sei und die Veranstaltung mündlich verboten habe“. In meiner Beschwerde beim zuständigen Volkspolizeikreisamt protestierte ich nicht nur gegen das ungesetzliche Verbot, sondern auch dagegen, dass ich persönlich darüber nicht informiert worden war. Zudem schrieb ich, ich sei *peinlich berührt, daß man offensichtlich Kontrollorgane zur Überwachung des Verbots eingesetzt habe*. Von dem üblichen ideologischen Schlagabtausch abgesehen, verlief die anschließende Aussprache im Referat „Innere Angelegenheiten“ ergebnislos.

Ähnliche Schwierigkeiten gab es bei der Durchführung „religiöser Kinderwochen“. Ein Vermerk in der Pfarrchronik ist in diesem Zusammenhang recht bezeichnend, weil er vermuten lässt, dass die jeweiligen Herren vom Rat des Kreises in Wahrheit von der Staatssicherheit waren. Unter Bezug auf eine von mir im Juli 1964 auf einer Außenstation abgehaltene „religiöse Kinderwoche“ heißt es: *Dort erschien allerdings erst in der Frühe des letzten Tages Herr Hoppe vom Rat des Kreises u. bezeichnete die Veranstaltung als illegal. Herr Vikar Mechtenberg entgegnete ihm: „Was illegal ist, ist nicht immer unrecht.“ Darauf Herr Hoppe: „Was gesetzlich ist, ist recht.“ Die Antwort von Herrn Vikar Mechtenberg: „Bei dieser Einstellung hätten Sie zur Hitlerzeit alle Verbrechen mitgemacht.“ Der Tag wurde selbstverständlich zu Ende geführt.* Wie aus dem bereits zitierten Bericht des Herrn Hoppe an die Bezirksverwaltung des MfS in Halle hervorgeht, handelt es sich bei ihm um den stellvertretenden Leiter der Kreisdienststelle Wittenberg des MfS im Range eines Oberleutnants. Damit ist naheliegend, dass ich es auch in den Parallelfällen in Wahrheit nicht mit irgendwelchen Ratsvertretern, sondern mit der Staatssicherheit zu tun hatte.

Die Abhaltung von Gemeindeveranstaltungen in angemieteten Räumen entsprach einer Notsituation, die auf Dauer schwer hinnehmbar war. Wenngleich die evangelischen Pfarrer auf den Außendörfern in der Regel ein brüderliches Entgegenkommen zeigten und uns ihre Kirchen und Gemeindesäle gerne zur Verfügung stellten, so blieb doch unser Bemühen darauf gerichtet, über eigene Räumlichkeiten zu verfügen. Bot sich eine solche Möglichkeit, dann wurde, da mit einer offiziellen Baugenehmigung nicht zu rechnen war, äußerst diskret vorgegangen, damit vor den staatlichen Behörden die

Deutsche Volkspolizei
VKA Wittenberg
 (Kreisstadt)
 Straßend. Nr. 393/50
 über Besondere eine eingehend

Wittenberg, den 21. 7. 1968.
 an
 Herrn Theodor Mechtenberg
 Wittenberg
 Mauerstraße 14

Strafverfügung

Sie werden beschuldigt, am 17.6.59 in Bergwitz, Gaststätte Rettel, gegen 20.30 Uhr eine **strafbare Handlung** begangen zu haben, indem Sie eine Veranstaltung durchführten, welche bei der zuständigen Volkspolizeidienststelle nicht angemeldet war.

Übertretung nach §§ 1 in Verb. m. § 4 der Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen. Vom 20.3.51

Beweis: _____

Es wird daher gegen Sie eine Geldstrafe von 50,- DM

(in Worten: Fünfzig - - - - - Deutsche Mark der Deutschen Notenbank) und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, eine Ersatzhaftstrafe von 14 Tagen festgesetzt.

Die zur Tat verwendeten Gegenstände xxxxx werden eingezogen.

Zu der Geldstrafe treten noch 1,- DM Anlagen.

Der Gesamtbetrag von 50,- DM ist spätestens zwei Wochen nach Zustellung dieser Strafverfügung an die Kasse der obigen Dienststelle/des Präsidiums der Volkspolizei in Berlin C2, Neue Königstr. 27-37, in der Zeit von _____ bis _____ Uhr, außer einzahlen oder auf das Konto Deutsch. Postbank, Kto-Nr. 8002 zu überweisen.

Gegen diese Strafverfügung können Sie in einer nach Ablauf des Zustellungszeitraumes beginnenden Frist 1 von zwei Wochen Beschwerde bei der obigen Dienststelle oder bei der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei / dem Präsidium der Volkspolizei in VKA Wittenberg schriftlich oder mündlich zu Protokoll erheben, oder 1 von einer Woche gerichtliche Entscheidung bei der obigen Dienststelle oder beim zuständigen Gericht in Wittenberg schriftlich oder mündlich zu Protokoll beantragen.

Wird innerhalb der gesetzten Frist von zwei Wochen weder der Geldbetrag gezahlt noch gegen diese Strafverfügung eines der vorgenannten Rechtsmittel eingelegt, wird diese Strafverfügung rechtskräftig und zwangsweise vollstreckt.

Bei Versäumnis der rechtzeitig angegebenen Rechtsmittelfristen durch Nichterregung oder nachweisbare Zufälle kann auf Antrag Beilegung von den nachteiligen Folgen der Fristversäumnis gewirkt werden.

Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach Ablauf des Tages, an welchem die Beilegung des Fristversäumnis durch, unter Angabe und Gleichbehandlung der Versäumnisgründe bei der obigen Dienststelle und, sofern es sich um einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung handelt, auch bei dem zuständigen Gericht gestellt werden.

*) Widerspruchsfähigkeit nach § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1

(Siehe)
 Oberstleutnant d. V.

Volkspolizei-Kreisamt
 Wittenberg

NR 14 (0111) 100 S. 01

Dokument 7: Privat-Archiv Mechtenberg

Sache möglichst lange geheim blieb. So gelang es mir 1961 auf einer Außenstation zwei für unbewohnbar erklärte Räume eines privaten Eigentümers vertraglich zu erwerben und in Eigenarbeit der Gemeinde in einen auch als Kapelle zu nutzenden Gemeindesaal umzugestalten. Er wurde – als zusätzliche Absicherung gegen den zu erwartenden Einspruch der Behörden – mit einem massiven Altar und Mosaikfenstern versehen. Wenngleich die Baustelle in einem Hinterhof lag und von der Straße nicht einzusehen war, so konnten unsere Aktivitäten den staatlichen Stellen natürlich nicht auf Dauer verborgen bleiben. Als der aus Zement errichtete und mit Fliesen verkleidete Altar fast fertig war, erschien plötzlich, wie die Pfarrchronik berichtet, der örtliche Bürgermeister in Begleitung eines Herrn vom Rat des Kreises. Sie waren sehr erstaunt über den Altar. Ihren Worten war zu entnehmen, daß sich die weltlichen Behörden schon länger mit unserem Vorhaben beschäftigt hatten. Sie sprachen nämlich von einem Jugendheim, das man nach Fertigstellung vielleicht mühelos zu kassieren hoffte. Wenig später wurde der Raum baupolizeilich gesperrt. Daraufhin ging ich gemeinsam mit meinem Pfarrer zum Rat des Kreises, um dort Beschwerde zu führen. Es ging hart her. Immer mehr Herren wurden ins Verhandlungszimmer gerufen, sodaß schließlich ein ganzer Stab an „Linientreuen“ anwesend war. Nach langem Hin und Her wurde klar, daß nicht die Sorge der Baupolizei um das Wohl der späteren Besucher des Raumes für das Sperren der Bauarbeiten ausschlaggebend war, sondern die herrschende Ideologie, die nicht dulden kann, daß die Kirche an Boden gewinnt. Die kleine katholische Dorfgemeinde, die sich nicht nur auf einen eigenen Kapellenraum gefreut, sondern diesen auch mit viel Liebe und Einsatz hergerichtet hatte, war entsprechend aufgebracht. In dem Dorf „kochte inzwischen die Volksseele“, was durch den Umstand erleichtert wurde, dass die beiden Verkaufsstellen von Frauen der Gemeinde geführt wurden, die in dieser Sache kein Blatt vor den Mund nahmen. Jedenfalls wurden die Arbeiten „illegal“ zu Ende geführt und der Raum am 25. August 1961 eingeweiht, ohne dass der Rat des Kreises weitere Schwierigkeiten gemacht hätte.

Kurz nach dem Mauerbau wurde ein zu unserem Gemeindegebiet gehörender Kuratus, der gleichfalls damit beschäftigt war, hinter dem Rücken der Behörden einen Kapellenraum einzurichten, zusammen mit einem früheren Wittenberger Vikar und einem Westberliner Geistlichen verhaftet. Sie waren bei einer Aktion illegaler Einfuhr auf der Transitstrecke von Westberlin in die Bundesrepublik erwischt worden. Dabei hatte man 20.000 DM sichergestellt, die für den Ausbau des Kapellenraums gedacht waren. Da ich diese Aktion eingefädelt hatte und für ihre Logistik verantwortlich gewesen war, an die sich der Westberliner Mitbruder leider nicht gehalten hatte, rechnete auch

ich mit meiner Verhaftung. Doch bei dem Verhör, zu dem man mich bestellt hatte, merkte ich bald, dass seitens des MfS kein Interesse bestand, den Kreis der inhaftierten Geistlichen zu erweitern und den Fall kirchenpolitisch hochzuspielen. Auch der Prozessverlauf, bei dem ich anwesend war und der mit Haftstrafen für die drei Geistlichen endete, verriet das Bemühen des Richters, die Aussagefreudigkeit des Berliner Mitbruders zu bremsen, um nicht in die Lage zu kommen, mich – und mit mir vielleicht noch ein paar andere Geistliche – wegen ähnlicher Delikte in Haft nehmen zu müssen. Die politische Justiz dieses Unrechtsstaates machte auch solches möglich.

Die Zeit um den 13. August 1961 habe ich im Übrigen als eine Art psychischen Ausnahmezustand in Erinnerung. Bis zu diesem Tag konnte man Westberlin von Wittenberg aus in zwei bis drei Stunden relativ problemlos erreichen, eine Möglichkeit, die ich vor dem Mauerbau reichlich genutzt hatte. So unterhielt ich in all den Jahren zu Westberliner Bekannten und Freunden gute Beziehungen. Diese Kontakte konnte ich in Einzelfällen nutzen, wenn Gemeindeglieder der DDR den Rücken kehren wollten. Und diese Fälle häuften sich im Sommer 1961, als die Angst umging, das Tor zur Freiheit könne von einem Tag auf den anderen verschlossen werden. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass ich bei der Staatssicherheit in den Verdacht der Fluchthilfe geriet, auch wenn darüber kein Aktenvermerk vorliegt. Wie auch immer. Jedenfalls tauchte um den 13. August herum im Schutze der Dunkelheit eine Frau aus der Gemeinde bei mir auf, um mir zu sagen, sie sei polizeilich nach meiner möglichen Fluchthilfe gefragt worden. Sie riet mir dringend, meiner Verhaftung durch die Flucht zuvorzukommen. Nach einer sehr unruhig verlebten Nacht entschied ich mich jedoch dazu, auf meinem Posten zu bleiben, und, wie sich zeigte, passierte mir nichts.

Nach über zehnjährigem Wirken in der Pfarrei Wittenberg erhielt ich am 14. Oktober 1964 meine Berufung zum Studentenpfarrer in Magdeburg. Damit begann ein neues Kapitel meiner Tätigkeit, die nicht nur das Interesse des MfS an meiner Person verstärkte, sondern mich – in einem merkwürdigen Zusammenspiel mit dem MfS – in eine innerkirchliche Konfliktsituation brachte.

2. Studentenpfarrer in geistig bewegter Zeit

Mit meiner Ernennung zum Studentenpfarrer betrat ich ein gänzlich neues Betätigungsfeld. Ich hatte es nun fast ausschließlich mit Studenten der verschiedensten Fachrichtungen zu tun. Damit konzentrierte sich meine Tätigkeit auf eine spezifische soziale Gruppe. Dem entsprach auch eine Konzentration meiner Aufgaben. Der von einem Gottesdienst eingeleitete wöchentliche Gemeindeabend mit Vortrag und Diskussion bildete das Zentrum aller sonstigen Aktivitäten wie Wochenendseminare, verschiedene Arbeitskreise, ein – illegales – Sommerlager sowie staatlich ungenehmigte Arbeitseinsätze während der Semesterferien in zumeist kirchlichen Einrichtungen in Polen. Jährlicher Höhepunkt war das Patronatsfest. Im Vordergrund stand die Bildungsarbeit, die neben der religiösen Formung der Studenten wesentlich durch die kirchlichen wie gesellschaftlichen Vorgänge jener Jahre bestimmt war.

Von besonderer Bedeutung war zudem die weitgehend demokratische Gemeindestruktur. Die Auswahl der Themen wurde nicht allein durch mich bestimmt, sondern mit den Studenten des Leitungskreises abgesprochen. Sprecher und Sprecherin der Gemeinde wurden gewählt. Der studentische Regionalkreis und die Studentenpfarrerkonferenz sicherten eine DDR-weite Kooperation und Vernetzung. Der Kontakt zu den Studentengemeinden in der Bundesrepublik wurde durch Partnergemeinden aufrechterhalten, mit denen regelmäßige Treffen in Ostberlin stattfanden, wo sich auch einmal im Jahr die deutschsprachigen Studentenpfarrer zu einer Konferenz trafen.

Innerhalb dieses strukturellen Rahmens entwickelte sich ein Gemeindeleben, das stark von den die 60er Jahre bestimmenden Entwicklungen geprägt war: vom Zweiten Vatikanischen Konzil mit seinem Bemühen, die Kirche zu erneuern und zur Welt hin zu öffnen; vom Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe vom Herbst 1965, der mit seinem Impuls einer deutsch-polnischen Versöhnung in der Gemeinde das Interesse für den östlichen Nachbarn weckte; von der Genfer Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft, die den Blick zur sogenannten „Dritten Welt“ hin weitete, eine theoretische Beschäftigung mit der Entwicklungsproblematik anregte und zur Unterstützung einer Leprastation in Tansania in Form von Hilfssendungen führte; schließlich vom Jahr 1968 mit der weltweiten Welle studentischer Proteste, der Märzrevolte der jungen Intelligenz in Polen und dem „Prager Frühling“, dessen Hoffnung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ brutal zerstört wurde. Dazu – DDR-intern – im gleichen Jahr die Verabschiedung ei-

ner neuen, nunmehr „sozialistischen“ Verfassung, die im Vorfeld in der Magdeburger katholischen wie evangelischen Studentengemeinde eine kritische Diskussion auslöste, deren Wirkung daran gemessen werden kann, dass damals angeblich 10 % der Magdeburger Studenten der neuen Verfassung ihre Zustimmung verweigerten.

Sowohl gegen die Verabschiedung der neuen DDR-Verfassung als auch gegen die Beendigung des „Prager Frühlings“ durch den Einsatz der Warschauer Paktstaaten kam es an der TH Magdeburg zu studentischen Protestaktionen, wodurch sich die BV Magdeburg des MfS veranlasst sah, am 21. April 1968 den Operativ-Vorlauf „Internat“ einzuleiten, der am 16. Dezember 1968 zu einem Operativen Vorgang erweitert wurde.⁷ Bei den studentischen Protestaktionen handelte es sich um Beschädigungen von Wandzeitungen zum Volksentscheid über die neue Verfassung und zur „Konterrevolution“ in der CSSR sowie um die Anbringung von Sowjetsternen mit eingravierten Hakenkreuzen.

Die Vorgänge blieben trotz eines massiven Einsatzes hauptamtlicher und inoffizieller Mitarbeiter des MfS sowie technischer Mittel unaufgeklärt. Vom engeren Kreis der acht vom MfS der Täterschaft verdächtigten Studenten gehörten drei der KSG an, was in den Akten ausdrücklich vermerkt wird. Durch Postüberwachung des Studenten P. G. konnte das MfS einige Aktivitäten der KSG in Erfahrung bringen. Er selbst hatte sich durch einen Brief an einen Studenten der Darmstädter Partnergemeinde mit der Bitte um Besorgung des Grundgesetzes verdächtig gemacht, um dieses mit dem Entwurf der DDR-Verfassung vergleichen zu können.

Wenn ich heute im Abstand von über drei Jahrzehnten die Sammlung meiner zu jener Zeit vor der Studentengemeinde gehaltenen Vorträge durchsehe, dann stelle ich mit Erstaunen fest, wie stark sich neben einer rein religiösen Thematik die geistigen und gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen der 60er Jahre in den Programmen der Magdeburger KSG spiegeln. Auch wenn es in der DDR damals nicht wie in westlichen Ländern und den sozialistischen Nachbarstaaten Polen und CSSR zu förmlichen Studentenprotesten gekommen ist, so fand doch das Ideengut der 68er Bewegung durchaus Eingang in die Studentengemeinde. Gefragt war vor allem das Kultbuch der 68er, Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“. Ich hatte mir das Buch besorgen können, ein Exzerpt angefertigt und in einem Arbeitskreis der Gemeinde verteilt – als Information, aber auch als Grundlage kritischer Auseinandersetzung. Dies hat ohne Frage bei den Teilneh-

7 Der OV „Internat“ umfasst zwei Bände unter BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Reg.-Nr. VII/358/68.

mern den Blick für eine zivilisationskritische Analyse der DDR-Gesellschaft geschärft und den Drang nach gesellschaftlichen Veränderungen verstärkt. Parallel dazu griffen wir die durch das Zweite Vatikanische Konzil ausgelöste Frage nach dem Weltverhältnis der Kirche auf, die eine Konkretisierung für das Handeln des Christen auch in der sozialistischen Gesellschaft verlangte. Die Koppelung von kirchlicher und gesellschaftlicher Relevanz dieser Problematik zeigt sich in einer Reihe von Vorträgen unter folgender Themenstellung: „Der Christ in der pluralistischen Gesellschaft“, „Demokratie als dynamisches Konzept“, „Revolution als christliche Herausforderung“, „Unsere Möglichkeiten des Dialogs“, „Erzieht der Glaube den braven Bürger?“, „Grundlagen für ein politisches Engagement des Christen“, „Die Kirche – eine Institution gesellschaftlicher Freiheit?“, „Mündige Laien wirklich erwünscht?“, „Weder Einzelgänger noch Herdentier – Über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft“, „Die Utopie vom Goldenen Zeitalter“. Man kann aufgrund dieses Befundes Peter-Paul Straube nur zustimmen, wenn er in seiner Untersuchung zu den katholischen Studentengemeinden in der DDR diese, zumal für die 60er Jahre, als Orte beschreibt, *an denen unabhängig vom direkten Einfluß des totalitären Staates bei Vortragsveranstaltungen, in Seminaren oder in kleinen Gruppen Kritik- und Dialogprozesse erprobt sowie eigenständiges Denken und Verantwortung eingeübt werden konnten*. Straube bezeichnet diese Aktivitäten als eine „Grund“-Schule der Demokratie, deren Wirkung er hoch veranschlagt, indem er darauf verweist, *daß nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur im Herbst 1989 eine überproportional große Zahl christlicher Akademiker bereit und in der Lage war, sich in den gesellschaftlichen Demokratisierungs- und Transformationsprozeß aktiv einbringen zu können*.⁸

Es versteht sich, dass diese Entwicklung seitens des Staates mit Argwohn registriert und als potentiell gefährlich eingestuft wurde. Doch nicht nur von ihm! Weil die aufgeführten Aktivitäten zum kirchenpolitischen Kurs der sogenannten „Bensch-Ära“ im Gegensatz standen, gerieten die Studentengemeinden in einen innerkirchlichen Konflikt. Bekanntlich hatte Kardinal Bensch auf dem Konzil seine Bedenken gegen die als Grundlage für das Weltverhältnis der Kirche dienende Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ geltend gemacht und dem Dokument seine Zustimmung verweigert. Er sah für sich keine Möglichkeit, den Text in der undemokratisch strukturierten DDR-Gesellschaft umzusetzen, und stand daher einem gesellschaftskritischen Engagement von Christen ablehnend gegenüber. Versuche dieser Art würden lediglich die zwischen Staat und katholischer Kir-

8 Peter-Paul Straube, Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außer-universitären Studium generale, Erfurter Studien, Bd. 70, Leipzig 1996, S. 134.

che bestehende „Geschäftsgrundlage“ einer „politischen Abstinenz“ infrage stellen, die Kirche in unnötige Konflikte verwickeln und ihre Position schwächen. Entsprechend betrachtete der Kardinal als Vorsitzender der Ordinarienkonferenz die Aktivitäten einiger Studentengemeinden, darunter auch die der KSG Magdeburg, mit Sorge und sah in ihnen eine Gefährdung der Kirche.

Dieser Konflikt bildete wiederholt den Gegenstand von Einzelgesprächen mit den Bischöfen und kam auch auf den Studentenpfarrerkonferenzen zur Sprache. Ich erinnere mich noch sehr gut an eine Konferenz im Jahr 1970, auf der in Vertretung des Berliner Kardinals der Meißener Ordinarius, Bischof Schaffran, mit dem Argument, wir würden die Existenz der Kirche gefährden, darauf bestand, in den Studentengemeinden keine gesellschaftlich relevanten Themen zu behandeln. In der Diskussion machten wir deutlich, dass die Programme der Gemeinden nicht das Diktat der Pfarrer seien, sondern gemeinsam mit den Studenten erarbeitet würden und ihre Fragen und Probleme zum Inhalt hätten. Diese einfach zu ignorieren, würde bedeuten, der persönlichen Verantwortung als Studentenpfarrer nicht gerecht zu werden und die Existenz eigener Studentengemeinden letztlich sinnlos machen. Entsprechend wurde damals die bischöfliche Intervention als pastoral inakzeptabel zurückgewiesen, was natürlich die Spannungen zur Kirchenleitung verschärfte.

Seitens der Kirchenleitung wurde uns zudem vorgeworfen, wir würden durch unsere Abweichung vom kirchenpolitischen Kurs aus der inneren „Geschlossenheit“ der Kirche ausbrechen und damit dem Staat Ansatzpunkte für seine „Differenzierungspolitik“ bieten. Wir dagegen sahen in der geforderten „Geschlossenheit“ einen innerkirchlichen Unterdrückungsmechanismus, wodurch sich die Kirche gleichsam spiegelverkehrt an das totalitäre System angleiche. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, dass auf höchster Ebene zentral sämtliche das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Kirche berührenden Fragen von einigem Gewicht mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und dem Ministerium für Staatssicherheit in Form einer „Gesprächsdiplomatie“ vertraulich behandelt wurden, ohne dass sie den Gegenstand einer innerkirchlichen Öffentlichkeit bildeten. Auf diese Weise kam es zu einer innerkirchlichen Machtkonzentration im sog. „Berliner Zentralismus“, wodurch die kirchlichen Beauftragten für die Gespräche mit dem MfS bzw. dem Staatssekretär für Kirchenfragen einen enormen Einfluss gewannen, den sie im Übrigen auch dazu nutzten, den staatlichen Stellen gegenüber zu verdeutlichen, dass das von einzelnen innerkirchlichen Gruppen vertretene gesellschaftskritische Engagement sowohl staats- als auch kirchengefährdend sei. Als Beleg möge ein Zitat aus dem „Treffbericht“ der Hauptabteilung

XX/4 des MfS vom 23. Januar 1969 dienen, der ein mehrstündiges Gespräch zwischen Oberstleutnant Ludwig und Hauptmann Wegener mit dem als IMF „Otto“ geführten kirchlichen Gesprächsbeauftragten, Prälat Otto Groß, zum Inhalt hat. Darin nimmt die *Katholische Studentengemeinde in der DDR* einen breiten Raum ein. Auch wenn der „Treffbericht“ von den Stasioffizieren formuliert wurde und die darin enthaltenen Angaben nicht in all ihren Formulierungen den wörtlichen Aussagen des Prälaten Groß entsprechen mögen, so besteht doch kein Zweifel, dass sein Inhalt die dem MfS übermittelten Informationen widerspiegelt.

MECHTENBERG, Studentenpfarrer von Magdeburg, besitzt einen großen Einfluß unter den katholischen Studentenpfarrern. Er hat die These entwickelt, daß die Katholischen Studentengemeinden der normalen katholischen Gemeinde sowohl im geistigen als auch im praktischen Leben mindestens vier bis fünf Jahre voraus sein müssen. Kardinal BENGSCHE und die Bischöfe werden von ihm und seinen Freunden als „konservative Dogmatiker“ hingestellt, die außerdem noch feige sind. Von diesem Personenkreis wird kritisiert, daß Kardinal BENGSCHE nicht zu den Ereignissen in der CSSR Stellung genommen und diese verurteilt hat. Nach MECHTENBERGs Meinung sei die Kirche aus ethischen und moralischen Gründen verpflichtet gewesen, gegen die Maßnahmen der sozialistischen Staaten vom 21. 8. 68 Stellung zu nehmen. Des weiteren wird vor allem dem Kardinal vorgeworfen, daß er nicht analog der evangelischen Kirche zum Wehrdienst und zur Wehrdienstverweigerung Stellung genommen hat ... Es existiert eine Opposition, die ... sich nicht nur gegen Maßnahmen und Entscheidungen der Bischöfe, sondern auch in versteckter und offizieller Form gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR richtet. Abschließend wird betont, dass Kardinal Bengsch vergeblich versucht habe, durch seine Teilnahme an Studentenpfarrerkonferenzen der DDR dieser Entwicklung, die seiner Meinung nach für die katholische Kirche gefährlich ist, Einhalt zu gebieten, jedoch mit wenig Erfolg. Die Studentenpfarrer richten sich nicht nach seinen Hinweisen und organisieren die ganze Arbeit in ihrem Sinne. Unter Hinweis auf bestimmte, in den Programmen der KSG enthaltene gesellschaftskritische Problemstellungen heißt es in diesem mehrseitigen Papier abschließend: Wenn diese Fragen in der katholischen Studentengemeinde behandelt werden, werden sich die daraus entstehenden Schlußfolgerungen immer gegen die Gesellschaftsordnung der DDR richten. BENGSCHE befürchtet, daß es unter diesen Umständen zu Forderungen unter den Studenten kommen könnte, eine Entwicklung einzuschlagen, wie sie in der CSSR bis zum 21. 8. 1968 zu beobachten war.⁹

9 BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 2716/75, Bl. 4.

Nicht nur auf der Berliner Ebene zeigten sich kirchliche Prälaten bezüglich meiner Person auskunftsfreudig. In Magdeburg zog Oberleutnant Baethge von der dortigen Bezirksverwaltung des MfS in einem Gespräch mit dem Magdeburger Prälaten Jäger, alias IMF-V „Burg“, vom 22. Oktober 1971 Erkundigungen über mich ein. Was er zu hören bekam, war allerdings alles andere als eine sachdienliche Information. Der auf *absolute gegenseitige Diskretion* bedachte Prälat diffamierte mich als *ehrgeizig*, bescheinigte mir in meiner Funktion ein *Mittelmaß* und bewertete meine schriftlichen Texte als *akademischen Blödsinn*.¹⁰

Neben der „Gesprächsdiplomatie“ auf oberster Ebene war das MfS selbstverständlich auch darum bemüht, die Studentengemeinden zu kontrollieren und mit den ihm eigenen Methoden zu bekämpfen. So verwies Erich Mielke als oberster Dienstherr des MfS stasiintern im November 1966 auf die „Beeinflussung der jugendlichen Intelligenz“ durch die Studentengemeinden und forderte entsprechende „Maßnahmepläne“ zur *Bearbeitung dieser ideologisch zersetzend wirkenden Konzentration*. Dabei spielte eine zusätzliche Rolle, dass die Studentengemeinden im Rahmen von in der Regel in Ostberlin stattfindenden Partnerschaftstreffen aufgrund von Westkontakten ein hohes Maß an „Feindberührung“ besaßen.¹¹

Die für die Hochschulen zuständige Abteilung XX/3 der Magdeburger Bezirksverwaltung des MfS erließ unter dem 22. März 1971 einen „Komplexauftrag“ mit dem Ziel, die katholischen und evangelischen Studentengemeinden der Stadt „unter operative Kontrolle“ zu halten (Dokument 8). Interessant ist, dass in diesem Papier als einzige die Fachrichtungen Mathematik, Physik und Chemie hervorgehoben werden, die zu meiner Zeit die aktivsten Mitglieder der Studentengemeinde stellten, wobei noch dazu der Parteiaustritt einer Chemiestudentin und ihre in der Studentengemeinde vollzogene Konversion für reichlich Aufsehen sorgte. Auch andere Punkte dieses „Komplexauftrags“ verraten eine gewisse Kenntnis vom Gemeindeleben der Magdeburger KSG wie beispielsweise von der Beschäftigung mit Herbert Marcuse und soziologischen Themen, von Begegnungen mit den westdeutschen Partnergemeinden in der „Hauptstadt der DDR“ sowie von Treffen im „sozialistischen Ausland“. Dennoch bleibt unklar, inwieweit es dem MfS gelungen ist, in die KSG einzudringen und verlässliche Informationen über unsere Aktivitäten zu erhalten. Die mir vorliegenden Akten ergeben dazu kein eindeutiges Bild. Mir bekannte Versuche, Studenten aus der Gemeinde als IM anzuwerben, folgten einem weithin praktizierten Muster: Ein zumeist gering-

10 BStU, ZA, AIM 145/88, Bd. 2, Bl. 11f.

11 Peter-Paul Straube, Katholische Studentengemeinde ..., a. a. O., S. 134.

Abteilung XX/3 Magdeburg, den 22. März 1971

BStU
000182

Komplexauftrag

In zunehmender Weise entwickeln die kirchlichen Studentengemeinden der KSG und ESO (katholische und evangelische Studentengemeinde) an unseren Hoch- und Fachschulen bestimmte zielgerichtete Aktivitäten, die unter operativer Kontrolle gehalten werden müssen.

Aus diesen Grunde bitten wir Sie, daß die IM Ihrer Dienststelle, die an den Hoch- und Fachschulen in Magdeburg studieren, mithelfen bei der Aufklärung dieser Aktivitäten und des in Frage kommenden Personenkreises. Bezeichnend für die Mitglieder der ESO und KSG ist, daß sie zielgerichtet versuchen, in Funktionen der staatlichen Leitungen, der FDJ und anderen wichtigen Leitungsebenen einzudringen. Besonders bewerben sie sich für die EDV und das Forschungsstudium. Als Grundstudieneinrichtungen werden Mathematik, Physik und Chemie bevorzugt.

Nach dem Studium werden die Mitglieder der ESO und KSG oft in Kreisen der sogenannten Jungakademiker aufgegriffen. Diese Jungakademikerkreise werden z. B. von der Kirche aufgebaut bzw. erweitert.

Wir bitten Sie, Ihre IM auf folgende Schwerpunkte hinzuweisen:

1. Mitteilung an unsere Dienststelle über bekannte Studenten, die Mitglieder der ESO und KSG sind sowie über alle Personen, die an den Hoch- und Fachschulen, die an den Jungakademikerkreisen tätig sind.
2. Bei Feststellung solcher Personen sind diese nach folgenden Gesichtspunkten aufzuklären:
 - 2.1. Welche Aktivitäten werden entwickelt, um an den Hoch- und Fachschulen die Interessen der Kirche durchzusetzen?
 - Was wurde bekannt über die Aktivität in den kirchlichen Kreisen? Bekleiden sie z. B. dort bestimmte Funktionen? (Vertrauensstudent, Sprecher, Regionalstudent usw.)
 - Wo liegen die Ursachen der konfessionellen Bindungen dieser Personen?
 - (Erziehung im Elternhaus, durch entsprechenden Umgangskreis, aus Opposition zum Jugendverband oder zur Politik der DDR)
 - Welche gesellschaftlichen Funktionen bekleiden diese Personen und welche gesellschaftspolitischen Aktivitäten werden entwickelt? (Werden höhere Positionen angestrebt?)

- 2 -

Dokument 8: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Reg.-Nr. VII/1717/86, Teil I, Bd.1, Bl. 182–184

BSU
00183

- 2 -

- Ist der Arbeitsbereich in dem diese Personen tätig sind, für den Feind op. interessant und handelt es sich um Geheimnisträger.
(EDV, Großforschung, Forschungen im Rahmen des RGW oder für die NVA, Entwicklung, die Weltniveau haben Schlüsselpositionen usw.)
- Welchen Einfluß haben diese Personen auf die Entwicklung und Leitung unseres Stastes?

2.2. Freizeitbereich

- Welche Beziehungen bestehen von diesen Personen zu anderen Hochschulen, zu Studenten und Jugendlichen außerhalb unseres Bezirkes.
(Treffen sie sich mit diesen in anderen Orten und Städten, besonders in Berlin, Leipzig und Dresden)
- Nehmen sie an Veranstaltungen und Tagungen der Kirche teil (Welchen Charakter tragen diese Veranstaltungen und wie stark ist die Intensität der Teilnahme?)
- Es ist erforderlich, den Umgangskreis soweit wie möglich aufzuklären
- Wichtig ist, das amtierende geistliche Gedankengut der Personen herauszuarbeiten. Sind sie in Besitz von Literatur, wie Maruse, Fromm, Nietzsche, Habermas, Erich Fromm und Wilhelm Reich
- Beschäftigen sie sich mit dem sog. Tiefenpsychologie sowie der Soziologie
- Welche Stellung beziehen sie zum Sozialdemokratismus
- Werden Reisen ins soz. Ausland durchgeführt?
(Besonders interessieren Gruppenreisen in die VR Polen)
- Nehmen sie an von der Kirche organisierten Arbeit einseitig teil?
- Treffen sich diese Personen bei Partys zu Diskussionsabenden und philosophischen Gesprächen
(Wo, Wann, was wurde hierüber bekannt?)
- Welche Kontakte werden von diesen Personen genutzt?
(Es werden von der KSG und ESO auch Bungalows für Fre genutzt)

2.3. Westverbindungen

- Werden Treffs in der Hauptstadt der DDR mit Bürgern aus der BRD durchgeführt?
- Welche postalischen Verbindungen wurden bekannt?
- Erhalten diese Personen Geschenksendungen aus der BRD
Besonders interessant sind sogen. GENEX-Artikel.
- Welche Westbesuche wurden bekannt. Gibt es Treffs mit Bürgern aus den nichtsoz. Ländern im soz. Ausland?

132

BSU
000184

- 3 -

2.4. Charaktereigenschaften

- Es wird darum gebeten, auch die Bedürfnisse, Neigungen und Interessen der in fragekommenden Personen einschätzen.
- Welche Charakterschwächen sind bekannt (Alkohol, Einstellung zum anderen Geschlecht, usw.)
- Sind auf Grund dieser Schwächen Ansatzpunkte für eine evtl. Möglichkeit einer Werbung vorhanden?

2.5. Sofortige Mitteilung an unsere DE ist erforderlich, wenn über diese Personen strafbare Handlungen oder Verfehlungen bekannt wurden.

KOPIE BSU

füßiges Fehlverhalten eines Studenten wurde von der Stasi aufgegriffen, zu einem Ballon aufgeblasen, um dann dem auf diese Weise Eingeschüchterten mit „Großmut“ zu begegnen. Ihm wurde zugesichert, die zuvor angedrohten Sanktionen würden zurückgenommen, wenn er sich zu einer Mitarbeit bereit erkläre. Dennoch schlugen derlei Anwerbungen in der Regel fehl, da sich mir die Betroffenen in ihrer Gewissensnot anvertrauten und sich dadurch dekonspirierten. In den mir bekannten Fällen blieben die von der Stasi zuvor angedrohten Sanktionen aus.

Ein IM-Bericht über eine Veranstaltung der KSG Magdeburg findet sich allerdings in meinen Stasiakten. Anlass der Observierung war offenbar der angesagte Vortrag der in internationalen katholischen Gremien vertretenen polnischen Journalistin Halina Bortnowska, deren Name im Unterschied zu dem meinen auch korrekt wiedergegeben wurde. Weil Frau Bortnowska damals die Ausreisegenehmigung aus Polen verweigert worden war, musste ich den Abend selbst gestalten. Der Bericht des Geheimen Informators „Lutz Alois“ enthält in wenig qualifizierter Form einige meiner angeblichen Äußerungen, die meine staatsfeindliche Einstellung unter Beweis stellen sollten. (Dokument 9)

156

Der Bundesbeauftragte für die
Untersuchen des Schriftverkehrs
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Wilhelm-Röntgen-Ring 3
Magdeburg-Studenberg

BSStU
000079

Quelle: GI "Lutz Alois"
angen.: Ultn. Zander

Magdeburg, den 6. Juni 1968
1 Exemplar

- Abschrift -

Besuch der Veranstaltung der katholischen Studentengemeinde St.
Augustinus, Magdeburg, Forsestr. 6

Am 16. 5. 68 besuchte ich die Veranstaltung der katholischen
Studentengemeinde in der Forsestr. 6. Als Thema war das
Thema: "Glaube als Hoffen" angesetzt. Diesen Vortrag sollte Halina Bortnowska aus Krakow/Polen halten.
Studentenpfarrer Meckternig erklärte, dass Frau Bortnowska von
den polnischen Behörden keine Ausreisegenehmigung erhalten habe.
Als Grund gab er an, die poln. Katholiken hätten sich mit den
Studenten, die in Polen Unruhe stifteten, solidarisch erklärt
und müssten jetzt dafür büßen.
Aber das würde sich auch noch ändern, erklärte er ferner.

Das Programm hatte er dann kurzfristig geändert. Er hielt einen
Vortrag über das Thema: "Wunder-Hilfe und Hindernis des Glaubens"

Der Abend begann mit einem gemeinsamen Gottesdienst, an dem ca.
10 Studenten teilnahmen. Um 19.30 Uhr begann der eigentliche Vor-
trag. An diesem beteiligten sich 45 Studenten aus den verschiedenen
Fach- und Hochschulen. Während des Vortrages sprach er von einem
Kommunisten, der den Weg zu Gott gefunden hätte. Singend sprach er:
"Während des 2. Weltkrieges war kurz nach dem 2. Weltkrieg wäre
dieser Kommunist in die Schweiz gegangen. Dort hätte er dann das
Paradies kennengelernt, in diesem Paradies sichtlich beeindruckt,
hätte sich dieser dann von seinem Glauben an den Kommunismus befreit
und wäre katholisch geworden."

An anderer Stelle erklärte der Studentenpfarrer, daß der Horizont
der Nichtgläubigen gleich null sei. In scherzhaften Töne sagte er
dann noch über die komm. Weltanschauung: Die marx.-len. Philosophie
kann ja einfach alles beweisen. Mehr kam bei diesem Abend noch nicht
heraus.

Nach dem Vortrag gingen dann noch mehrere Studenten zu einem gesell-
igen Beisammensitzen in das Thälmannklubhaus. Dort knipfte ich erst mal
zu einigen Studenten näheren Kontakt, der mir dann bei der weiteren
Arbeit nützlich sein wird.

gez. Lutz Alois

F.d.R.d.A.
Siegert
Oberfeldwebel

Dokument 9: BSStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 79 (OPK „Keramik“)

Ein zweiter IM-Bericht ist substantieller, betrifft aber nicht die KSG Magdeburg, sondern einen von mir am 13. April 1970 vor der KSG Jena gehaltenen Vortrag „Gute Nesseln brennen beizeiten – Vom Sinn der Studentengemeinde“. Der vierseitige Bericht des IMV „Siegfried“, ein von 1965 bis 1989 für das MfS tätiger Informant *mit vertraulichen Beziehungen zu dem im Vorgang bearbeiteten Personen*, gibt einigermaßen exakt den Inhalt meiner damaligen Ausführungen wieder, die wegen der in jenem Jahr für die katholischen Studentengemeinden der DDR zentralen Diskussion um ihre Struktur und Funktion, ihren innerkirchlichen Auftrag und ihr gesellschaftliches Engagement sowie ihre Verzahnung mit der Akademikerarbeit von einiger Bedeutung war. (Dokument 10)

In einem Fall war die KSG Magdeburg das Ziel einer vom MfS gesteuerten „Zersetzungsmaßnahme“, wie man eine derartige Aktion stasiintern betitelte. Offenbar durch einen Artikel im „Spiegel“ war das MfS darauf aufmerksam geworden, dass angeblich der Münchener Weihbischof Defregger im Zweiten Weltkrieg als Soldat an einem Erschießungskommando in Italien beteiligt gewesen war. Um diese Information im Rahmen der „Differenzierungspolitik“ zu nutzen, brachte man sie im September 1969 unter dem gefälschten Absender der katholischen Studentengemeinden Halle und Magdeburg in Umlauf. In dieser Fälschung werden in der DDR tätige Priester als Militärgeistliche des Zweiten Weltkriegs „enttarnt“ und – durch die Verbindung mit dem „Fall Defregger“ – ihre Verwicklung in verbrecherische Aktionen suggeriert. Dass ausgerechnet die Studentengemeinden in Halle und Magdeburg für diese „Zersetzungsmaßnahme“ ausgewählt wurden, erklärt sich wohl daraus, dass beide Gemeinden als besonders „progressiv“ galten und – wie der zitierte „Treffbericht“ mit IMF „Otto“ zeigt – von kirchlicher Seite dem MfS als kirchenkritisch und staatsfeindlich dargestellt worden waren. Vermutlich verfolgte das MfS mit dieser Aktion eine doppelte Absicht: Zum einen sollte der „Fall Defregger“ in den Gemeinden eine allgemeine Unruhe auslösen und durch eine Polarisierung der Meinungen eine „Differenzierung“ erreicht werden, zum anderen hatte man wohl gehofft, die beiden als Absender angegebenen Studentengemeinden würden als „Nestbeschmutzer“ unter einen verstärkten kirchlichen Druck geraten und die dem Staat suspekten, „verantwortlichen“ Studentenpfarrer ihrer Posten enthoben werden. Da jedoch diese Aktion zu durchsichtig war und die Kirchenleitung an der wahren Autorenschaft dieser Briefe keinen Zweifel hegte, richteten sie keinen sonderlichen Schaden an.

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Vollrath-Höfner-Ring 3
Magdeburg-Südentrup

BSU
000091

IMV "Siegfried"

Übernommen: 17. 4. 1970 Übergeben: 17. 4. 1970

Abschrift von Bericht

KSG-Veranstaltung der KSG-Jena am 13.4. 1970

Thema: Gute Messeln brennen beizeiten -
Vom Sinn der Studentengemeinde

Anw.: 59 Mitglieder der KSG Jena
1 Gast (Abiturantin)

Der Vortrag wurde gehalten von Studentenpfarrer Mechtenberg
aus Magdeburg. Der Sprecher der Studentengemeinde, Pfarrer Mechten-
berg, der sich um die Studentenseelsorge der DDR bemüht und
aktiv ist, sagte: "Die Existenzfrage der KSG'n ist notwendig,
da die Aufnahme der Abiturienten schwierig, die Integration
der Akademiker in den Pfarrgemeinden noch problematischer ist,
da die Fortsetzung der Studentengemeinden nicht mehr "junge
Akademiker" usw. möglich ist. Die Fortsetzung ist nur noch
auf private Initiative vorhanden, aber nicht mehr kirchen-
rechtlich."
Dies soll auch Hauptprobleme der Rosenthaler Wallfahrt werden,
damit verbunden ist eine Auswertung der ausgeteilten Fragebogen,
in denen nach dem Weg zur KSG gefragt wird. Außerdem wie man
als Akademiker diese Gemeinschaft weiterzuführen wünscht.

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Vollrath-Höfner-Ring 3
Magdeburg-Südentrup

- 2 -

In diesem Zusammenhang stehen folgende Fragen zur Dis-
kussion:

- Sollen Interessengruppen gebildet werden
- Wird man weiter eine Studentengemeinde besu-
- Wird man sich den Heimatpfarrer zur Verfügung stellen

usw.

Ein wichtiges Problem ist die Aufnahme der Abiturienten
in die KSG. Dieses Problem stand auch nach Ostern in Berlin
zur Debatte, als die Studentengemeinden Tagung durchgeführt wurde.
Viele Klagen waren zu hören, beispielsweise, daß die Abiturienten
nicht als Neumatrikulierte den Weg zur KSG finden würden.
Außerdem wurden Stimmen auf dieser Tagung laut, die Studenten-
gemeinden aufzulösen, da sie zu progressiv sind und keine
Verbindung zur eigentlichen Gemeinde haben. Einige Bischöfe
drängen auf Auflösung (wahrscheinlich Rientelen aus Magdeburg
und Schröter von Schwerin)

Um eine verbesserte KSG-Arbeit durchzuführen, müßten neue Methoden
eingeführt werden, weniger Referate gehalten, dafür mehr Ge-
sprächsrunden, die die Persönlichkeit der Studenten ansprechen
organisiert werden. Gesprächskreise würden das Leben intensivieren
und mehr Nutzen bringen, als es zur Zeit möglich ist.
Die Bruderschaft in den KSG'n ist viel besser als in den Orts-
pfarreien.

Die Studentengemeinden als Freiwilligkeitskirche, sind Vorbild
für die Gesamtkirche, die z. Z. noch Volkskirche ist, aber aus
der Not der Zeit zur Freiwilligkeitskirche übergehen muß.
Mechtenberg sagte in diesem Zusammenhang: "Mir gilt der Witz der
Prager Literaturzeitschrift, die lange Zeit verboten war. Ein Jahr
vor der Invasion der CSSR war in dieser Zeitung folgender Witz:
Der Regenwurm baute sich, indem das Vorderende schmal wird,
nach vorn stößt er das Hinterende, das die größte Masse aus-
macht, nach hinten. Wenn man dieses Hinterende am Boden festklebt,
dann kann sich das Vorderende noch so bemühen, es kommt nicht
von der Stelle. Dies ist nicht nur die Situation in der CSSR vor
der Invasion, sondern die Lage in der Kirche heute."

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Aufenthalts-Magdeburg
Wilhelm-Höfner-Ring 3
Magdeburg-Südendorf

BSTU
000092

- 3 -

Die praktische Ökumene in der KSG ist groß, nach der Theorie wird jedoch kaum gefragt. In normalen Pfarreien ist fast keine ökumenische Bewegung vorhanden, da die Pfarreien konfessionell enorm gebunden sind und die Pfarrer nach einem Zeitplan arbeiten, indem keine Zeit für die Ökumene bleibt.

Der Dekanatskirchenrat in Magdeburg nahm auch ein Mitglied der Magdeburger KSG auf. Dieses schlug vor, im Rahmen der Sonntagsmesse einmal im Monat einen ökumenischen Gottesdienst abzuhalten, womit der Sonntagspflicht genüge getan sei, - der Dekanatskirchenrat schwieg dazu, die Pfarren jedoch protestierten heftig, gegen ein solches Ansinnen, der Bischof ließ den Vorschlag unter den Tisch fallen.

Unsere Bischöfe wünschen eine gemeinschaftliche Entwicklung, entsprechend der Zeit von unten, die bis jetzt fehlt.

Die Pöckelrind wurde importiert - der Erfolg muß abgewartet werden, obwohl die Mitgliederzahl mehr und mehr steigt.

Neues, in Form einer katholischen Großfamilie, in Form der Freiheitskirche muß geschaffen werden.

Zu Pfingsten in Rosenthal soll auch geklärt werden, was mit KSG-Mitgliedern werden soll, die die UNI verlassen und in Ortspfarreien gelangen.

Die territoriale Frage in der Kirche ist besonders groß, denn dort steht das Wasser bis zum Hals, die Kirchen sind leer, die Austritte häufen sich. Was tun? Der ev. Pfarrer von Halle, SCHWARTZ, beschäftigt sich mit der theol. Neugliederung, z. B. Schaffung von Arbeitsgruppen in der ev. Kirche nach dem Vorbild der KSG'n.

Solche Zustände, obwohl die kirchl. Potenzen in der DDR gut sind, die aber strukturell besser als bisher ausgenutzt werden müssen, sind z. B. in Magdeburg ein einziger Arbeitskreis 'Beziehungsfragen', der sich mit der Lage in den Betrieben unter verschiedenen Gesichtspunkten beschäftigt.

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Aufenthalts-Magdeburg
Wilhelm-Höfner-Ring 3
Magdeburg-Südendorf

BSTU
000093

- 4 -

Meine Mitarbeiter sind: Dipl.-Ing., Psychologen, Pädagogen usw. Dieser Kreis soll Wege und Möglichkeiten zur Missionierung unserer Arbeiter aufzeigen, wir eröffnen damit die Mission der Gesellschaft".

So muß und sollte gearbeitet werden, z. B. fehlen Literaturarbeitskreise, die die Literatur der DDR erforschen. Solche Kreise regional, könnten aus der KSG erwachsen - das ist wichtig. Die KSG Halle machte eine Harzwanderung für Neueinsteiger, zum Einleben, während in der KSG dreitägige Bildung durchgeführt werden. Es ist Zeit und notwendig, daß schon die 11. und 12. Klassen mit der KSG verbunden werden.

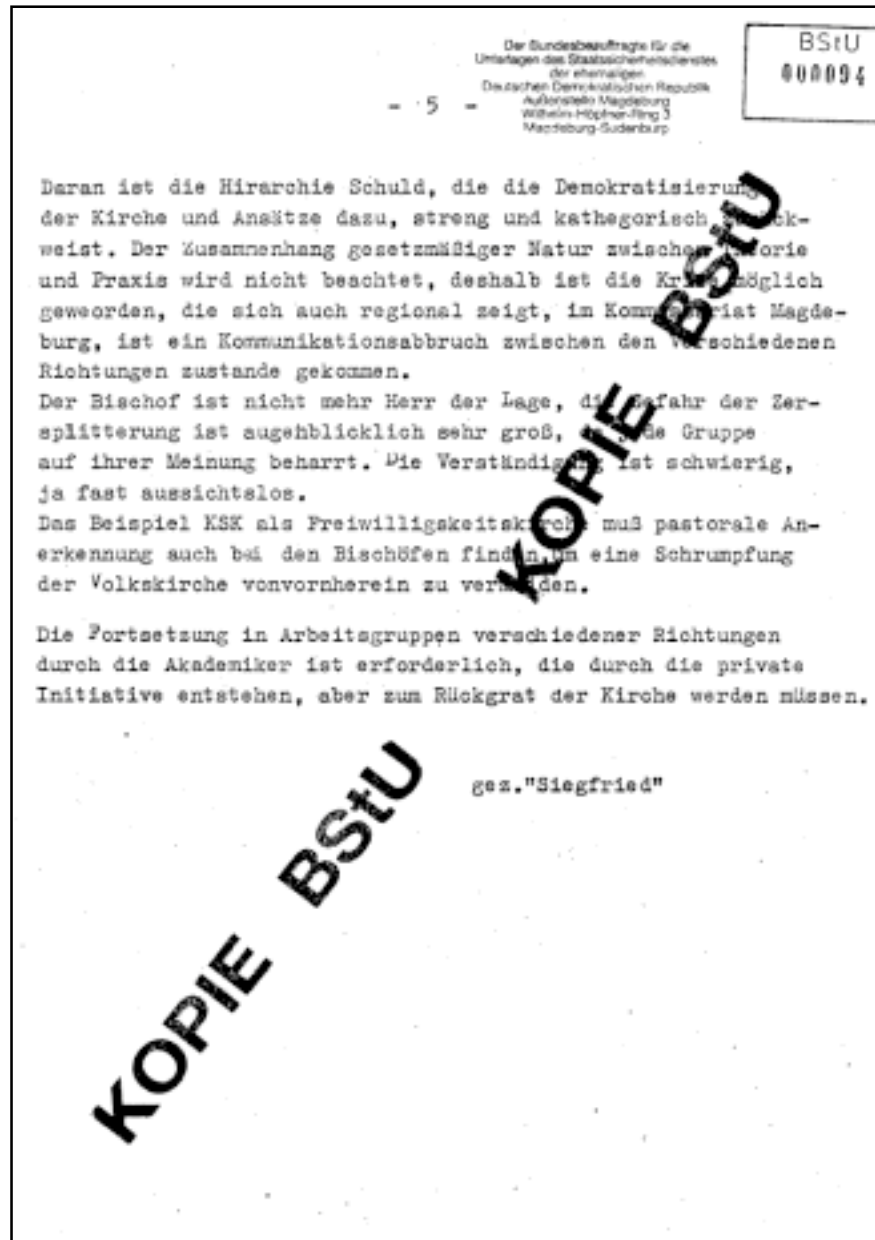
Auf dem Pfingsttreffen soll eine Denkschrift erarbeitet werden, wie die KSG mit den regionalen Pfarreien zusammenarbeiten zu denken, um endlich Anstoß zu geben, auch bei den Bischöfen. Dabei soll es darauf ankommen, daß die Studentengemeinden den Weg zur den Pfarrkonferenzen finden, die die meisten Bedenken gegen die KSG'n vorbringen.

Diskussion:

Im Haus Sebastian, in Erfurt, findet jährlich ein Wochenende für Abiturienten statt, an dem als Gäste Mitglieder der KSG'n Jena und Erfurt teilnehmen und auf die Aufnahme der zukünftigen Studenten in die KSG hinarbeiten.

Eine Strukturveränderung in der Kirche sei erforderlich, um wirksamer als bisher zu arbeiten, der Aufbau der Freiwilligenkirche ist schon jetzt nötig, dabei ist eine Bewußtseinswandlung erforderlich, die schon vor der Strukturveränderung durchgeführt werden muß.

Pfarrer Mechtenberg war der Meinung, daß dies der Punkt der Krise in der heutigen Kirche sei. Während die Struktur überall verändert wird, hinkt das Bewußtsein stark hinterher.



3. Konflikte um den Arbeitskreis „Pacem in terris“

Während meiner Magdeburger Zeit war ich nicht nur als Studentenpfarrer tätig. Von seiner Gründung im Jahr 1963 bis Ende 1971 leitete ich zudem den überregionalen Arbeitskreis „Pacem in terris“, dem die Aufgabe einer innerkirchlichen Rezeption der katholischen Soziallehre übertragen worden war.¹²

Der Arbeitskreis verdankt seine Entstehung einer Initiative des Erfurter Weihbischofs Hugo Aufderbeck. Der Name „Pacem in terris“ wurde damals bewusst in Anlehnung an die 1963 veröffentlichte Friedenszyklika Papst Johannes XXIII. gewählt. Da diese in den sozialistischen Ländern nicht, wie gewohnt, feindselig kommentiert wurde, schien die Möglichkeit gegeben, sich unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse mit Fragen der katholischen Soziallehre zu befassen, ohne gleich massive Konflikte seitens staatlicher Stellen befürchten zu müssen. Beabsichtigt war u. a., die ideologisch besetzten Begriffe wie Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Arbeit zu entideologisieren, sie mit dem in der katholischen Soziallehre verfügbaren Inhalt neu zu füllen und – in Absetzung vom sozialistischen Sprachgebrauch – für die kirchliche Verkündigung verwendbar zu machen. Auch war daran gedacht, in der Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Vorgaben der Regierung (z. B. Arbeits-, Ehe- und Familiengesetzgebung) durch eine gründliche Analyse und Erarbeitung der anstehenden Probleme der Ordinarienkonferenz Argumentationshilfen zu liefern. Zudem konzentrierte sich der Arbeitskreis auf die Untersuchung, welche Ansätze das sozialistische System für ein christlich motiviertes gesellschaftskritisches Engagement bot und wie der vom Konzil geforderte Weltdienst unter den Bedingungen der DDR-Gesellschaft wahrgenommen werden konnte.

In diesem Zusammenhang soll auf zwei vom Arbeitskreis „Pacem in terris“ erstellte Dokumente näher eingegangen werden. Es handelt sich um das Papier „Grenzen und Möglichkeiten eines Weltdienstes der Kirche in unserer Situation“ sowie um die Konkretisierung dieser mehr allgemein gehaltenen Analyse auf den Bereich sozialistischer Betriebe unter dem Titel „Untersuchung der Grenzen und Möglichkeiten der Christen im Bereich Arbeit“. Der erste Text findet sich als Anlage zum Protokoll der Berliner Ordinarienkonferenz vom 30./31. März 1967, das zweite Dokument, gleichfalls aus dem

¹² Vgl. meinen Text „Der Arbeitskreis ‚Pacem in terris‘, ein Beitrag zur Rezeption katholischer Soziallehre in der DDR“, Erstveröffentlichung in der in Zürich herausgegebenen Zeitschrift „Orientierung“ 59/1995; Nachdruck im Deutschland Archiv 4/1998. In diesem Aufsatz lege ich Organisation und Arbeitsweise des Arbeitskreises dar und gehe insbesondere auf die mit seiner Tätigkeit verbundenen innerkirchlichen Konflikte ein.

Frühjahr 1967, fand seinen Weg bis in den Nachlass des Westberliner Generalvikars, Prälat Walter Adolph.¹³ Bei „Grenzen und Möglichkeiten eines Weltdienstes der Kirche in unserer Situation“ handelt es sich um den Versuch, den vom Zweiten Vatikanischen Konzil ausgehenden weltoffenen Impuls unter den Bedingungen der DDR-Gesellschaft umzusetzen. In dem Text heißt es u. a.: *Es ist u. E. unbestreitbar, daß das dialogische Weltverhältnis der Kirche auf das Modell einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft bezogen ist. Die Andersartigkeit der Situation, in der sich die Kirche in der sozialistischen Gesellschaft befindet, macht die Verwirklichung ihres Weltdienstes zum Problem. Theoretisch ergeben sich drei Möglichkeiten: 1. mit dem Hinweis auf die Andersartigkeit der Situation der Kirche im Sozialismus das dialogische Weltverhältnis als unreal abzutun; 2. das dialogische Weltverhältnis der Kirche auf das Verhältnis der Kirche zum Sozialismus bedenkenlos anzuwenden, also im Sozialismus den Dialogpartner zu sehen; 3. das dialogische Weltverhältnis bei kritischer Auseinandersetzung mit dem Sozialismus anzustreben. U. E. kommt nur die dritte Möglichkeit in Betracht, denn einmal können wir nicht die durch das Konzil in Gang gesetzte Bewegung zum Weltdienst der Kirche einfach ignorieren, zum anderen ist der Sozialismus zu einem dialogischen, d. h. partnerschaftlichen Verhältnis unter Beibehaltung seiner integralistischen Grundvoraussetzung weder fähig noch bereit. Durchaus hellichtig bezüglich der weiteren Entwicklung in der DDR heißt es dann: Wenn u. E. trotz dieser Schwierigkeiten ein dialogisches Weltverhältnis der Kirche bei kritischer Auseinandersetzung mit dem Sozialismus angestrebt werden soll, dann ist dafür die Einsicht bestimmend, daß die Entwicklung zu einer pluralen Welt unaufhaltsam ist, daß also das integralistische Weltverhältnis sozialistischer Prägung letzten Endes an den Forderungen sachgerechter Lösungen der sich im weltlichen Bereich stellenden Probleme scheitern muß. Der Widerspruch von Theorie und Praxis macht die Krise des Sozialismus offenbar und zeigt, daß die Ideologie nicht hinlangt, der Vielfalt und Komplexität der Probleme Herr zu werden. Mehr und mehr zeichnet sich die Notwendigkeit ideologiefreier, sachgerechter Entscheidungen ab.*

Das Dokument „Untersuchung der Grenzen und Möglichkeiten der Christen im Bereich Arbeit“ wurde gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Beruf und Welt“ erstellt, der „Pacem in terris“ lose angegliedert war und sich aus in Betrieben tätigen Ingenieuren zusammensetzte. Der Text beinhaltet eine detaillierte Strukturanalyse eines sozialistischen Betriebs, um die enge „Verflechtung

13 Beide Texte sind, unwesentlich gekürzt, nachzulesen bei Martin Höllen, Loyale Distanz? a. a. O., Band 3/1 (1966–1976), S. 50–53.

von Produktionsvorgang und gesellschaftlichen Bereichen“ zu verdeutlichen, wodurch sich *der einzelne Werktätige (ob Christ oder Nichtchrist) dem Einfluß der gesellschaftlichen Sphäre nicht entziehen kann. Zumal mit steigender Verantwortung im Produktionsprozeß wird vom Werktätigen eine aktivere Mitarbeit im gesellschaftlichen Bereich gefordert.* Diese sollte nicht als Konzession verstanden werden, sondern auf der Basis *fachlicher Qualifikation* im Sinne von mehr *Sachgerechtigkeit* geleistet werden. Dabei sind *Konfliktsituationen* nicht auszuschließen, die den Einzelnen vor *Gewissenentscheidungen* stellen. Was die nicht überschreitbare Grenze betrifft, so *verbietet sich eine Mitgliedschaft in der SED*, und dies auch, wenn damit ein *Verzicht auf den weiteren Ausbau der fachlichen Position* verbunden ist. Für die *Verkündigung und das seelsorgliche Gespräch* wird eine *gründliche Kenntnis des betrieblichen Lebensraumes* gefordert, um *pastoral zu einem besseren Verständnis der Konfliktsituationen* zu gelangen, von denen der *Geistliche verschont bleibt*. Ich habe damals diese Untersuchung persönlich dem für Pastoralfragen zuständigen Weihbischof Heinrich Theissing überreicht und kann mich noch sehr gut an seine Verblüffung erinnern, als ihm klar wurde, dass ein sozialistischer Betrieb nicht nur eine Arbeitsstätte, sondern ein *weite Bereiche menschlicher Lebensvollzüge umfassender Sektor* ist, der *gemeinhin völlig außerhalb jeder pastoralen Überlegung* lag.

Es sollte sich jedoch bald zeigen, dass die aus beiden Dokumenten erkennbare Zielsetzung nicht der von der zentralen Berliner Kirchenleitung verfolgten Linie entsprach und das Misstrauen des MfS weckte.

Offenbar hat es innerhalb der Ordinarienkonferenz bereits in der Gründungsphase des Arbeitskreises erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. Dies geht jedenfalls aus Äußerungen des als Berliner Vertreter zum Arbeitskreis gehörenden Geistlichen Carl Scharfenberger hervor, der vom MfS als IMV „Scharf“ geführt wurde. Einem Treffbericht vom 21. September 1971 zufolge erklärte IMV „Scharf“ (Dokument 11), der nach eigenen Angaben über langjährige und gute Beziehungen zum Berliner Kardinal verfügte, seinem Führungsoffizier gegenüber, dass es bereits bei der Festlegung der Aufgaben des Arbeitskreises *zwischen Kardinal Bengsch und Weihbischof AUFDERBECK* zu Auseinandersetzungen gekommen sei; *da letzterer mit einer fest umrissenen Konzeption auftrat, die weit über den Rahmen der von der Ordinarienkonferenz festgelegten Punkte hinausging. Nach der Konzeption von Bischof AUFDERBECK sollte der Arbeitskreis in Form einer Expertengruppe aus Laien und Geistlichen unter Leitung eines Bischofs aufgebaut werden und verbindliche Arbeitsrichtlinien erarbeiten, die durch die*

Hauptabteilung XI/4/II Berlin, den 21. September 1971

BSTU
000086

Treffbericht

Quelle: IMV „Scharf“
Zeit: 21. 9. 1971
Ort: Berlin
Mitarb.: Oltn. Leutloff

I. Katholisch-Theologischer Arbeitskreis „Pacem in terris“

1. Gründung und Namensgebung, Aufgaben

Ende 1964 wurde von einigen katholischen Bischöfen in der DDR – Wortführer und Hauptinitiator war der Erfurter Weihbischof A u f d e r b e c k – der Ordinarienkonferenz in Berlin der Vorschlag unterbreitet, eine überregionale theologische Arbeitsgruppe zu bilden, deren Aufgabe es sein sollte, Arbeitspläne für die Bischöfe zu besonderen Fragenkomplexen aufzustellen. Hauptanlaß für diesen Vorschlag, so begründete Weihbischof AUFDERBECK, waren die Vorschläge der Regierung der DDR und die Diskussionen in der Bevölkerung zu Fragen der Arbeits-, Familien- und Ehegesetzgebung. Von der Arbeitsgruppe sollten derartige Vorschläge und Diskussionen gesammelt, durchgearbeitet und zusammengefaßt und aus dem Material davon Vorschläge für bischöfliche Argumentationen erarbeitet werden.

Als Leitmotiv für die Arbeit der Gruppe wurden die einleitenden Worte der 1963 veröffentlichten Papst-Enzyklika „Pacem in terris“ (Für den Frieden der Welt) vorgeschlagen.

Von der Ordinarienkonferenz wurde der Bildung dieses Arbeitskreises zugestimmt.

- 2 -

Ordinarienkonferenz zu bestätigen waren. Es sei dann am Ende zu einem Kompromiss gekommen, der dem Arbeitskreis einen bedeutend geringeren Rang beimaß und seine Kompetenz und Zuständigkeit beschränkte.¹⁴

Der Konflikt verschärfte sich in der Folgezeit, weil – wie IMV „Scharf“ seinen Führungsoffizier wissen läßt – der Arbeitskreis an den ursprünglichen Plänen festhielt, obwohl der Kardinal *der Leitung des Kreises eine ernste Mißbilligung ausgesprochen und dringend empfohlen [hatte], zur eigentlichen Zielstellung, wie sie von der Ordinarienkonferenz beschlossen worden war, zurückzufinden, anderenfalls werde dieser Kreis als nicht existent erklärt.*¹⁵

Gravierender als die Äußerungen des IMV „Scharf“ ist die Einschätzung des Arbeitskreises „Pacem in terris“ durch Prälat Otto Groß, der 1967 durch Erzbischof Alfred Bengsch offiziell zum Beauftragten für Gespräche mit dem MfS ernannt worden war und dort – wie bereits erwähnt – als IMF „Otto“ geführt wurde. Im schon zitierten „Treffbericht“ vom 23. Januar 1969 bildete die Erkundigung nach der „Gruppe ‚Pacem in terris‘“ den ersten Punkt der Besprechung. Dabei kann als sicher angenommen werden, dass Prälat Groß zu diesem Zeitpunkt über die Aktivitäten des Arbeitskreises bestens informiert war und auch von den beiden Dokumenten aus dem Jahr 1967 Kenntnis hatte. Umso verwunderlicher ist es, dass der „Treffbericht“ den Charakter einer sachlichen Information vermissen läßt, dafür aber sehr wohl den Vertretern des MfS die angebliche Gefährlichkeit des Kreises, zumal ihres Leiters, suggeriert. Zur Verdeutlichung einige Zitate:

In der DDR existiert eine Gruppe von Personen, die sich „Pacem in terris“ nennt und die man als den Ausgangspunkt der politischen Diversion gegen den Staat und die Gesellschaft bezeichnen kann. Hinzu kommt, daß sie auch in erheblichem Maße Unruhe innerhalb der katholischen Kirche stiften. Der geistige Führer dieser Gruppe ist der Magdeburger Studentenpfarrer M e c h t e n b e r g. Im Folgenden wird dem Arbeitskreis wahrheitswidrig unterstellt, er unterhalte Kontakte zu links-katholischen Gruppierungen in der Bundesrepublik und bediene sich ausgesprochen raffinierter und zum großen Teil versteckter Methoden, um ideologisch gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung wirksam zu werden. Weiter heißt es: MECHTENBERG und seine Freunde [seien] der Ansicht, daß die sozialen Errungenschaften des Sozialismus tiefen menschlichen Inhalt besitzen und daß es nur darauf ankommt, ihn dahingehend zu verändern, daß den Menschen mehr Freiheit und Demokratie gewährleistet wird. In diesem Zusammenhang wurde die

14 BSTU, ZA, HA XX/4/II, Nr. 8406/83.

15 Ebd.

Entwicklung in der CSSR bis zum 21. 8. 1968 als beispielgebend hingestellt. Unter indirekter, doch deutlicher Bezugnahme auf die „Untersuchung der Grenzen und Möglichkeiten der Christen im Bereich Arbeit“ heißt es anschließend: Um an diesen Aufgaben arbeiten zu können, wird den katholischen Laien empfohlen, nach Funktionen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Gemeinderäten, Elternbeiräten u. a. gesellschaftlichen Organisationen zu streben. Ausgenommen hiervon ist die Mitgliedschaft in der SED. Kardinal B e n g s c h und die offizielle katholische Kirche sind gegen eine derartige Einschleusung von Katholiken in gesellschaftliche Funktionen zum Zwecke der Durchführung von bestimmten Aufgaben. Seiner Meinung nach muß eine derartige Tätigkeit vom Staat als Diversion und Zersetzung der gegenwärtigen Verhältnisse aufgefaßt werden. Den Bischöfen ist es jedoch bisher nicht gelungen, die o. g. Gruppe von ihrem Vorhaben abzubringen.

Der letzte Satz kann als eine versteckte Aufforderung an das MfS gelesen werden, das zu tun, wozu sich die Bischöfe nicht in der Lage sahen. Doch eben dies geschah nicht. Der Arbeitskreis „Pacem in terris“ wurde nicht zur Zielscheibe eines Operativen Vorgangs. Vielmehr begnügte sich das MfS mit der Sammlung von Informationen. Auch der „Treffbericht“ mit IMF „Otto“ vermerkt am Ende lediglich eine *Auftragserteilung an den IM zur Beschaffung der Mitglieder des Arbeitskreises „Pacem in terris“, ihrer westdeutschen Kontaktpersonen und Ermittlung des Tagungsortes und des Termins der nächsten Tagung in Leipzig.* Weitere Erkenntnisse gewann das MfS durch den ehemaligen Erfurter Priester Hans Kadenbach, einen exzellenten Marxismuskenner, mit dem ich bis zu seinem Bruch mit der Kirche und seinem Ausscheiden aus dem Arbeitskreis im Jahre 1968 eng zusammengearbeitet habe. Er wurde 1972 als IMV „Hans“ vom MfS angeworben und hat in seinem „Treffbericht“ vom 30. Mai 1972 (Dokument 12) sachlich und unter offensichtlicher Schonung meiner Person über die Tätigkeit des Arbeitskreises berichtet, wobei er allerdings die Namen der Mitglieder des Arbeitskreises und eines angegliederten Kreises von Laien preisgab sowie zwei im wesentlichen von ihm erstellte Dokumentationen „Über den Einfluß der sozialistisch organisierten Arbeit auf den Menschen“ und „Stellungnahme zum Entwurf des Familiengesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik“ aushändigte. Aus einer Randbemerkung des MfS geht hervor, dass gegen die westdeutsche Kontaktperson Dr. P., die regelmäßig an den Leipziger Treffen, auch noch nach meinem Ausscheiden, teilnahm, über die Abt. VI Ermittlungen eingeleitet werden sollten.

Man mag sich fragen, warum das MfS gegen den Arbeitskreis nicht gezielter vorgegangen ist. Eine mögliche Erklärung dürfte in der vom MfS gewonnenen Erkenntnis liegen, dass der Arbeitskreis seitens der Kirchenleitung un-

000021 27

Hauptabteilung XX/4 Berlin, den 7. Juni 1972

Treffbericht

Quelle: IMV-V- "Hans"
 Zeit: 30. Mai 1972, 16.00-20.00 Uhr
 Ort: Erfurt
 Mitarbeiter: Hptn. Baethge

1. B. nach
 der 1. S.
 aufbewahrt
 1. B. nach
 dem 1. S.
 aufbewahrt

1. Arbeitskreis Pacem in Terris

Nach Auffassung des IM zeichnete für diesen Arbeitskreis die Berliner Ordinarienkonferenz verantwortlich. Obwohl durch diese nicht ausdrücklich bestätigt, arbeitete ~~sie~~ in deren Auftrage, erhielt finanzielle Mittel und Bischof A u f d e r b e c k hatte ständige Verbindung zu diesem Arbeitskreis.

Mit der Bildung dieses Arbeitskreises bestand die Absicht, zu den verschiedensten Fragen auf sozialen Gebiet Stellung zu beziehen und eine gewisse Vorbereitung für generelle Stellungnahmen auf verschiedenen Ebenen zu treffen. In Arbeitskreis ~~war~~ waren aktiv und sozusagen als deren Vorsitzender, ~~haben~~ hatte sich der ehemalige Studentenfarrer Theodor M e c h t e n b e r g.

Der IM und M e c h t e n b e r g arbeiteten oft gemeinsam Material aus, das als Grundlage für die anschließende Besprechung im Arbeitskreis diente.

M e c h t e n b e r g s Ziel bestand vor allem darin, sehr ausführlich theologische Abhandlungen über die unterschiedlichsten Themen zu fertigen, was der Auffassung der IM widersprach. Dieser sah die Aufgabe des Arbeitskreises viel mehr darin, sich auf der Grundlage des 2. vatikanischen Konzils sozialen Fragen innerhalb der Kirche zuzuwenden. Diese unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Tätigkeit des Arbeitskreises führte dazu, daß der IM sich von M e c h t e n b e r g trennte und etwa ab 1968 eine jegliche Tätigkeit in diesem Kreis ablehnte.

erwünscht war und daher innerkirchliche Konflikte erwartet werden konnten, die letztlich alle seine Aktivitäten mehr oder weniger unwirksam machen würden. Und so war es denn auch.

Zwei Jahre nach seiner Gründung hielt der Arbeitskreis die Errichtung eines pastoral-soziologischen Instituts für erforderlich, um seine Aufgabe einer permanenten Registrierung und Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen in der DDR unter dem Aspekt ihrer seelsorglichen Relevanz qualifiziert leisten zu können. Dieser Antrag wurde ebenso abgelehnt wie der 1968 formell geäußerte Wunsch nach einem Kontakt zur Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“. Meine persönlichen Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit dem gemeinsam vom Heiligen Stuhl und dem Ökumenischen Weltrat gebildeten Ausschuss für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden (SODEPAX) schien zunächst erfolgreich, wurde dann aber nach bekannt werden durch die kirchliche „Zentrale“ in Berlin unmöglich gemacht. Diese folgte auch in diesem Fall ihrer üblichen Praxis, möglichst alle Außenkontakte selbst abzudecken. So hatte denn auch Prälat Otto Groß an einer in Baden bei Wien stattgefundenen SODEPAX-Konsultation teilgenommen, ohne dass der Arbeitskreis darüber informiert, geschweige denn zur Teilnahme aufgefordert worden wäre. An diesem aus dem Jahr 1970 stammenden Vorgang wird deutlich, dass man in der Berliner Kirchenleitung dem Arbeitskreis kaum eine Bedeutung beimaß und bestrebt war, seine Aktivitäten zu beschneiden. Der Konflikt um die Außenvertretung des Arbeitskreises hatte dann insofern ein Nachspiel, als die Arbeitsgemeinschaft der Seelsorgeämter, der „Pacem in terris“ zugeordnet war, laut Protokoll vom 21. April 1971 auf ihrer Pastoral-konferenz entschied: *Die Arbeitsgemeinschaft der Seelsorgereferenten hält Kontakte des Arbeitskreises mit innerdeutschen Arbeitsstellen für richtig. Die Frage der Außenvertretung und der Kontakte mit außerdeutschen Stellen kann von der Arbeitsgemeinschaft der Seelsorgereferenten nicht geklärt werden.*¹⁶ Von ihrer Seite war somit keine Unterstützung zu erwarten.

Der innerkirchliche Konflikt um den Arbeitskreis trat in seine entscheidende Phase, als die Pastoralkonferenz die „Dienstfunktion“ des Kreises infrage stellte und für die ihr zugeleiteten Stellungnahmen und Handreichungen keine Verwendung mehr sah. Der Arbeitskreis sollte verpflichtet werden, anstelle eigener Erarbeitungen von der Pastoralkonferenz erteilte Aufträge zu erledigen. Damit hätte der Arbeitskreis seine Eigenständigkeit verloren. Zudem sollte aufgrund veränderter Aufgabenstellung der Arbeitskreis personell neu besetzt werden. Der Konflikt zog sich eine Weile hin. Im Früh-

¹⁶ Zitiert nach Einsicht in das „Erfurter Regionalarchiv Ordinarien Ost“, A I 25; III. 17., 1-3; X. 5., Teil 1

sommer 1971 kam es dann zu einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Pastoralkonferenz, dem Berliner Ordinariatsrat Peter Riedel, und mir mit dem Ziel, mich zum Einlenken zu bewegen. Bevor dieses Gespräch zustande kam, hatte Ordinariatsrat Riedel in einem Schreiben vom 12. Mai 1971 Kardinal Bengsch entsprechend informiert. Welche Bedeutung diesem Gespräch beigemessen wurde, wird aus folgendem Passus deutlich: *Falls ich dazu noch einige Informationen von Ihnen benötige, würde ich bitten, sie mir zukommen zu lassen.*¹⁷ Ob Ordinariatsrat Riedel für das Gespräch mit mir von Kardinal Bengsch entsprechende Instruktionen erhalten hat, konnte ich im Erfurter Regionalarchiv nicht ermitteln. Ich habe jedenfalls dieses Gespräch als eine Art Ultimatum in Erinnerung und mit meinem Ausscheiden aus dem Arbeitskreis nach der Herbsttagung 1971 meine persönlichen Konsequenzen gezogen.

¹⁷ Ebd.

4. IMS „René“ initiiert die Bildung eines Jungakademikerkreises

Erst gegen Ende meiner Tätigkeit als Magdeburger Studentenpfarrer wurde der zur Sicherung im Aufgabenbereich beauftragte IMS „René“, Klarname Dr. Horst Seidel, speziell auf mich angesetzt. Nach den mir vorliegenden Unterlagen war „René“ seit August 1962 als IM zur Sicherung der *studentischen Jugend* an der Technischen Hochschule Magdeburg im Einsatz, wobei er seit dieser Zeit mehrfach Personen an das MfS verraten haben soll, die angeblich die Absicht hatten, die DDR „ungesetzlich“ zu verlassen.

Teil seines Auftrags war der Ausbau und die Vertiefung einer Verbindung zu mir. So erinnere ich mich, dass Dr. Seidel im Januar 1971 mit der Idee bei mir auftauchte, parallel zur KSG und zu einem bereits bestehenden älteren Akademikerkreis einen Jungakademikerkreis aufzubauen. Darüber liegt eine fünfseitige Tonbandabschrift mit dem Titel „Bericht zum Aufbau eines Akademikerkreises der katholischen Kirche in Magdeburg“ vor. Die vom IMS „René“ entwickelten Vorstellungen zielten darauf ab, *daß in dem neuen Akademikerkreis bestimmte Vertrauensleute gewählt oder ausgesucht werden von den verschiedenen Hochschulen und Fachschulen Magdeburgs, die als Vertrauensakademiker analog zu den Vertrauensstudenten in der KSG in den Hoch- und Fachschulen engen Kontakt zu den dort studierenden katholischen Studenten aufnehmen sollen. Diese Beziehungen sollen sich nicht nur auf kirchliche Fragen richten, sondern sie sollen sich auch auf anleitende Tätigkeit, auf Betreuung dieser Studenten in der Freizeit und auch dafür dasein, daß bestimmte Probleme und Schwierigkeiten, die Studenten haben, ausdiskutiert werden und daß diese Probleme zunächst von der Studentengemeinde unabhängig und unabhängig von den Einrichtungen möglichst intern gelöst werden sollen.*¹⁸

In diesem Zusammenhang gibt IMS „René“ dem MfS gegenüber bereits einige an der TH Magdeburg tätige Personen namentlich an, die für den Aufbau des Akademikerkreises gewonnen werden könnten.

Ich zeigte mich damals an dem von Dr. Seidel entwickelten Konzept deswegen besonders interessiert, weil sich dadurch die Chance einer Information über die die KSG betreffenden Abläufe an der Hochschule eröffnete. So

18 Interessanterweise wurden die auf Tonband aufgenommenen Berichte des IMS „René“ über den Aufbau eines Magdeburger Jungakademikerkreises in der sonst leeren Aktenmappe des mit mir in keinem Zusammenhang stehenden IM-Vorgangs „Eisen“ der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg, BStU, Ast. Magdeburg, Abt. XX, Reg.-Nr. VII/1717/86 aufgefunden. Vermutlich liegt hier eine vom MfS mehrfach benutzte Methode bewusster Irreführung vor. U. a. enthält diese Akte eine von mir verfasste Rezension zu Jürgen Fuchs 1984 erschienenen Roman „Fassonschnitt“.

IMS „RENÉ“ INITIIERT DIE BILDUNG EINES JUNGAKADEMIKERKREISES

hatte ich meinerseits angeregt, innerhalb des neuen Akademikerkreises eine Arbeitsgruppe mit der Zielsetzung zu bilden, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre durchgeführte dritte Hochschulreform zu analysieren und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Studentengemeinde zu bedenken. Die Ergebnisse sollten dann in Form von Podiumsgesprächen in der KSG diskutiert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt stellte aus meiner Sicht die von „René“ in seinem Bericht erwähnte Hilfe für in Schwierigkeiten geratene Studenten dar, die über ein solches Beziehungsgeflecht zur TH möglicherweise geleistet werden konnte. Den Hintergrund für diese Überlegung bildete der Austritt einer Studentin der TH aus der Partei und ihre Konversion zur katholischen Kirche, ein Fall, der zu der Zeit für einiges Aufsehen gesorgt hatte und der von „René“ in seinem Tonbandbericht auch Erwähnung findet. Besonders hebt der IMS hervor, dass diese Studentin *es fertig gebracht hat, ihr Studium reibungslos über die Runden zu bringen und das ist eigentlich der [sic] größte Verdienst an der ganzen Sache, daß man in einem kleinen Kreis diese Marschroute festgelegt hat ...*

Man könnte meinen, dass hier von einem IM eine Initiative mit Wissen und Zustimmung des MfS gestartet wurde, die eigentlich kaum im Interesse der Stasi gelegen haben dürfte. Nun, man versprach sich von ihr doch einiges: Zum einen *ausführliches Material über die Personen*, einschließlich ihrer Adressen. Zum anderen *erhalten wir den Informationsfluß von der katholischen Kirche über die Forderungen, die an uns gebracht werden bzw. wir erhalten Einfluß über [sic] die Tätigkeit, das Arbeitsprogramm der Studentengemeinde und des neuen und des alten Akademikerkreises ...* Zudem hoffte man, auf diese Weise Zugang zu einem Netzwerk zu gewinnen, da auch anderenorts ähnliche Kreise entstanden und ihre Zusammenarbeit absehbar war.

Die Angelegenheit kam zügig voran, wie eine zweite Tonbandabschrift vom 26. Januar 1971 über ein Treffen in der konspirativen Wohnung „Blume“ zeigt. Ihr entsprechend war vorgesehen, neben der bei der TH anzuesiedelnden Arbeitsgruppe ein weiteres Team im Bereich der Medizinischen Akademie zu bilden, das sich um die Altenbetreuung kümmern sollte. *Nach Meinung von Mechtenberg wurde die Versorgung alter Leute bisher von staatlicher Seite und auch von kirchlicher Seite sehr vernachlässigt. Aus diesem Grunde sollen Jungakademiker, besonders der Medizinischen Akademie, mithelfen und mit herausarbeiten, wie besonders die KSG-Studenten den alten Leuten helfen können.* Nach meiner Erinnerung ging es bei diesem Vorhaben nicht nur um eine konkrete Betreuung alter Menschen, sondern auch um die gesellschaftliche Analyse des gesamten Problemkomplexes.

Aus diesem Bericht geht zudem indirekt hervor, dass es wegen des beabsichtigten Aufbaus eines neuen Akademikerkreises Spannungen zum bestehenden Kreis gegeben hat, da dieser – verständlicherweise – in dieser Neugründung eine Konkurrenz sah und befürchten musste, aus der KSG keine Neuzugänge mehr zu erhalten. Auch konnte IMS „René“ seinen Auftraggebern bereits eine vierzehn Namen umfassende Liste von Personen aushändigen, die auf eine Mitarbeit in dem neuen Akademikerkreis angesprochen werden sollten. Ferner teilte „René“ mit, ich hätte ihn aufgefordert, *Informationen über die Hochschulreform zu liefern. Der IM soll hierzu Berichte anfertigen, die beweisen sollen, daß an der TH Magdeburg Studentinnen und Studenten vom Forschungsstudium ausgeschlossen worden sind, weil sie der KSG bzw. der ESG angehörten.* Zu diesem heiklen Punkt erhielt der IM die Auflage einer nur sehr allgemein gehaltenen Einschätzung, *so daß keine eindeutige Aussagekraft vorhanden ist. Außerdem wurde er beauftragt, eine Durchschrift für unser Organ anzufertigen und vor Abgabe einer jeden Information an die Kirche vorher mit dem operativen Mitarbeiter sich in Verbindung zu setzen. Außerdem wurde er hierzu beauftragt, daß er bei Mechtenberg bei der Abgabe solcher Informationen ganz konkret fragt, in welche Hände diese Informationen gelangen werden.* Als Grund solle er angeben, dass er schließlich durch solche Informationsbeschaffung seine Stellung als Wissenschaftler an der TH gefährde. Für mich ist es schwer, aus der Distanz der Jahrzehnte zu beurteilen, inwieweit IMS „René“ den Inhalt unserer Gespräche dem MfS gegenüber wahrheitsgemäß vermittelt hat. Sicher ist, dass ich an einer Analyse der Hochschulreform interessiert war, doch halte ich es für höchst unwahrscheinlich, Dr. Seidel gebeten zu haben, mir Hintergrundinformationen über den Ausschluss von Mitgliedern der KSG vom Forschungsstudium zu beschaffen. Derlei Ausschlüsse waren mir zwar bekannt, und ich habe sie auch möglicherweise ihm gegenüber zur Sprache gebracht. Diese Angelegenheit erscheint aber im Tonbandbericht in einem gänzlich anderen Licht. Dem MfS wird eine geheimdienstliche Tätigkeit meinerseits förmlich suggeriert und damit eine Brücke zu dem im folgenden Punkt zu behandelnden Verdacht einer Agententätigkeit geschlagen.

Nachzutragen bleibt, dass sich zwar ein entsprechender Jungakademikerkreis bildete, doch durch mein Ausscheiden aus dem kirchlichen Dienst im Herbst 1971 und die ein Jahr später erfolgte Flucht von „René“ in den Westen wurden die mit diesem Kreis beabsichtigten Ziele nicht realisiert.

5. Als Agent des amerikanischen Geheimdienstes verdächtigt

Durch das Engagement von Dr. Seidel bei der Bildung eines Jungakademikerkreises ergab sich bald meinerseits ein engeres, vertrauensvolles Verhältnis zu ihm. Wenngleich mich seine Bemerkung, er arbeite an der TH an einer geheimen, militärisch bedeutsamen Entwicklung, stutzig machte, hegte ich ihm gegenüber doch kein Misstrauen. Heute sehe ich in dieser Aussage, auf die ich damals nicht näher einging, einen ersten Test, herauszufinden, ob ich zu einem westlichen Geheimdienst in Kontakt stand. Trotz meiner Zurückhaltung hat aber „René“ seinem Führungsoffizier gegenüber eben diese Vermutung ausgesprochen, so dass sein Auftrag dahingehend erweitert wurde, diesen Verdacht zu erhärten. Damit zielte der Auftrag von „René“ weit über die Studentengemeinde und die Bildung eines Jungakademikerkreises hinaus, und ich wurde nunmehr in der am 14. Juni 1972 eröffneten operativen Vorlaufsakte „Toronto“¹⁹ erfasst. Nach einer Mitteilung der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg vom 27. September 1972 an den Leiter der HA XX/4 der Berliner Zentrale wurde diese OVA aus dem Grunde angelegt, *weil eine Person, die die DDR ungesetzlich verlassen hatte, Verbindungen zu einer USA-Dienststelle in München haben soll.* (Dokument 13)

Dr. Seidel war zu diesem Zeitpunkt mit einer Ärztin verheiratet, deren Lebenserwartung nach mehreren Gehirnoperationen sehr begrenzt war. Bei einem Besuch in Seidels Bungalow stellte ich fest, dass er mit seiner in der Bundesrepublik wohnhaften Schwägerin ein Verhältnis unterhielt. Dies hat er mir dann auch in einem persönlichen Gespräch eingestanden und mich nach Möglichkeiten befragt, die DDR illegal zu verlassen. Ich habe ihm indes deutlich gemacht, dass dies aus moralischen Gründen unmöglich sei, solange seine Frau noch lebe. Dr. Seidel hat sich dann Ende Oktober oder Anfang November 1972, kurz bevor seine Frau verstorben ist, in die Bundesrepublik abgesetzt. Er hat mich damals über seine Fluchtab sicht informiert und gebeten, ihn zu einem Parkplatz auf der Transitstrecke Berlin-Marienborn zu fahren, wo er in den Wagen seiner Schwägerin umsteigen und – darin versteckt – in die Bundesrepublik gelangen wollte – ein Ansinnen, das ich entschieden abgelehnt habe.

Interessant ist nun, dass nach Aktenlage Seidels Verhältnis mit seiner Schwägerin sowie seine Absicht, die DDR zu verlassen, zugleich die Legende bilden, mit der „René“ seinen Aufklärungsauftrag durchführen sollte. Dies geht aus mehreren „Treffberichten“ hervor, die 1972 in den Monaten August bis Oktober mit IMS „René“ stattfanden.

19 BStU, Ast. Magdeburg, AOP 712/74 (OV „Toronto“).



Dokument 13: BStU, Ast. Magdeburg, Reg.-Nr. VII/214/71, Bl. 20 („Toronto“)

Die mir vorliegenden „Treffberichte“ sind Teil zweier unterschiedlicher Aktenbestände. Einige Berichte finden sich in der OVA „Toronto“, während zwei Berichte im Zentralarchiv unter der Nummer 11740/92 enthalten sind.

Dem ersten der mir vorliegenden „Treffberichte“ müssen bereits einige Zusammenkünfte des IMS „René“ mit seinen Führungsoffizieren Hauptmann Schuster und Oberleutnant Guhl vorausgegangen sein. So wurde bereits in einem ihrer vorangegangenen Treffen mit „René“ *Veränderungen der Verhaltensweise besprochen ..., um durch ein offensiveres Vorgehen eine schnellere Klärung der Sachlage herbeizuführen und gewisserweise die Initiative zu ergreifen.* Das MfS verfolgte, wie aus späteren „Treffberichten“ hervorgeht, offenbar den Plan, „René“ über die Verbindung zu seiner in der Bundesrepublik wohnhaften Schwägerin I. V. zu ausländischen Geheimdiensten in Kontakt zu bringen, um dann über den IMS in diese einzudringen. Mir fiel bei diesem vom MfS inszenierten Spiel die Aufgabe zu, Dr. Seidel für seine Gespräche mit seiner Schwägerin. überzeugende Argumente zu liefern, warum er – wenigstens vorerst – in der DDR bleiben möchte. Der Grund: *seine Tätigkeit in der Kirche, die ihn reizt, weil sie in gewissem Umfange illegalen Charakter trägt,* womit konkret der Aufbau des Jungakademikerkreises gemeint war, dem „René“ völlig unberechtigt einen illegalen Charakter verlieh und damit für einen potentiellen Geheimdienst möglicherweise interessant machte. Auch solle der IM auf Anweisung seiner Führungsoffiziere seiner Schwägerin *erzählen, daß er mit Theo M. sich darüber unterhalten habe, welche Möglichkeiten es gäbe, wenn man plötzlich die DDR ver-*

lassen müsse. M. wolle sich nach Möglichkeiten erkundigen. I. V. müsse den Eindruck gewinnen, die Besorgung eines westdeutschen Passes sei das Ergebnis der Gespräche mit mir. In der Tat hat mich Horst Seidel nach Möglichkeiten zum illegalen Verlassen der DDR gefragt, und ich habe ihm auch die Anschrift eines Westberliner Freundes genannt, der später von I. V., allerdings ergebnislos, kontaktiert wurde. Der Bericht endet mit dem Vermerk, dass der IM es abgelehnt habe, sich seine Auslagen für das Treffen mit seiner Schwägerin I. V. in Ostberlin erstatten zu lassen; *er mache die Sache aus Überzeugung.*

Drei Tage nach diesem „Treffbericht“ verfasste Hauptmann Schuster ein fünfseitiges handschriftliches Papier „Zu beachtende Versionen bei der Festlegung von Verhaltenslinien des IM ‚René‘ in der gegenwärtigen Etappe“. Danach glaubte man, ich würde *bewußt oder unbewußt bzw. gezielt oder nicht gezielt Bezüge zu dem amerikanischen Geheimdienst herstellen,* wobei in Klammern angemerkt wird, ich sei über *Ausschleusungsmöglichkeiten* informiert, *die selbst dem amerikanischen GHD nicht bekannt seien.* Diese „Version“ ist, wenn überhaupt, nur verständlich, wenn man annimmt, dass sich hier Kalkül und Phantasie von „René“ mit der Paranoia des MfS trafen.

Was die vom IM *zu beachtenden Verhaltenslinien* betrifft, so zieht Hauptmann Schuster verschiedene Varianten in Betracht: Entweder zeige bislang *noch kein feindlicher GHD Interesse* an dem IM oder *entsprechende Handlungen* seien bereits unternommen worden, wobei einer der möglichen Kontakte über meine Person laufe.

Mir gegenüber solle der IM das bestehende Vertrauen erhalten und weiter zu festigen suchen. Als Zielsetzung wird das Bemühen wiederholt, *den IM in den Blickpunkt eines GHD zu bringen,* wobei der Angriff eines feindlichen Geheimdienstes über mich bzw. über eine zweite, in den Unterlagen geschwärzte Person, wahrscheinlich I. V., erwartet wird.

Allerdings hegte das MfS gewisse Zweifel, ob „René“ wahrheitsgetreu informiert. So heißt es im „Treffbericht“ vom 5. September 1972: *Es erhebt sich, wie nach jedem Treff, die Frage: Berichtet der IM ehrlich, sagt er alles oder verschweigt bzw. entstellt er den wirklichen Sachverhalt. Es scheint unwahrscheinlich, daß man das alles erfinden kann ... Bleibt die Frage, hat er eine zu große Phantasie?*

Das Misstrauen der Führungsoffiziere war durchaus berechtigt, denn was Dr. Seidel seinen Auftraggebern über die Beziehung zu mir und meine Aussagen ihm gegenüber aufgetischt hat, ist in der Tat weitgehend erfunden oder wird entstellt wiedergegeben. So schilderte er, um ein weiteres Beispiel

ALS AGENT DES AMERIKANISCHEN GEHEIMDIENSTES VERDÄCHTIGT

zu geben, im „Treffbericht“ vom 07. 09. 1972 ein kurz zuvor mit mir in meiner Magdeburger Wohnung geführtes Gespräch wahrheitswidrig als konspirativ. Gegenstand sei der Aufbau von Kreisen in Magdeburg, Polen und der Bundesrepublik zur illegalen Informationsbeschaffung gewesen. Zudem seien Fluchtwege besprochen worden, von deren geringem Risiko sich der US-Geheimdienst überzeugt hätte. Beide Aussagen sind völlig aus der Luft gegriffen. Und ein Treffen in Ostberlin, das für den 29. 09. 1972 zwischen Dr. Seidel und mir abgesprochen worden war, solle auf meinen Wunsch unter Beachtung konspirativer Verhaltensregeln (keine Begrüßung, auf Sichtweite bleiben) stattfinden. Diesmal schickte man ihm unter Einschaltung der HA VIII (Beobachtung und Ermittlung) einen hauptamtlichen MfS-Offizier hinterher. Von diesem wurde das Treffen in Ostberlin am 19. 09. 1972 observiert und genauestens, einschließlich Fotoaufnahmen, dokumentiert, wobei keinerlei Anzeichen konspirativer Begegnung erkennbar waren.²⁰ (Dokument 14)

Im „Treffbericht“ vom 2./3. Oktober 1972 bestätigte „René“, dass bei der Begegnung am 29. 09. 1972 *nicht – wie vorgesehen – eine konspirative Kontaktaufnahme durchgeführt* wurde, ohne die Abweichung von der angeblichen Absprache zu erklären. Gegenstand der Gespräche meines Treffens mit ihm war wiederum die persönliche Situation von Dr. Seidel und – damit verbunden – die Frage, ob er in die Bundesrepublik überwechseln wolle, sowie, wenn ja, wann und wie. Im „Treffbericht“ gewinnt dies allerdings einen gänzlichen anderen Sinn, da „René“ dem MfS suggeriert, ich würde ihn zum Verlassen der DDR drängen, damit er im Aufbau von Kreisen in der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle übernehmen könne.

Am folgenden Tag führte ich weitere Gespräche unter Beteiligung von Seidels Schwägerin, die zu diesem Zweck von West- nach Ostberlin herübergekommen war. Ihr Inhalt war das persönliche Verhältnis beider und die Frage, wie und wo beide nach dem zu erwartenden Tod von Seidels Frau ihre Lebensgemeinschaft begründen könnten. Ich habe zudem die Gelegenheit genutzt, über I. V. meinen Westberliner Freund um ein paar Erledigungen in der Bundesrepublik zu bitten, die mit meiner damaligen Übersiedlung nach Polen in Zusammenhang standen und im wesentlichen einige Geldüberweisungen betrafen. Jedenfalls handelte es sich um Vorgänge, die nach der Rechtslage der DDR nicht ganz legal waren, aber mit einer geheimdienstlichen Tätigkeit nicht das Geringste zu tun hatten. Im „Treffbericht“ des „René“ wurden dann meine dem MfS bereits bekannten Kontakte in Polen und der DDR mit den Personen verbunden, die auf dem Zettel vermerkt waren, der von I. V. meinem Westberliner Freund überreicht werden sollte. Die Skizze zeigt ein Netzwerk von Personen und Institutionen, in dem

20 BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 45ff. (OPK „Keramik“, Beobachtungsbericht).

ALS AGENT DES AMERIKANISCHEN GEHEIMDIENSTES VERDÄCHTIGT

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

Geheim!

R.11U
000045

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Wein-Hörsing-Ring 3
Magdeburg-Südost

Hauptabteilung/Abteilung VIII
Bezirksverwaltung Magdeburg
Sachbearbeiter Forner - ltn.
Zimmer 115 & Telefon 441

Hauptabteilung/Abteilung XX
Bezirksverwaltung Magdeburg
Kreisdienststelle
des Ministeriums für Staatssicherheit

3698/72 12

Beobachtungsbericht

Betr. Seidel, Hans
Wohnhaft [REDACTED]
Decknamen "Janek" Reg.-Nr. des Auftrages 71/71
Für die Zeit vom 19. 9. 72 bis

Freitag, den 29.09.1972
von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Ab
15.00 Uhr wurde die nähere Umgebung des Bahnhofs Schönebeck
nach dem bekannten PKW des "Janek" abgesucht.
15.50 Uhr stand der PKW mit folgendem Kennzeichen

auf den Platz Einbahnstraße Sternsdamm.
16.15 Uhr kam "Janek" in Begleitung einer ca. 50-jährigen
männlichen Person aus Richtung Bahnhof.
Diese Person erhält im weiteren Verlauf der Be-
obachtung den Decknamen "Antek".

KOPIE BStU

Dokument 14: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 45–47 (OPK „Keramik“)

- 2 -

BStU
00004

Der Bundesbeauftragte für die
Untersagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Südstr.-Höpfner-Ring 3
Magdeburg-Südendorf

Aus Gründen der Konspiration konnte nicht festgestellt werden, wie sich beide begrüßten. "Janek" und "Antek" stiegen in den beigefarbenen Wartburg 155 und fuhren durch den Sokolsteinweg, Hagedornstraße, Greifstraße, Groß-Berliner Stern, Stern, Grünauerstraße, Schneller Straße, Krug-Allee, Alt Treptow, Eisenstraße, Straßer-Allee, Warschauer Straße, Bersarinstraße, Theaterstraße, Eldenaer Straße, Scheffelstraße zur Würdenstraße. Diese Straße ist für Durchgangsverkehr gesperrt. "Janek" fuhr den PKW bis zum Ende dieser Straße. Beide verließen den PKW, den "Janek" daraufhin verschloß.

16.55 Uhr betraten beide das Wohnhaus in der Würdenstraße Nr. 2.

"Janek" klingelte an der Wohnungstür von Matschewski.

Eine männliche Person öffnete und begrüßte "Antek" und "Janek" mit den Worten: "Ach, sie sind es, na dann kommen sie rein." Daraufhin betraten beide die Wohnung.

17.00 Uhr verließ "Janek" das Haus, stieg in seinen PKW und fuhr in Richtung Scheffelstraße davon.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Beobachtung auftragsgemäß abgebrochen.

Förster
Hauptmann

Förner
Leutnant

KOPIE BStU

Abteilung VIII/1

Magdeburg, den 03.10.1972

BStU
000047

Identifizierungsbericht

Bei der am Freitag, den 29.9.1972 um 16.15 Uhr aufgetretenen Verbindung "Antek" handelt es sich um:
(Identifizierung nach Lichtbild)

Mechtenberg, Theodor

Förster
Hauptmann

Förner
Leutnant

KOPIE BStU

Der Bundesbeauftragte für die
Untersagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg

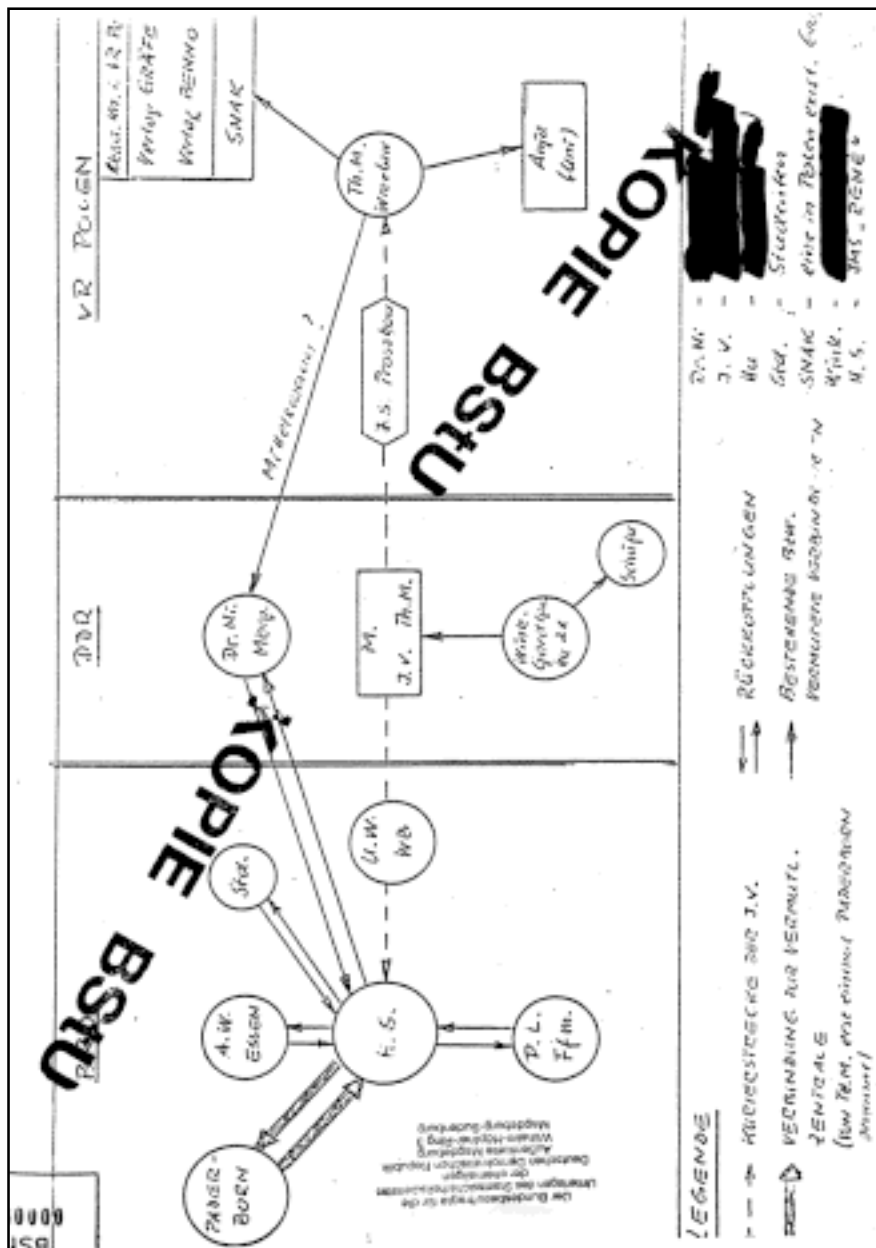
Dr. Seidel als Schlüsselfigur in Verbindung zur vermuteten westdeutschen Geheimdienstzentrale „Paderborn“ erscheint – ein geradezu absurdes Beispiel für die Phantasie und Paranoia des MfS. (Dokument 15)

Nachdem sich Dr. Seidel in die Bundesrepublik abgesetzt hatte, geriet ich in Verdacht, die Flucht organisiert zu haben. In einer entsprechenden Mitteilung des Leiters der Magdeburger Bezirksverwaltung des MfS an die Berliner HA XX/4 wird ein umfassender, mir jedoch nicht vorliegender Bericht in Aussicht gestellt, der die gesamte Problematik der Informationslieferung über die katholische Kirche enthalten und gemeinsam mit der Berliner Zentrale ausgewertet werden soll, um besonders zu dem Problem Mechtenberg die weiteren Maßnahmen festlegen zu können.²¹ (Dokument 16)

Im Schlussbericht der 1974 archivierten OVA „Toronto“ heißt es summarisch: Die Aufgabenstellung der operativen Vorgangsbearbeitung, den Nachweis der Verbindung zu feindlichen Organisationen bzw. zum amerikanischen GHD zu erbringen, wurde nicht realisiert und wird auch in der Folgezeit schwerlich realisiert werden können, da zum IMS keine Verbindungen bestehen. Die ganze Mühe hätte man sich sparen können, zumindest was meine Person betrifft.

Nachzutragen bleibt, dass ich ab 1970 bis zu meiner Übersiedlung nach Polen im Jahr 1972 der Briefzensur unterlag. Die vom MfS einbehaltenen, kopierten und teilweise aus dem Polnischen übersetzten Briefe ergeben eine Akte von rund 300 Blatt.

21 BStU, ZA, HA XX/4, AP 11740/92, Bl. 39, (Informationen zum IMS „René“).



Dokument 15: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 53 (OPK „Keramik“)

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Magdeburg
Abteilung XX

Magdeburg, den 9. Nov. 1972
XX/Ltr./ 4542 / 72 A
28/We

BSU
000039

Ministerium
für Staatssicherheit

Persönlich
Leiter der Hauptabteilung XX/4

Berlin

Information zum IMS "René"

Am 4. 11. 1972 wurde durch ein Telegramm aus München bekannt, daß o.g. IMS ungesetzlich das Gebiet der DDR verlassen hat und sich in München aufhält. Der IMS traf Ende September mit Theo Mechtenberg zusammen, worüber Ihnen eine Information zugeht.

Die konkrete Motivation zum ungesetzlichen Verlassen der DDR ist bisher nicht bekannt. Die Ehefrau des IMS verstarb am [REDACTED]. Zur Zeit des Ablebens der Ehefrau befand sich der IM jedoch nicht in der Charité in Berlin, wie in all den Wochen vorher.

Durch bisherige Ermittlungen ist uns bekannt, daß er am 29. 10. 1972 in den Abendstunden sich noch in Magdeburg aufhielt. Der Zeitraum des ungesetzlichen Verlassens liegt demzufolge zwischen dem 30. 10. und 11. 1972.

Nicht bekannt ist, ob die Ausreise so organisiert und durchgeführt wurde wie zwischen dem IMS, der [REDACTED] und Mechtenberg festgelegt war (dazu liegt Ihnen die Information vor) bzw. ob er individuell über die Staatsgrenze oder ein sozialistisches Ausland aus der DDR ungesetzlich verließ.

Im vorgenannten Zeitraum erfolgte über die Staatsgrenze West in unserem Bezirk kein Grenzdurchbruch.

Zur Zeit wird ein umfassender Bericht, wo besonders auch die gesamte Problematik der Informationslieferung über die katholische Kirche berücksichtigt wird, angefertigt. Nach Fertigstellung erfolgt mit Ihnen eine Auswertung, um besonders zu dem Problem Mechtenberg weitere Maßnahmen festlegen zu können.

Leiter der Abteilung XX

Zörner
Major

Dokument 16: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 39 (OPK „Keramik“)

6. Der lange Arm des MfS

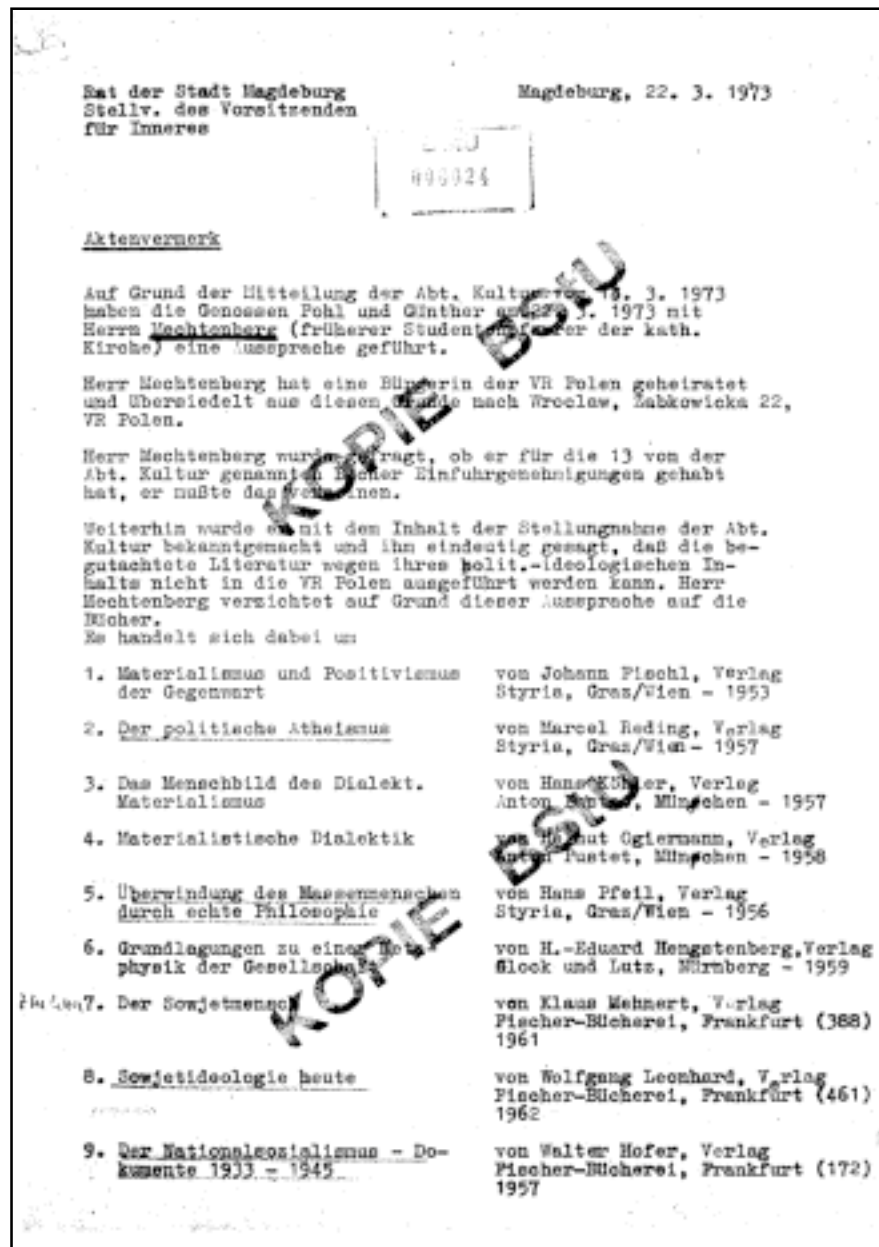
Am 30. Oktober 1971 teilte ich meinem Ordinarius, Bischof Johannes Braun, schriftlich meine Absicht mit, mein Amt niederzulegen und meine Laisierung zu beantragen. In dem wenige Tage später stattgefundenen Gespräch erläuterte ich dem Bischof gegenüber meine Gründe und erreichte seine Zusage, beim Hl. Stuhl meinen Laisierungsprozess einzuleiten, durch den ich am 4. April 1973 unter Aufhebung der Zölibatsverpflichtung in den Laienstand versetzt wurde. Am 3. November 1972 machte ich meine Absicht durch einen breit gestreuten Rundbrief öffentlich. Neben der Motivation, die Ehe einzugehen, spielten die innerkirchlichen Konflikte der letzten Jahre eine erhebliche Rolle. In dem Rundbrief, der sich im übrigen in meinen Stasiunterlagen wiederfindet, heißt es dazu: *Ich will auch nicht verschweigen, daß ich in den letzten Jahren zunehmend unter Schwierigkeiten gelitten habe, die in einem Gegensatz zwischen meiner theologisch-pastoralen Einsicht und Absicht und der offiziell verfolgten Linie begründet waren. Gerade meine engsten Freunde wissen darum. Meine Tätigkeit, die mir sehr viel Freude und Erfüllung geschenkt hat, war in steigendem Maße durch die Alternative belastet, entweder eigenständig Verantwortung zu übernehmen und dadurch zu Handlungen zu kommen, die nicht im Einklang mit Erwartungen der Kirchenleitung standen, oder diesen Erwartungen zu entsprechen, obwohl dies nach eigenem Urteil sachlich nicht vertretbar erschien.*

Ein Ausscheiden aus dem Priesteramt bedeutet für jeden, der sich zu einem solchen Schritt entschließt, einen tiefgreifenden biographischen Einschnitt. Mit der Loslösung aus dem stark prägenden priesterlichen Lebensstil verbindet sich die Notwendigkeit einer gänzlich neuen Lebensplanung. In meinem Falle bedeutete dies, meine Übersiedlung aus der DDR nach Polen zu betreiben, dort zu heiraten und einen Beruf anzustreben, der meinen Neigungen und Fähigkeiten entsprach. So war meine weitere Zukunft offen, aber doch nicht völlig ungewiss. Zum einen hatte mir meine künftige Frau die Möglichkeit eröffnet, noch vor meinem Umzug an der Universität in Wrocław/Breslau ein externes Germanistikstudium aufzunehmen, das ich nach vier Jahren mit der Promotion abschließen konnte, zum anderen hatte ich in den Jahren zuvor bereits intensive Kontakte zu der in Krakau erscheinenden katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ geknüpft und die Zusage erhalten, nach einer Übergangszeit in die redaktionelle Arbeit eingebunden zu werden. Zudem hegte ich die Hoffnung, mir nach Erwerb der polnischen Sprache als Übersetzer und Publizist den Lebensunterhalt verdienen zu können. Nach Erledigung aller Formalitäten verzog ich im Herbst 1972 in die VR Polen und ließ mich als DDR-Bürger mit ständiger polnischer Aufenthaltsgenehmigung in Wrocław/Breslau nieder.

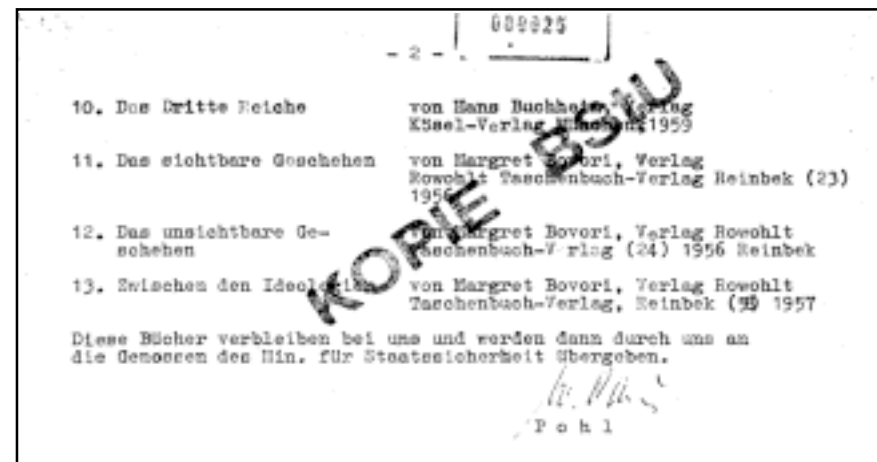
Das MfS hatte mich allerdings nach meinem Ausscheiden aus dem Priesteramt nicht aus dem Blick verloren. Ganz im Gegenteil. Monate vor meiner Übersiedlung erhielt ich eines schönen Tages von zwei Herren der Berliner MfS-Zentrale einen Besuch, bei dem sich beide mit ihren Decknamen vorstellten, in meiner Erinnerung mit „Müller“ und „Krause“. In bester Rollenverteilung, der eine mit Zuckerbrot, der andere mit der Peitsche, waren sie bemüht, mich für eine Agententätigkeit in Polen anzuwerben – ein zwischen zwei „Brudervölkern“ etwas seltsames Ansinnen. Als ich mich entschlossen weigerte, ließen sie mich wissen, in diesem Fall würde mein Antrag auf Übersiedlung nach Polen nicht genehmigt. Durch siebzehnjährige DDR-Erfahrung belehrt, wusste ich, dass man einer derartigen Erpressung nicht unbedingt Glauben schenken musste und ohnehin gut daran tat, solchem Druck nicht nachzugeben. Also kehrten die Herren unverrichteter Dinge wieder nach Berlin zurück – und mir wurde entgegen der angedrohten Sanktionen die Ausreisegenehmigung erteilt.

Eine Übersiedlung aus der DDR in einen anderen Staat, und sei es auch in ein Land im gleichen „sozialistischen Lager“, war mit manchen Unannehmlichkeiten verbunden. Im Rahmen all der erforderlichen Behördengänge und Genehmigungen stellte der Zoll ein besonderes Problem dar, und dies vor allem dann, wenn zum eigenen Hab und Gut manches gehörte, das man sich aus dem Westen illegal besorgt hatte. Speziell galt dies für meine mit Westtiteln gut versorgte Bibliothek. Im Wissen darum, dass den Herren vom Zoll bestimmte Titel als besonders verdächtig erscheinen würden, hatte ich diese ungenehmigt auf verschiedene Kisten verteilt. Durch Stichproben wurden dann immerhin dreizehn Bücher gefunden und aussortiert. Ich hatte daraufhin eine unerfreuliche Aussprache zu überstehen und mich mit dem Verlust der dreizehn Titel abzufinden, doch den Großteil meiner gesellschaftskritischen Bücher bekam ich heil über die Grenze nach Polen. (Dokument 17)

Interessanterweise fühlte sich das MfS bemüht, bald nach meinem Ausscheiden aus dem Priesteramt beim bereits erwähnten zeitweiligen Mitglied des Arbeitskreises „Pacem in terris“, dem als IMV „Scharf“ geführten Berliner Geistlichen Scharfenberger, eine Einschätzung dieses Vorgangs einzuholen. Nach dem „Treffbericht“ vom 3. Dezember 1971 erklärte dieser dem hauptamtlichen Stasioffizier, Oberleutnant Leuthoff, gegenüber, dass ihm zwar die Fakten *aus verschiedenen Quellen* bekannt seien, leider aber nicht aus den *Briefen an seine Freunde*. Ihm wurde daraufhin mein Schreiben vom 3. November 1971 zur Einsicht gegeben, und der IM entnimmt dem Inhalt und der Form des Briefes, *daß Mechtenberg selbst in der Situation, in der er sich zur Zeit befindet, nicht von seiner arrogant-überheblichen Art*



Dokument 17: BStU, ZA, HA XX, AP 11740/92, Bl. 24, 25



abgegangen ist. Doch schlimmer als diese diffamierende Bemerkung ist seine abschließende politische Bewertung: *Eine Gefahr sieht der IM allerdings darin, daß M., wenn er erst zur Ruhe gekommen ist und Klarheit über seine Lage gewonnen hat, mit doppelter Energie daran gehen wird, neue oppositionelle Kräfte um sich zu sammeln. Diese „Opposition“ wird dann bestimmt alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen.*²²

Offenbar war das MfS tatsächlich von meiner angeblichen „Gefährlichkeit“ überzeugt, denn kaum war ich nach Polen verzogen, da ließ schon die HA XX am 21. November 1972 über die für internationale Verbindungen zuständige HA X den polnischen Sicherheitsbehörden eine mit sieben Anfragen verbundene Information zu meiner Person zukommen²³ (Dokument 18), in der insbesondere meine Tätigkeit im Arbeitskreis „Pacem in terris“ herausgestellt und mein Bemühen betont wird, *Ansätze für eine Veränderung und eine Demokratisierung und Liberalisierung der DDR zu ermitteln und fruchtbar zu machen.* Zudem wird auf meine angebliche Absicht verwiesen, ein Polen, DDR und BRD umspannendes Netzwerk katholischer Akademikerkreise aufzubauen. *Es muß angenommen werden, daß M e c h t e n b e r g in der VR Polen Nachrichten sammelt und in Wrocław Anlaufpunkt und Mittelsmann negativer Personen aus der BRD wie aus der DDR ist.* Nach Eingang der Ermittlungsergebnisse seitens der polnischen Sicherheitsorgane sei dann mit diesen eine Absprache über die gemeinsame Bearbeitung des *M e c h t e n b e r g* durchzuführen.

22 BStU, Ast. Magdeburg, AIM 2767/89, Teil II, Bl. 26f.

23 BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 130, Bl. 12f.

Hauptabteilung IX
 der Bundesbeauftragte für die
 Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
 der ehemaligen
 Deutschen Demokratischen Republik
 Außenstelle Magdeburg
 Wilhelm-Högner-Ring 3
 Magdeburg-Südentruck

Abteilung I
im Hause

Mechtenberg, Theodor - geb. am 22. 9. 1926
in Essen

Theodor Mechtenberg ist zur Zeit wohnhaft in
 Wrocław, ul. Elotostoka 24.

Er war von 1965 - 1971 Studentenpfarrer in der DDR in Magde-
 burg.

Mechtenberg hat den Antrag gestellt, die polnische
 Staatsbürgerin
 Anna Dominkiewicza
 zu heiraten und ist aus diesem Grunde in die VR Polen versogen.

In der DDR gehörte Mechtenberg zu den Geistlichen,
 die umfangreiche und undurchsichtige Verbindungen in die ERD
 unterhalten. In der DDR war er Mitbegründer eines Kreises
 "Paxem in terris", der beabsichtigte - entsprechende Berichte
 liegen vor -, soziologische Untersuchungen der DDR-Gesellschaft
 durchzuführen, um "Ansätze für eine Veränderung und eine Demo-
 kratisierung und Liberalisierung" unserer gesellschaftlichen
 Verhältnisse "aufzudecken und fruchtbar zu machen". Inwieweit
 derartige Berichte bereits in die ERD gelangt sind, ist nicht
 bekannt.

In der DDR unterhält Mechtenberg heute noch Ver-
 bindungen zu negativen Elementen.

Mechtenberg will die Heirat mit der Dominkiewicza
 benutzen, um ein Studium der Germanistik in
 Wrocław zu absolvieren und als Übersetzer von lyrischen Werken
 aus dem Polnischen ins Deutsche tätig zu werden.

Er will angeblich in der VR Polen einen katholischen Akade-
 mikerkreis um sich scharen und mit diesen zu entsprechenden
 Kreisen in der DDR und in die ERD enge Kontakte aufbauen.

Weiter ist unbekannt, daß Mechtenberg eine
 größere Summe von Westgeld offiziell in die VR Polen trans-
 ferieren will, um sich ein Haus zu bauen oder zu kaufen.

- 2 -

Dokument 18: BStU, Ast. Magdeburg, AIM 2767/89, Teil II, Bl. 12, 13

Der Bundesbeauftragte für die
 Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
 der ehemaligen
 Deutschen Demokratischen Republik
 Außenstelle Magdeburg
 Wilhelm-Högner-Ring 3
 Magdeburg-Südentruck

- 2 -

BSIU
 000013

Die Herkunft dieser Gelder, die angeblich von seinen in
 der ERD lebenden Eltern und einem unbekannten Freund stammen
 sollen, ist undurchsichtig.

Mechtenberg ist außerdem näher bekannt mit leiten-
 den Funktionären der "Aktion Sühnezeichen".

Es muß angenommen werden, daß Mechtenberg in der
 VR Polen Nachrichten sammelt und in Wrocław Anlaufpunkt und
 Mittelsmann negativer Personen aus der ERD wie auch aus der
 DDR ist.

Die Sicherheitsorgane der VR Polen werden um Auskunft zu fol-
 genden Fragen gebeten:

1. Ist bekannt, daß Mechtenberg die polnische
 Staatsbürgerin Anna Dominkiewicza aus Wrocław
 geheiratet hat?
2. Hat Mechtenberg einen Antrag auf ein Germa-
 nistikstudium an der Universität Wrocław gestellt?
3. Beabsichtigt er, ein Haus zu kaufen bzw. zu bauen, das er
 mit aus der ERD transferierten Geldern bezahlen will?
4. Hat er bereits Gelder transferiert - wer ist der Absender?
5. Besitzt er Verbindungen zur ZNAK-Gruppe?
6. Hat er einen Akademikerkreis um sich gesammelt, dem er Ver-
 bindungen über die DDR in die ERD schaffen will?
7. Wird er bereits von westdeutschen Personen angelaufen?

Es wird vorgeschlagen, wenn die Ermittlungsergebnisse der
 Sicherheitsorgane der VR Polen vorliegen, mit diesen eine
 Absprache über die gemeinsame Bearbeitung von Mechten-
 berg durchzuführen.

Stellv. Leiter der HA IX
 Ludwig
 Oberstleutnant

Vermutlich blieb diese Anfrage seitens der polnischen Sicherheitsorgane unbeantwortet, denn Jahre später bat am 8. Januar 1976 kein Geringerer als der Leiter der HA XX, Generalmajor Kienberg, persönlich unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 21. 11. 1972 erneut darum, *die Verbindungen des M. in die BRD und den Charakter der Verbindungen in der BRD festzustellen und dem MfS mitzuteilen*.²⁴ Drei Monate später traf die Antwort der polnischen Sicherheitsorgane ein. Das Schreiben ist sehr sachlich abgefasst und enthält keine Hinweise auf eine eventuelle konspirative Tätigkeit meinerseits. Es werden lediglich fünf bis zu diesem Zeitpunkt unternommene Auslandsreisen in die Bundesrepublik bzw. nach Österreich aufgeführt, versehen mit dem Vermerk, man habe *vom Aufenthalt und der Tätigkeit des MECHTENBERGs im Ausland* keine Kenntnis. Darüber wusste, wie aus Aktennotizen des MfS hervorgeht, die Stasi schon etwas besser Bescheid. Von einigem Gewicht ist allerdings der Hinweis auf meine Kontakte zum Klub Katholischer Intelligenz (KIK) in Wrocław und seine Verbindung zur Dortmunder Gruppe des Bensberger Kreises. Und zwar deswegen, weil das MfS im Operativen Vorgang „Mühle“ gegen diese Verbindungen ermittelte. Der umfangreiche „Maßnahmeplan“ zum OV „Mühle“ vom 25. Januar 1977 „zur operativen Bearbeitung von Kontakten des Klubs der Katholischen Intelligenz in Wrocław nach der DDR und der BRD“ nimmt Bezug auf ein vom KIK mit Genehmigung der polnischen Behörden veranstaltetes Seminar „Dialog in Familie und Gesellschaft“, an dem neben Vertretern des „Bensberger Kreises“²⁵ auch einige der „Aktion Sühnezeichen“ nahestehende DDR-Bürger teilgenommen hatten. Durch den Einsatz einer ganzen Reihe von der HA XX/4 unterstellter IM sollte gegen die namentlich erfassten Personen aus der Bundesrepublik, der DDR und Polen sowie gegen die beteiligten Organisationen ermittelt werden. In diesem Zusammenhang wird auch meine enge Zusammenarbeit mit dem Breslauer KIK erwähnt. Der entsprechende Passus enthält eine kurze Zusammenfassung meiner Biographie und verweist auf meine rege Reisetätigkeit in die DDR und in die Bundesrepublik sowie auf meine Dolmetschertätigkeit auf einem Symposium des Klubs mit Vertretern des „Bensberger Kreises“, wobei der Verdacht geäu-

24 Ebd., Bl. 11.

25 Der 1966 auf Anregung von Walter Dirks aus dem Umfeld von „Pax Christi“ gebildete „Bensberger Kreis“ umfasst Intellektuelle mit einer links-katholischen Orientierung. In der Auseinandersetzung um die Ostpolitik stand er der Position der SPD nahe. Mit seinem „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“ vom 3. März 1968 trat der Kreis erstmals an die Öffentlichkeit, um mit seinen *politischen Erwägungen und Empfehlungen* die *Lethargie* der westdeutschen Katholiken zu überwinden. Auf diesem Hintergrund versteht sich das Bemühen des Kreises um Kontaktaufnahme mit Gruppen polnischer Katholiken.

bert wird, daß *M e c h t e n b e r g als Kurier zwischen negativen kirchlichen Gruppierungen der BRD, der DDR und der VR Polen fungiert*.²⁶

Diese Sorge des MfS war allerdings unbegründet. Um die Verbindungen zwischen dem KIK und dem „Bensberger Kreis“ bzw. der „Aktion Sühnezeichen“ aufrechtzuerhalten, bedurfte es keines besonderen Kurierdienstes. Und da ich bei meinen Reisen regelmäßig einer gründlichen Grenzkontrolle unterzogen wurde, wäre das Risiko, etwaiges konspiratives Material aus Polen in die DDR zu bringen, ohnehin zu groß gewesen.

Zum damaligen Zeitpunkt gab es, bedingt durch den am 1. Januar 1972 eingeführten visafreien Grenzverkehr, zwischen den Sicherheitsorganen der DDR und der VR Polen eine intensivere Zusammenarbeit. So wurde in Vorbereitung einer für den 22.–25. Februar 1977 anberaumten gemeinsamen Beratung zur „Bekämpfung der verschiedenen Formen der politisch-ideologischen Diversion“ seitens des MfS auf die Gefährlichkeit von „Pax Christi“ und „Bensberger Kreis“ hingewiesen, die – wie es in dem Papier heißt – *sehr intensiv subversiv nach der VR Polen im Sinne der Liberalismusbestrebenungen tätig sind und dabei eine Politik des Auseinanderdifferenzierens zwischen der DDR und der VR Polen betreiben ... Dabei treten zwischen-geschaltete Personen aus der DDR auf*. Gefordert wird, *die gegen die DDR und die VR Polen entwickelte subversive Tätigkeit, die angewandten Mittel und Methoden aufzuklären, zu dokumentieren und gegenseitig zu informieren. Die in den Zentralen tätigen Personen, ihre Verbindungen nach der DDR, bzw. VR Polen aufzuklären und einen zielgerichteten IM-Einsatz zu entwickeln*. Die gleiche „operative Bearbeitung“ gilt *Personen in der DDR und des Clubs der Intelligenz in Wrocław, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine sog. Menschenrechtsbewegung in der VR Polen zu unterstützen*.²⁷ Das achtseitige Papier wurde vom Leiter der für internationale Beziehungen zuständigen HA X, Oberst Damm, dem *Stellvertreter des Ministers Genossen Generalmajor Mittag*, zugeleitet, was den hohen Rang der vorgesehenen Maßnahmen unterstreicht.

Dass in diesem Zusammenhang auch gegen mich ermittelt wurde, belegt eine vom Leiter der HA XX, Generalmajor Kienberg, unterzeichnete „Information an die Sicherheitsorgane der VR Polen“ vom 6. Januar 1976, in der die polnischen Sicherheitsorgane um Mitteilung gebeten werden, *ob es mög-*

26 BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 126, Bl. 6 (Maßnahmeplan der Kontrollakte OV „Mühle“).

27 BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 126. Vgl. zu diesem Komplex: Theo Mechtenberg, Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen, Leipzig 1998, S. 83–86, sowie: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer, Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, Hannah-Arendt-Institut, Berichte und Studien Nr. 30, Dresden 2000, S. 51–54.

Hauptabteilung XX
Leiter

Berlin, den 6. Januar 1976
Tgb.Nr.: XX/4/II/ /76
Leu/Ma.

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Außenstelle Magdeburg
Wilhelm-Klopfer-Ring 3
Magdeburg-Südenburg

bestätigt:
Mittig
Generalmajor

Abteilung X
Leiter

in H a u s e

Information an die Sicherheitsorgane der VR Polen
MECHTENBERG, Theodor, geb.: 22.09.1928 in Essen
wohnhaft: Wrocław, ul. Złotostocka 24
Unser Schreiben vom 21. 11. 1972, Tgb.Nr.: XX/4/II/13606/72/Wa/Ja

Der o.g. ehemalige Studentenseelsorger heiratete 1972 die polnische Bürgerin
DOMINKIEWICZ, Anna
geb.: [REDACTED]
wohnhaft: [REDACTED]
Beruf: [REDACTED]
tätig als: [REDACTED]
Arbeitsstelle: [REDACTED]

MECHTENBERG wurde aus dem Dienst der katholischen Kirche der DDR entlassen und verzog legal in die VR Polen.

Durch inoffizielle Quellen wurde bekannt, daß M. sich seit seiner Übersiedlung sehr stark in der katholischen Kirche der VR Polen engagiert hat. Es sind Hinweise dafür vorhanden, daß M. als Verbindungsmann einer Gruppe katholischer Akademiker aus Wrocław, seinem jetzigen Heimatort, zu gleichgelagerten Gruppen in der DDR fungiert. Die Akademikergruppe in Wrocław soll unter direkter Anleitung des dortigen Bischofs stehen.

Weiter wurde bekannt, daß M. als polnischer Bürger Reisen in die BRD unternimmt und dort aus seiner Sicht als ehemaliger Studenten-seelsorger und Bürger der DDR Vorträge über "Das kirchliche Leben in der DDR" hält. Vorträge dieser Themenstellung hielt er u.a. vor studentischen Kreisen in Münster/BRD und in Österreich.

Die Sicherheitsorgane der VR Polen werden gebeten uns mitzuteilen, ob es möglich ist, den M. unter politisch-operative Kontrolle zu bekommen und den Charakter und die Zielstellung seiner aktiven Verbindungen in die BRD zu ermitteln.

Kienberg
Generalmajor

Dokument 19: BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 130, Bl. 14

lich ist, den M. unter politisch-operative Kontrolle zu bekommen und den Charakter und die Zielstellung seiner aktiven Verbindungen in die BRD zu ermitteln – ein Passus, der möglicherweise nachträglich wieder gestrichen wurde.²⁸ (Dokument 19)

Angesichts des Interesses an meiner Person, das das MfS auch noch nach meinem Umzug nach Polen bekundete, sollen im Folgenden meine Kontakte und Aktivitäten in den sieben Jahren meines Polenaufenthaltes näher erläutert werden. Wenngleich kein formelles Mitglied, so war ich doch all die Jahre hindurch dem Breslauer KIK eng verbunden. Nach Aussage der polnischen Sicherheitsorgane im Rahmen der vom MfS angeforderten „Feststellung“ zeuge meine Teilnahme selbst an Treffen im kleinen Kreis von dem großen Vertrauen, das die Leitung des Wroclawer KKI [sic] seiner Person entgegenbringt. Auch konnte ich meine bereits in den 60er Jahren von der DDR aus geknüpften Kontakte zur „Znak-Gruppe“²⁹ intensivieren. Doch da es sich – entgegen der Einschätzung durch das MfS – um eine legale Gruppierung handelte, konnte aus polnischer Sicht die bloße Verbindung zu ihr schlecht als subversiv eingestuft werden, was allerdings eine Kontrolle ihrer Aktivitäten seitens staatlicher Organe nicht ausschloss. Die Legalität der „Znak-Gruppe“ dürfte im Übrigen der eigentliche Grund dafür gewesen sein, dass nach Aktenlage die Kooperation beider Sicherheitsorgane zur „Bearbeitung“ dieses Umfeldes offenbar wenig erfolgreich verlief und ich in all den Jahren durch den polnischen Sicherheitsdienst unbelästigt blieb. Alles in allem hat das MfS scheinbar relativ wenig über meine Tätigkeit in Polen in Erfahrung gebracht. Jedenfalls fehlt in den mir vorliegenden Stasiunterlagen jeder Hinweis auf die sog. „Auschwitz-Seminare“, die in gemeinsamer Verantwortung von „Pax Christi“ und der „Znak-Gruppe“ in jenen Jahren in Polen und in der Bundesrepublik stattfanden. Sie waren ein wesentlicher Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung sowie ein Forum, auf dem die deutsch-polnischen Probleme offen angesprochen werden konnten. Ich habe

28 BStU, ZA, HA XX/4, Nr. 130.

29 Als „Znak-Gruppe“ bezeichnet man im deutschen Sprachgebrauch jenen Kreis von polnischen katholischen Intellektuellen, der in der Zeit der VR Polen über bestimmte legale Organisationsformen verfügte. Im einzelnen zählten dazu die Redaktionen der Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ sowie die beiden Monatsschriften „Znak“ (Krakau) und „Więź“ (Warschau), weiterhin die KIKs, die als Zugeständnis der Partei nach dem „Polnischen Oktober“ 1956 in fünf Großstädten gebildet werden konnten und im Sejm vertreten waren. Der „Znak-Gruppe“ kommt das Verdienst zu, gleichsam als „legale Opposition“ gegen die Atheisierung der Gesellschaft das für das nationale polnische Selbstverständnis bedeutsame christliche Kulturerbe verteidigt und unter den Bedingungen des sozialistischen Systems weiterentwickelt zu haben. Zur „Znak-Gruppe“ gehörten so bedeutsame Persönlichkeiten wie Władysław Bartoszewski, Tadeusz Mazowiecki und Stanisław Stomma.

an einigen dieser Seminare sowohl in Polen als auch in der Bundesrepublik teilgenommen und über sie in einem von mir im Auftrag des „Tygodnik Powszechny“ vierteljährlich erstellten deutschsprachigen Bulletin berichtet.

Die Erstellung dieses Bulletins hatte ich seit 1973 übernommen. Die jeweils rund fünfzigseitigen Texte waren für einen deutschen Freundeskreis bestimmt und informierten über Veröffentlichungen in den Organen „Tygodnik Powszechny“ und „Znak“. Eine gewisse Wirksamkeit erzielte das Bulletin auch in der DDR. In dem von Günter Särchen³⁰, dem Leiter der Magdeburger Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel, herausgegebenen „Polen-Handreichungen“ erschienen laufend Teile des Bulletins sowie einzelne von mir verfasste Aufsätze, die mit meinem Namen oder mit meinem Pseudonym „Ludger Kowertz“ gekennzeichnet waren. Die Zusammenarbeit mit Günter Särchen wurde auch nach meiner Übersiedlung in die Bundesrepublik fortgesetzt, was zu weiteren Verwicklungen mit dem MfS führen sollte.

Nach Abschluss meiner Dissertation an der Universität Wrocław erhielt ich das Angebot, die Redaktion der germanistischen Fachzeitschrift zu übernehmen und als Assistent dem Lehrkörper beizutreten, wobei ich mich aufgrund meiner Arbeit zur Lyrik von Ingeborg Bachmann insbesondere für den Bereich moderner deutschsprachiger Lyrik weiter qualifizieren sollte. Doch das Warschauer Bildungsministerium versagte dem Germanistischen Institut die Erlaubnis zu meiner Einstellung, wodurch ich gleichsam als „persona non grata“ abgestempelt war und dies auch persönlich zu spüren bekam. Die Hintergründe des Einstellungsverbots sind mir bis heute unklar. Möglich, dass dafür meine Kontakte zum Klub Katholischer Intelligenz, meine Tätigkeit für die Krakauer katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ sowie ganz allgemein meine Beziehungen zur „Znak-Gruppe“ ausschlaggebend waren. Inwieweit in diesem Zusammenhang eine mögliche Einflussnahme durch das MfS sowie durch die polnischen Sicherheitsorgane eine Rolle spielte, entzieht sich meiner Kenntnis, da ich bislang in die polnischen Akten keine Einsicht nehmen konnte.

30 Vgl. Theo Mechtenberg, Engagement ..., a. a. O., S. 49–52.

7. Rückkehr in die Bundesrepublik

Nachdem sich die Hoffnung auf eine akademische Laufbahn in Polen zerschlagen hatte, musste ich ein weiteres Mal meine Lebenssituation und die meiner Familie überdenken. Meine Existenz war in Polen reichlich unsichert. Meine Anstellung beim „Tygodnik Powszechny“ auf halbem Etat reichte zum Lebensunterhalt nicht aus. Die Einkünfte aus Übersetzungen und Publikationen garantierten kein regelmäßiges Einkommen. Ein ungelöstes Problem bildete zudem meine Altersversorgung. In der katholischen Kirche gilt die Regelung, dass die Kirche für den Unterhalt ihrer emeritierten Priester aufkommt. So waren während meiner siebzehn kirchlichen Dienstjahre keine Rentenbeiträge gezahlt worden. Im Falle eines Ausscheidens aus dem Priesteramt war allerdings die Kirche in der Bundesrepublik zur Nachzahlung der Beiträge verpflichtet. Da durch meine jüngsten Erfahrungen an der Universität meine ursprüngliche Absicht, auf Dauer in Polen zu bleiben, ohnehin ins Wanken geraten war, lag es nahe, die Möglichkeiten eines neuerlichen Umzugs zu erwägen. Aus verständlichen Gründen kam eine Rückkehr in die DDR nicht in Frage. Also plante ich in Absprache mit meiner polnischen Frau meine Rückkehr in die Bundesrepublik, die ich vor einem Vierteljahrhundert verlassen hatte. Um mich dort nach einer beruflichen Möglichkeit umzusehen, reiste ich 1977 in meine Heimat. Ein Vorgespräch, das ich in dem mir von früheren Aufenthalten bekannten Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Vlotho führte, gestaltete sich sehr verheißungsvoll. Zwei weitere Verhandlungen endeten mit der mündlichen Zusage, bis zu meiner hoffentlich baldigen Übersiedlung eine Stelle für mich frei zu halten.

Am 9. Februar 1978 stellte ich beim Generalkonsulat der DDR in Wrocław meinen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Zur Begründung schrieb ich u. a.: *Meine Absicht war es, nach Beendigung meines germanistischen Studiums und meiner Dissertation an der hiesigen Universität zu arbeiten. Eine solche Tätigkeit war mir im übrigen vom Germanistischen Institut angeboten worden. Im März 1977 habe ich die Papiere zur Bewerbung bei der hiesigen Universität eingereicht. Trotz intensiver Bemühungen seitens des Germanistischen Instituts war es nicht möglich, für mich einen Etat genehmigt zu erhalten. Nach Lage der Dinge sah ich mich veranlaßt, meine Lebenssituation neu zu überdenken. Diese Überlegungen haben meinen Entschluss wesentlich mitbedingt, den Antrag auf Übersiedlung in meine Heimat zu stellen.*

Parallel zu meinem Antrag leitete meine Frau bei den polnischen Behörden den Prozess der Ausreise für sich und unsere 1976 geborene Tochter ein. Nach einer längeren Zeit des Wartens und der Überwindung etlicher büro-

Dr. Theo Mechtenberg

4973 Vlotho, den 23.02.1979
Südfeldstraße 4

An die
Ständige Vertretung der
Deutschen Demokratischen Republik
Kölner Straße 18

5300 Bonn - Bad Godesberg

Betr.: Antrag auf Entlassung aus
der Staatsbürgerschaft der
Deutschen Demokratischen Republik

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiernit beantrage ich aus arbeits- und versicherungs-
rechtlichen Gründen die Entlassung aus der Staats-
bürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik.
Ich bin mit Genehmigung des Generalkonsulats in Wrocław
als DDR-Bürger in die Bundesrepublik Deutschland über-
gesiedelt.

Wie mir im Konsulat gesagt wurde, sind meine Unterlagen
aus Wrocław an Ihre Dienststelle übermittelt worden.

Ich bitte Sie um eine schnelle Erledigung meiner An-
gelegenheit, da ich ab 1. März 1979 mein Arbeitsverhältnis
aufnehmen möchte, bei dem die Übernahme der Staatsbürger-
schaft der Bundesrepublik Deutschland Voraussetzung ist.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Theo Mechtenberg)

Dokument 20: Privat-Archiv Mechtenberg

kratischer Hürden und sonstiger Schwierigkeiten konnten wir am 13. Februar 1979 in die Bundesrepublik übersiedeln, und am 1. März nahm ich meine neue Tätigkeit als pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter am GESW auf.

Am 23. Februar 1979 stellte ich bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bad Godesberg meinen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ (Dokument 20). Rein rechtlich gesehen besaß ich zu diesem Zeitpunkt den kuriosen Status einer „doppelten deutsch-deutschen“ Staatsbürgerschaft. Natürlich war mir daran gelegen, möglichst bald in die DDR einreisen zu können, um meine dortigen persönlichen Kontakte zu pflegen. Mir wurde allerdings geraten, dies aus Sicherheitsgründen zunächst einmal über eine Einladung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin zu versuchen. Eine diplomatische Verstimmung war die Folge. Man hatte mich als Bundesbürger eingeladen, wo ich doch noch die Staatsbürgerschaft der DDR besaß. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrung richtete ich am 7. August 1979 an die Ständige Vertretung der DDR in Bad Godesberg ein Schreiben (Dokument 21). Am 11. September 1979 erhielt ich Antwort (Dokument 22).

Über meinen Schriftwechsel mit der Ständigen Vertretung der DDR setzte ich die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Kenntnis. Daraufhin erhielt ich unter dem 5. Oktober 1979 die Mitteilung, *Staatssekretär Gaus* wünsche, daß Sie uns *Ablichtungen Ihres Schreibens und der Antwort* geben. *Außerdem läßt er den Hinweis übermitteln, zunächst doch auf Reisen in Ostblockländer zu verzichten. Die Tatsache, daß Sie sich einen Bundespass haben geben lassen, könnte – streng genommen – als strafbar angesehen werden.*

Meine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zog sich ungewöhnlich in die Länge. Am 7. Januar 1980 fragte ich schriftlich bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik an, ob es eine Möglichkeit gäbe, auf eine beschleunigte Erledigung meines Antrags bei den DDR-Behörden zu drängen. Mein Brief wurde ans Bundeskanzleramt weitergeleitet, von wo ich mit Schreiben vom 28. April 1980 die folgende Antwort erhielt: *Nach sorgfältiger Prüfung erscheint es nicht angebracht, von seiten der Bundesregierung bei der Regierung der DDR mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß die Behörden der DDR Ihren Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR rascher bearbeiten.* Einen Monat später wurde mir dann endlich die Urkunde meiner Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR ausgehändigt.

Dr. Theo Mechtenberg
 Südfeldstr. 4
 497 Vlotho

Vlotho, den 7. 8. 79

An die Ständige Vertretung der
 Deutschen Demokratischen Republik
 - Konsularabteilung -

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit meiner Übersiedlung aus der VR Polen in die Bundesrepublik Deutschland im März dieses Jahres läuft bei Ihnen mein Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Da ich - wie ich Ihnen zur Kenntnis gab - bereits im Besitz eines Personalausweises und Reisepaßes der Bundesrepublik Deutschland bin, gleichzeitig aber auch noch einen Reisepaß der Deutschen Demokratischen Republik bei mir trage, entsteht für mich eine Rechtsunsicherheit über meinen derzeitigen staatsbürgerlichen Status. Ich möchte Sie daher um Auskunft bitten, welche Konsequenzen sich für mich - etwa für den Fall einer Reise in die Deutsche Demokratische Republik - nach der Rechtsauffassung der DDR ergeben. Für einen diesbezüglichen Bescheid wäre ich Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung!



STÄNDIGE VERRETUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

- Konsularabteilung -

Nam:
 Dr. Theo Mechtenberg
 Südfeldstr. 4
 4970 Vlotho

5300 Bonn 2, den 11. Sept. 1979
 Godesberger Allee 18

Sehr geehrter Herr Dr. Mechtenberg!

Ihr Schreiben vom 07. August 1979 wurde zur Kenntnis genommen.

Auf den Zeitraum der Bearbeitung Ihres Antrages zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik durch das Ministerium des Innern der DDR hat die Ständige Vertretung der DDR keinen Einfluß.

Bei Eingang der Entlassungsurkunde setzen wir uns sofort mit Ihnen in Verbindung.

Einer Reise in die DDR mit Ihrem gültigen Reisepaß der DDR steht nichts entgegen, solange Sie noch die Staatsbürgerschaft der DDR besitzen.

Es wäre erforderlich, den Reisepaß der DDR zur Eintragung Ihres Wohnortes in der Bundesrepublik Deutschland, der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik, zu übersenden.

Sollten weitere Fragen Ihrerseits bestehen, können Sie uns von

Montag-Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr

unter der Ruf-Nr.: 02221/379051-55

telefonisch erreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

8. Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk

Das Gesamteuropäische Studienwerk (GESW), an dem ich mit dem 1. März 1979 meine Tätigkeit aufnahm, ist eine der in der Bundesrepublik zahlreichen Einrichtungen der politischen Bildung, allerdings mit einer speziellen Zielsetzung. Es wurde 1954 aufgrund einer Bürgerinitiative zu dem Zweck gegründet, sich intensiv und qualifiziert mit den Ost-West-Problemen zu befassen, die Entwicklungen in den kommunistischen Staaten, insbesondere in der DDR, zu verfolgen und in Seminaren und durch Tagungen geistige Orientierung zu vermitteln. Es verwundert nicht, dass das GESW bei dieser Programmatik ins Blickfeld des MfS geriet. Ein erster, sehr ausführlicher Bericht über eine „Beiratstagung des ‚Gesamteuropäischen Studienwerks‘ vom 1. Oktober bis 3. Oktober 1959“ wurde am 14. Oktober 1959, samt Teilnehmerliste, als Tonbandabschrift dokumentiert. Die zum GESW angelegte MfS-Akte³¹ enthält weitere, ähnlich aufschlussreiche Berichte aus den Jahren 1960 und 1961. Sie lassen allesamt eine intime Kenntnis der inneren Arbeitsabläufe, des Personalbestandes, der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln und der Außenkontakte des GESW erkennen, so dass das MfS über die in Vlotho vermittelte politische Bildung bestens informiert war. Natürlich fällt die Wertung dieser Arbeit negativ aus. Man sieht in ihr *eine Verfälschung des Marxismus-Leninismus ... Man kann zusammenfassend sagen in der politisch-ideologischen Zersetzungsarbeit geht das Gesamteuropäische Studienwerk von der Position des Revisionismus aus.*³²

Von besonderem Interesse ist ein von „Armeegeneral Mielke“ unterzeichnetes Schreiben vom 14. Oktober 1988 bezüglich der *Verantwortlichkeiten von Diensteinheiten zur Aufklärung, Kontrolle bzw. Bearbeitung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet*. Darin ordnet Mielke den Austausch zweier Anlagen aus dem Jahr 1984 an. Auf der Anlage 2 ist das GESW unter Nr. 22 verzeichnet und damit als eines der Feindobjekte erfasst, *die subversive Tätigkeit gegen die DDR oder andere sozialistische Staaten inspirieren, organisieren bzw. durchführen oder durch anderweitige politisch-operativ relevante Aktivitäten Sicherheitsinteressen der DDR und anderer sozialistischer Staaten berühren bzw. gefährden ...* (Dokument 23)

In einem engen Zusammenhang mit diesem Vorgang dürfte eine sechsseitige Information über das GESW stehen, die aufgrund einer Anfrage vom 2. Dezember 1983 dem Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, Bereich 1, unter dem 22. Dezember 1983 zugestellt wurde (Dokument 24).

31 BStU, ZA, HA XX, ZMA 359.

32 Ebd., Bericht vom 13. 11. 1961, Bl. 7.

10545/8

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, 14. 10. 1988
BdL/ 219/88

Ex.-Nr. 00041

Dienstseinheiten
Leiter

BStU
000047

Verantwortlichkeiten von Diensteinheiten zur Aufklärung, Kontrolle bzw. Bearbeitung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet

Ausgehend von Erkenntnissen und Erfahrungen zur Realisierung der mit meinem Schreiben vom 15. 2. 1985, MfS-Nr. 4/85, angewiesenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zur Aufklärung, Kontrolle bzw. Bearbeitung feindlicher Stellen im Operationsgebiet wurden Überprüfungen und Maßnahmen durchgeführt.

Die in ihrem Ergebnis aktualisierten Anlagen 1 und 2 zu meinem vorgenannten Schreiben, die Ihnen beiliegend übergeben werden, treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Leiter der in der Anlage 1 genannten Dienstseinheiten haben die festgelegten Verantwortlichkeiten konsequent wahrzunehmen und die entsprechenden Informationsflüsse zu gewährleisten.

Der Leiter der ZAIG hat eigenverantwortlich die Aktualisierung der Anlage 2 und die Erfassung neu in Erscheinung tretender feindlicher Stellen zu gewährleisten.

Die bisherigen Anlagen 1 und 2 (Seiten 5 - 34 zur GVS 0008 MfS-Nr. 4/85) sind auszutauschen und bis zum 30. 11. 1988 an die Dokumentenverwaltung/Dokumentenstelle der BV zurückzusenden.

Mielke
Armeegeneral

Anlagen
Anlagen 1 und 2 zur
GVS 0008 MfS-Nr. 4/85

Dokument 23: BStU, ZA, HA IX, Nr. 528, Bl. 47, 64

20. Förderkreis für Ost-West-Information e.V. im paritätischen
Bildungswerk, Landesverband Berlin
1000 Berlin 45, Boothstr. 25
21. Gesamtdeutscher Studentenverband e.V.
5300 Bonn 1, Gorch-Fock-Str. 1
22. Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.
4973 Vlotho, Sudfeldstraße 2 - 4
23. Gesellschaft für Deutschlandpolitik Berlin e.V.
Kontaktanschrift: 1000 Berlin, Nachodstraße 1
24. Gesellschaft für die Einheit Deutschlands e.V.
BRD, 1000 Berlin (West)
25. Gesellschaft für Wehrkunde e.V. (GfW)
5300 Bonn 1, Wenzelgasse 42
26. Informationsstelle zur Solidarität mit den Opfern
staatlicher Repressionen in der DDR und Osteuropa
Kontaktanschrift: Grünes Zentrum Köln, 5000 Köln 1,
Michaelstraße 26
27. Informations- und Bildungszentrum Schloß Glimborn e.V.
5277 Marienheide, Schloßstraße 10
28. Institut für intereuropäische Studien
(Einrichtung der Europäischen Staatsbürger-Akademie e.V.)
1000 Berlin 36, Marlannenplatz 26
29. Institut für Ostrecht e.V.
8000 München, Theresienstraße 40
30. Intercontact, Gesellschaft für Studien- und Begegnungs-
reisen mbH
5300 Bonn 2, Mirbachstraße 2
31. Internationale de la Resistance - Resistance International
(Internationale des Widerstands - Widerstand International)
Avenue des Champs Elysees 102, 75008 Paris/France

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe
Bereich 1
Leiter

Berlin, 22. Dezember 1983
hu-pr
1983/6459/83
BSIU
000165

Hauptabteilung XX
AKG
Leiter

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. (GESW)
Vlotho/Weser, Südfeldstraße 2 - 4
Ihr F 454 vom 2. Dezember 1983, Tgb.-Nr.: - Tel. 21 858 - qui

Das "Gesamteuropäische Studienwerk" wurde 1954 gegründet. Träger ist ein aus einer BÜrgersinitiative hervorgegangener "politisch unabhängiger Verein". Zu den Mitbegründern zählten auch ehemalige aktive Faschisten, die ihre "Erfahrungen" in den Dienst der imperialistischen Ostpolitik der BRD stellten.

In diesem Sinne betreibt das Studienwerk seit seiner Gründung "politische Bildungsarbeit", wobei es sich mit Lehrgängen und Seminaren vorzugewisse an Mitglieder von Jugendverbänden, jugendliche Angehörige der Gewerkschaften und konfessioneller Organisationen sowie an Schüler und Lehrer wendet.

In den Lehr- und Diskussionsveranstaltungen wurden u. a.

- "Informationen über die sozialistischen Staaten, insbesondere die DDR vermittelt,
- "Kenntnisse über die theoretischen Grundlagen und die politische Praxis des Marxismus-Leninismus gelehrt",
- Gruppenreisen in die DDR und andere sozialistische Länder ideologisch vorbereitet,

Mit Jugendgruppen aus sozialistischen Ländern, die im Rahmen des Tourismus-Austausches die BRD besuchen, werden sogenannte Begegnungs- und Informationsaufenthalte im Objekt des Studienwerkes organisiert.

Das Papier enthält eine genaue Aufstellung der für das zweite Halbjahr 1983 geplanten Veranstaltungen. Mit Ausnahme einiger Unrichtigkeiten bei der Angabe des Personalbestandes von Vorstand und Dozenten entspricht diese Information den Tatsachen. Von besonderer Bedeutung bezüglich meiner Tätigkeit im GESW ist folgender Passus: *Im Zusammenhang mit sich abzeichnenden Versuchen des Gegners zur Organisation und Aktivierung von „DDR-Emigranten“ im kulturellen Bereich ist zu beachten: Nach einer Meldung der BRD-Tageszeitung „DIE WELT“ vom 21. November 1983 sollen Treffen von in der BRD befindlichen ehemaligen DDR-Autoren künftig auch in Vlotho stattfinden. Erich Loest, den man versucht, als „Integrationsfigur“ aufzubauen, habe erklärt, daß die „Akademie Vlotho“ [gemeint ist das Gesamteuropäische Studienwerk] auch halbjährliche Studienplätze für Exilliteraten zur Verfügung gestellt hat.*³³

Hintergrund dieser Notiz ist das damalige Bemühen von Erich Loest, in der Bundesrepublik lebende ehemalige DDR-Autoren zusammenzuführen, gemeinsame Tagungen zu veranstalten und zumal den jüngeren unter ihnen die Möglichkeit zur Selbstfindung zu geben und für eine gewisse Zeit sorgenfrei und ungestört an ihren Texten zu arbeiten. Aufgrund meiner intensiven Beschäftigung mit der DDR-Literatur war mir Erich Loest als Autor seit langem bekannt. Als ich bald nach Aufnahme meiner Tätigkeit im GESW Seminare zur DDR-Literatur anbot und Anfang der 80er Jahre Erich Loest dazu einlud, lernten wir uns auch persönlich kennen. Wir fanden beide, dass das GESW zur Verwirklichung seiner Pläne vorzüglich geeignet sei, zumal unser Institut wie kaum eine andere Einrichtung in der Bundesrepublik, die Universitäten einbezogen, über eine Spezialbibliothek verfügte, in der kaum ein Titel der DDR-Literatur fehlte.

Zur Finanzierung des Projekts waren Verhandlungen mit dem Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen erforderlich, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Mit Schreiben vom 30. November 1983 erklärte das Ministerium seine Bereitschaft, *eine finanzielle Unterstützung zur Schaffung eines Studienplatzes für aus der DDR ausgesiedelte Schriftsteller in Vlotho ab Haushaltsjahr 1984 zu gewähren.* Für ihre Betreuung war ich verantwortlich. In Absprache mit Erich Loest verwies ich in einem Schreiben vom 19. Dezember 1983 das Ministerium auf die menschliche Problemlage der meisten aus der DDR übergesiedelten Autoren, für die der Studienplatz auch psychisch von Vorteil sein würde: *Der zumeist unter belastenden Lebensumständen vollzogene Übergang von der DDR in die Bundesrepublik markiert eine kritische Lebensphase, die bewältigt werden muß. Um sich in die Ver-*

³³ BStU, ZA, HA XX, ZMA 359, Bl. 168.

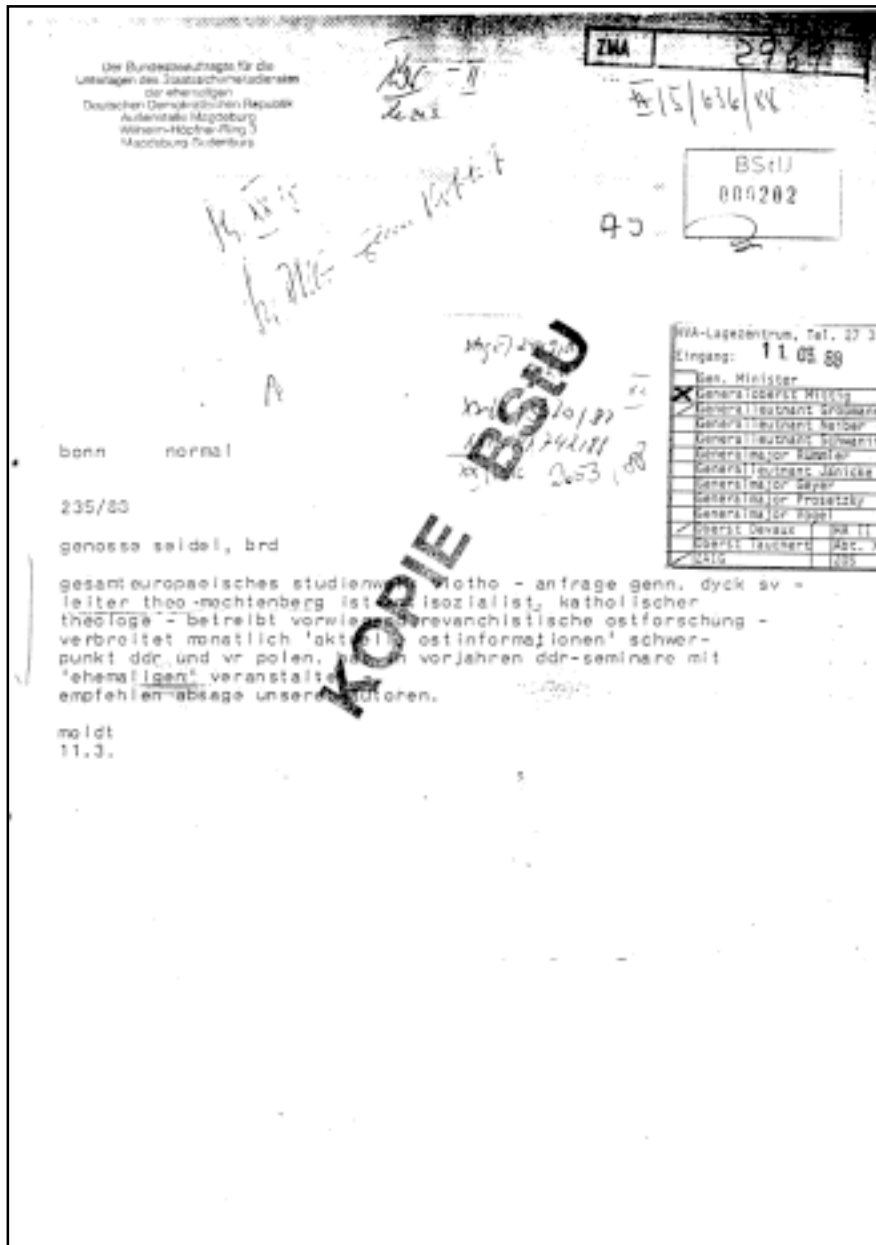
hältnisse der Bundesrepublik eingewöhnen zu können, erscheint eine Phase hilfreich, in der die Betroffenen relativ frei von materiellen Sorgen zu sich selbst kommen können. Das GESW bietet durch seine Lage, seinen wissenschaftlich-pädagogischen Charakter sowie durch die Bestände der Bibliothek genügend Möglichkeiten, daß die Betroffenen ihre persönliche Vergangenheit – auch literarisch – aufarbeiten, über diesen Reflexionsprozeß ihr Ich stabilisieren und sich auf diese Weise in die veränderten menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eingewöhnen können.

Die erste junge Autorin, die 1984 für mehrere Monate von diesem Angebot Gebrauch machte, war bereits mehrfach inhaftiert worden, wobei es sich bei den „Beweismitteln“ um eigene als staatsfeindlich eingestufte Gedichte sowie um die Verbreitung einzelner Schriften von Reiner Kunze in Abschriften oder Fotokopien gehandelt hatte. Sie war im Dezember 1982 aus der Haft entlassen und in die Bundesrepublik abgeschoben worden.

Auch wenn nicht alle, die zwischen 1984 und 1990 den ab 1985 mit zusätzlich 800.00 DM dotierten freien Studienplatz in Anspruch nahmen, gleich schmerzhaft Erfahrungen hinter sich hatten, mit dem MfS hatten sie alle mehr oder weniger zu tun gehabt. Dass ihnen die im GESW verbrachte Zeit eine Hilfe war, nach den belastenden DDR-Erlebnissen zu sich selbst zu finden und ihre Erfahrungen literarisch zu verarbeiten, geht aus ihren Abschlussberichten deutlich hervor.

Das zweite vom Ministerium großzügig geförderte Projekt betraf mehrtägige Treffen ehemaliger DDR-Autoren, an denen jeweils knapp vierzig Schriftsteller und Schriftstellerinnen teilnahmen. Dabei handelte es sich teils um thematische Veranstaltungen, teils um Werkstattgespräche. 1985 und 1986 wurden diese Treffen vom Sender RIAS-Berlin aufgezeichnet und in zwei jeweils einstündigen Sendungen ausgestrahlt, so dass von ihnen auch eine Wirkung in die DDR ausging. Das aufgrund der Sendungen anfallende Honorar war Preisen gewidmet, mit denen eine unabhängige Jury einzelne Autoren für ihr literarisches Schaffen auszeichnete.

Meine Versuche, zu den unabhängig von diesen Treffen ausgeschriebenen Seminaren zur DDR-Literatur Autoren aus der DDR einzuladen, blieben erfolglos. 1988 holte nach einer entsprechenden Anfrage die Leiterin für Internationale Beziehungen im Zentralsekretariat des DDR-Schriftstellerverbandes, Karla Dyck, die Meinung der Ständigen Vertretung der DDR in Bad Godesberg zu meiner Einladung ein. Die Antwort, die erstaunlicherweise Generaloberst Mittig vorgelegt wurde, beschreibt mich als „Antisozialisten“, verweist auf die von mir veranstalteten Seminare mit ehemaligen DDR-Autoren und empfiehlt eine Absage. (Dokument 25)



Dokument 25: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 202 (OPK „Keramik“)

9. Miterfasst in der OPK „Patron“

Auch in meiner Tätigkeit am GESW blieb ich mit Günter Särchen, dem Leiter der Magdeburger Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel, in Kontakt. Als Redakteur der vom GESW herausgegebenen „aktuellen ostinformationen“ war es mir möglich, Günter Särchen die zweimal jährlich erscheinende Doppelnummer zu seiner Verwendung zukommen zu lassen. Dem Charakter dieser Zeitschrift entsprechend bildete Polen den Schwerpunkt der Berichte und Analysen. So konnte ich meine in den Jahren zuvor durch die „Bulletins“ bewährte Kooperation nun in anderer Weise fortsetzen und Günter Särchen Material liefern, das in den von ihm herausgegebenen „Polen-Handreichungen“ Verwendung fand.

Brisant wurde diese Zusammenarbeit, als im August 1980 nach monatelangen Streiks die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“ legalisiert wurde und die Machthaber in der DDR in dieser Entwicklung eine Gefährdung des eigenen Systems sahen. Die staatlich gelenkten Medien begannen eine Kampagne, die mit sachlicher Information nichts, mit diffamierenden Attacken dagegen viel zu tun hatte. Da auch der seit 1972 bestehende visafreie Grenzverkehr praktisch zum Erliegen gekommen war, gab es in der DDR kaum verlässliche Informationen über die Entwicklung in Polen. Und wo man um wahrheitsgerechte Informationen über die Vorgänge in Polen bemüht war, trat das MfS auf den Plan.

So erregten die von Günter Särchen seit 1968 organisierten und bislang unbeanstandeten „Polenseminare“³⁴ mit einem Male das Interesse der HA XX/4. Während das MfS noch in einer „Information zum ‚Polenseminar‘ im Bereich des Seelsorgeamtes Magdeburg“ vom 9. Oktober 1980 zu der Einschätzung gekommen war, dass sich nach bisherigen Erkenntnissen *die Seminare im Rahmen der vorgenannten Ziel- und Aufgabenstellung bewegen und eine Ausnutzung der Seminare für politische Zwecke bisher nicht erkennbar seien*³⁵, heißt es in der „Operativen Information“ 54/82 der Abt. XX der MfS-Bezirksverwaltung Halle vom 29. März 1982, Särchen habe auf dem Polenseminar Auffassungen im Sinne *der konterrevolutionären Entwicklung vor dem 13. 12. 1981* vertreten.³⁶ Aufgrund dieser Sachlage wurde gegen ihn die OPK „Patron“ eingeleitet. Und auch ich geriet in diesem Zusammenhang erneut ins Blickfeld der Magdeburger Bezirksverwaltung des MfS, wie eine „operative Auskunft“ vom 24. Februar 1982 beweist.

34 Theo Mechtenberg, *Engagement ...*, a. a. O., S. 103–106.

35 BStU, Ast Magdeburg, AOPK 1521/87, Bl. 158 (OPK „Patron“).

36 Ebd., Bl. 187.

Im März 1982 verfasste Hauptmann Dobberphul als „Operativer Mitarbeiter“ der Magdeburger Abt. XX/4 zur Person von Günter Särchen ein umfangreiches Dossier, in dem meine Verbindung zu Günter Särchen unter Hinweis auf meine Magdeburger Jahre und mein siebenjähriger Aufenthalt in Polen als *von besonderer operativer Bedeutung* herausgestellt wird. In dem Papier heißt es: *Zur Person des Dr. Mechtenberg liegen mehrere operativ bedeutsame Sachverhalte vor, die darauf schließen lassen, daß Genannter seit Jahren im Auftrag feindlicher Organisationen/Dienststellen nachrichtendienstlich tätig ist. ... Die überwiegende Mehrzahl der DDR-Personen, die bis 1972 als Studenten und Jungakademiker einen engeren Kontakt zu Dr. Mechtenberg unterhielten, gerieten durch operativ bedeutsame Handlungs- und Verhaltensweisen in das Blickfeld des MfS und wurden bzw. werden operativ bearbeitet.*³⁷

Im „Operativplan zur Bearbeitung der OPK ‚Patron‘“ findet sich an erster Stelle der „politisch-operativen Maßnahmen“ die Aufklärung meiner Verbindung zu Günter Särchen sowie die Feststellung meines persönlichen Kontaktkreises durch Briefkontrolle und Postzollfahndung, Mittel, die sich in meinem Falle als unwirksam erweisen sollten (Dokument 26). So heißt es denn auch in einem Vermerk zur OPK „Patron“ vom 2. März 1983, dass *eine direkte persönliche oder postalische Verbindung Särchen – Dr. Mechtenberg nicht nachgewiesen werden konnte*, wobei das MfS allerdings nicht ausschloss, daß *eine derartige Verbindung durch Kuriere ... besteht*.³⁸ Nach Auskunft des Monatsberichtes vom 26. März 1984³⁹ gelang es dem MfS immerhin, mein Pseudonym „Ludger Kowertz“ zu entschlüsseln, das ich als Autor einer von Günter Särchen publizierten religiösen Schrift gewählt hatte, allerdings nicht, um das MfS, sondern den Magdeburger Bischof Johannes Braun irrezuführen, der mich für seinen Jurisdiktionsbereich mit einem Veröffentlichungsverbot belegt hatte.

Bei so viel Aufmerksamkeit, die mir das MfS entgegenbrachte, verwundert es eigentlich, das der Stasi offensichtlich mein Anteil an einem Vorgang verborgen blieb, dem ein solches Gewicht beigemessen wurde, dass er in einer „streng geheim“ gehaltenen „Information“⁴⁰ Politbüromitglied Paul Verner, dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, Rudi Bellmann, sowie dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, zugeleitet wurde. Konkret handelt es sich um eine von Günter Särchen herausgegebene

37 Ebd., Bl. 18f.

38 Ebd., Bl. 225.

39 Ebd., Bl. 129.

40 BStU, ZA, ZAIG, Z 3260.

Operative Auskunft vor unbefugter Einsichtnahme sichern!	
Mit Maschine oder Druckschrift ausfüllen	
Sondervermerke	bestätigt
MfS / BV / Vfsw. <i>Magdeburg</i>	Datum <i>24.02.82</i>
A / Abt. / <i>XX/13</i>	
Mitarbeiter <i>DOBERSTEIN</i>	Tel.-Nr. <i>2758</i>
Personenüberprüfung in der Abt. Dienstst. PZF	
Name <i>Dr. MECHTENBERG</i>	
Geburtsname/ weitere Namen *)	
Vorname <i>Theodor</i>	<i>000037</i>
geb. am <i>22.09.28</i>	in <i>Essen</i>
Staats- angehörigkeit	
PKZ	
Anschrift <i>Bell-Ceynhausen, BRD</i>	
<i>Schäferweg 15</i>	
Beruf / Tätigkeit <i>Dozent</i>	
Arbeitsstelle <i>Gesamteuropäisches Studienwerk</i>	
Hinweise zur Überprüfung <i>Bell-Ceynhausen</i>	
*) unbedingt angeben	<i>i. A. Apfent</i> Leiter der DE

Dokument 26: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 37 (OPK „Keramik“)

ne „Handreichung“ unter dem unverfänglichen Titel „Versöhnung – Auftrag der Kirche“. (Dokument 27) Diese 104 Seiten umfassende Schrift enthält sechzehn Dokumente, die aus der Sicht der „Solidarność“, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung sowie des polnischen Episkopats über die polnische Entwicklung zwischen dem August 1980 und der Zeit nach Verhängung des Kriegsrechts kommentarlos berichten. Diese Dokumente waren von mir übersetzt und zuvor in den „aktuellen ostinformationen“ veröffentlicht worden, ehe sie im Oktober 1982 als „Handreichung“ in tausend Exemplaren in der DDR vervielfältigt und von Günter Särchen an die auf der zentralen Pastoralkonferenz anwesenden Seelsorgeamtsleiter „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ verteilt worden waren. Ihr Zweck war es, den in den DDR-Medien vorherrschenden Fehlinformationen und Verzerrungen entgegenzuwirken sowie Klerus und Gemeinden über die tatsächlichen Vorgänge im Nachbarland Polen aufzuklären.

Eine erste negative Reaktion auf diese „Handreichung“ kam aus dem Berliner Ordinariat, das einen Tag nach der Pastoralkonferenz darauf bestand, die Berlin zugedachten Exemplare unverzüglich wieder abzuholen.

Das MfS war offenbar bald nach Verteilung der „Handreichung“ durch „interne Hinweise“ in Kenntnis gesetzt worden, dass die Bischöfe in ihrer Mehrheit die *Verbreitung eines derartigen Materials wegen seines politischen Inhalts* ablehnten. Zudem war es dem MfS nach eigener Angabe gelungen, dass sich die Berliner Bischofskonferenz auf ihrer Sitzung am 6./7. Dezember 1982 mit dem Vorgang befasste und Vorsorge traf, um eine weitere Verbreitung der in der „Information“ als „Pamphlet“ bezeichneten Dokumentensammlung zu verhindern. Die „Information“ sieht fernerhin eine Aussprache mit dem Magdeburger Bischof Braun vor, von dem man fälschlicherweise annahm, dass er *von der Zusammenstellung des Materials Kenntnis hatte und einer Aushändigung an die Geistlichen zustimmte*. Ihm solle deutlich gemacht werden, dass die unter seiner Verantwortung *verbreitete „Handreichung“ zu einer Belastung des Verhältnisses Staat – Kirche führen kann*.⁴¹ Um für die Zukunft einen ähnlichen Vorgang auszuschließen, wurde Günter Särchen auf Anweisung von Bischof Braun jede Art Veröffentlichung ohne einen rein theologischen Inhalt untersagt. In der Folgezeit eskalierte der Konflikt zwischen ihm und seinem Bischof, so dass Günter Särchen Mitte der 80er Jahre der kirchliche Auftrag entzogen wurde.

41 Ebd., Bl. 8.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
BStU 000001	
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!	<p>1. Ver 2. Ben 3. Gysi 4. M. Hig 5. MA 84, Ltr. 6. Magdeb., Ltr. 7. Lohmann 8. Ndt.</p> <p>Berlin, den 7. Dez 1982</p> <p>5 Blatt 8 Exemplar</p> <p>Nr. 628 / 82</p>
<p>INFORMATION</p> <p>über</p> <p>die Verbreitung einer sogenannten Handreichung der katholischen Kirche über "Ereignisse, Entwicklungen in der VR Polen ..." in <u>Magdeburger kirchlichen Antebereich</u></p>	
<p>Dem MfS streng intern vorliegenden Hinweisen zufolge hat der Leiter der Abteilung Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel der katholischen Kirche in Magdeburg,</p> <p style="text-align: center;">S ä r c h e n , Günter (54),</p> <p>ein 104 Seiten umfassendes Material unter der Überschrift</p> <p style="text-align: center;">"Versöhnung - Auftrag der Kirche"</p> <p>verbreitet und mit Zustimmung von Bischof B r a u n /Magdeburg den Geistlichen im Bereich des Antes Magdeburg ausgehändigt. Dieses Material ist als "Handreichung - nur für den innerkirchlichen Gebrauch" deklariert.</p> <p style="text-align: right;">Der Bundesbeauftragte für die</p>	

10. Die OPK „Keramik“

Wenngleich sich sowohl die Magdeburger Bezirksverwaltung des MfS als auch die Berliner HA XX/4 spätestens seit Mitte der 60er Jahre für mich interessierte, so dauerte es doch bis zum Sommer 1981, ehe ich einer strikten Überwachung durch das MfS unterzogen wurde, wie sie bei Personen üblich war, die in den Verdacht politisch-ideologischer Diversion oder politischer Untergrundtätigkeit geraten waren. Die Initiative dazu ging von der MfS-Kreisverwaltung Zeitz aus. Unter dem Decknamen „Keramik“ ermittelte diese Dienststeinheit unter der Federführung von Major Enke gegen den in Zeitz ansässigen Künstler M. M. Ziel der Maßnahme war es, unter Einsatz von vier IM „Tatbestandsmerkmale der §§ 106, 100 und 107 StGB“ zu ermitteln. Als Anhaltspunkt in Bezug auf M. M. dienten dem MfS *Verbindungen zu Personen der BRD, die in interessierenden Einrichtungen tätig sind sowie Kontakte und Verbindungen nach der VR Polen, welche die Linie von „Solidarnosc“ vertreten*.⁴² In diesem Zusammenhang betrachtete das MfS mich als Schlüsselfigur, so dass die OPK „Keramik“ auch mich einbezog. Die Akte umfasst drei Bände mit insgesamt 616 Blatt und wurde am 18. Mai 1983 archiviert.

Wie es zu dieser OPK kam, lässt sich mit einiger Sicherheit rekonstruieren. Den Ausgangspunkt bildeten die bereits seit längerem gegen M. M. laufenden Ermittlungen, über die ich allerdings nicht im Detail informiert bin, sind mir doch die M. M. betreffenden personenbezogenen Daten der OPK „Keramik“ weitgehend unbekannt. Ins Blickfeld der Zeitzer MfS-Dienststelle geriet ich, als ich im Rahmen meiner ersten DDR-Reise als Bundesbürger bei M. M. und seiner Frau einen Besuch machte. Mit beiden war ich seit meiner Magdeburger Jahre bekannt und ihnen freundschaftlich verbunden. Zudem waren der Kreisdienststelle Zeitz meine Kontakte zu meinem Freund F. K., dem damaligen katholischen Pfarrer von Weißenfels, bekannt. Ihn hatte ich regelmäßig von Polen aus besucht, und nach meiner Übersiedlung in den Westen war jeweils er es, der für mich die Einladung aussprach und die Aufenthaltsgenehmigung für Reisen in die DDR für mich beantragte. Noch bevor das MfS auf meine Kontakte zu M. M. aufmerksam geworden war, hatte es bezüglich meiner Person 1978 seitens der Kreisdienststelle Zeitz bei der benachbarten Kreisdienststelle Weißenfels eine Anfrage gegeben. Man wollte herausfinden, ob ich auf dem Hintergrund der Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz auf dem Marktplatz in Zeitz im August 1976 Verbindungen zum evangelischen Pfarrer in Zeitz sowie zum Brüsewitzzentrum unterhielt. Aus dem Antwortschreiben vom 30. November 1978 geht hervor, dass ich zu diesem Zeitpunkt bereits überprüft wurde,

allerdings keine Hinweise auf Verbindungen zum Brüsewitzzentrum erarbeitet werden konnten.

Diese Spur wurde in den folgenden Jahren jedoch weiter verfolgt. So finden sich in den Stasiunterlagen gelegentliche Verwechselungen des Gesamt-europäischen Studienwerks mit dem Brüsewitzzentrum, die sich durch meinen Wohnsitz in Bad Oeynhausen erklären, wo letztere Einrichtung ihren Sitz hatte. So war der auf M. M. angesetzte IMB „Hans Richters“, mit Klarnamen Dr. Nitzsche, offenbar beauftragt zu ermitteln, ob ich nach meiner Übersiedlung in die Bundesrepublik mit dem Brüsewitzzentrum in Verbindung stand. Nach dem als Tonbandabschrift vorliegenden „Treffbericht“ vom 4. August 1981 brachte der IMB ein Gespräch mit M. M. gezielt auf das Brüsewitzzentrum in Bad Oeynhausen, wobei er als naheliegend suggerierte, dass ich wohl dorthin Kontakte unterhalte. Dies verneinte M. M. – übrigens zu Recht – ganz entschieden. Nach meiner Auffassung sei *das Zentrum infiltriert*. Auf die Nachfrage des IMB, wie dies gemeint sei, soll M. M. dem IMB gegenüber gesagt haben, ich sei der Meinung, *daß das Zentrum sehr stark von Spitzeln von [sic] DDR-Nachrichtendienst durchdrungen sei und man immer Gefahr laufe, wenn man dort mitarbeite, daß die Informationen an das MfS gelangen*.⁴³ Auch hätte ich, was wiederum den Tatsachen entspricht, den Vorschlag von M. M. abgelehnt, Frau Brüsewitz aufzusuchen.

Dieser auf Vertrauensbruch beruhenden Abschöpfung waren zwei weitere „Treffberichte“ vom 28. Mai bzw. vom 30. Mai 1981 vorangegangen, in denen dem MfS Gesprächsinhalte meines Besuchs bei M. M. im Rahmen meiner DDR-Reise vom 15.–19. Mai übermittelt wurden. Einen breiten Raum nehmen darin meine Polenkontakte ein. Angesichts der durch „Solidarność“ ausgelösten brisanten Entwicklung war dieser Gesprächspunkt für das MfS von besonderem Interesse. Da ich kurz zuvor in Polen gewesen und mit Tadeusz Mazowiecki zusammengetroffen war, berichtete ich natürlich von dieser Begegnung. Dass allerdings im „Treffbericht“ der Name dieses prominenten Dissidenten und späteren ersten Ministerpräsidenten nach dem Umbruch des Jahres 1989 als *Mussowjetzki* wiedergegeben wurde, spricht nicht gerade für die Sachkenntnis und Intelligenz des IMB und seines Führungsoffiziers. So ist es zumindest fraglich, ob man in der Zeitzer Dienststeinheit tatsächlich herausgefunden hat, um wen es sich in Wahrheit handelte. Verwertbarer dürfte hier schon meine Analyse der Situation in Polen gewesen sein, auch wenn ihre Komplexität vom IMB offenbar kaum begriffen wurde. Erwähnung findet auch, dass ich zur Zeit an der Übersetzung der von Karol Wojtyła, dem heutigen Papst, verfassten Dramen arbeitete und mit ihm persönlich in Kontakt stünde.

42 BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 304.

43 Ebd., Bl. 212.

Die der Dienststelle Zeitz durch den IMB „Hans Richters“ zugänglich gemachten Informationen waren offenbar der Anlass für ein Gespräch, das Major Enke am 12. Juni 1981 mit dem stellvertretenden Leiter der Kreisdienststelle Weißenfels, dem Genossen Jarcho, führte und das Major Enke tags darauf in einem handschriftlichen Aktenvermerk festhielt. Dieses Gespräch bezog sich ausschließlich auf meine Person. Major Enke erfuhr, dass ich aufgrund meiner Verbindung zu F. K. bereits in der „VSH“, also der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei, erfasst sei. Weiter heißt es in dieser Aktennotiz: *Eine aktive Erfassung bzw. Bearbeitung des Th. Mechtenberg durch die KD Weißenfels ist nicht vorgesehen. Die KD Weißenfels ist mit einer Erfassung der genannten Person durch die KD Zeitz einverstanden. Auch koordinierende Maßnahmen, insbesondere ein Einsatz von IM, ist [sic] möglich.* Unter Bezugnahme auf meinen Besuch bei F. K. in der Zeit vom 15.–19. Mai 1981 heißt es dann: *Obwohl offiziell bei der Person [REDACTED] eingereist, konnte der durch die KD Weißenfels eingesetzte IM den Th. Mechtenberg bei der Person [REDACTED] nicht feststellen. Ein Aufenthalt war nicht erkennbar.* Schließlich erfuhr Major Enke noch, daß sich die HA XX/4 ebenfalls für die Einreise des Th. Mechtenberg interessiert. Dazu erfolgte ein telefonischer Rückruf des Gen. Schulze BV Halle Abtl. XX/4. Das FS wurde aus diversen Gründen gleichlaufend an die H. Abtl. XX/4 weitergeleitet.⁴⁴

Zu diesem Zeitpunkt wusste die Kreisdienststelle Zeitz bereits von meiner Tätigkeit am Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho, wo ich mit meiner Familie auch zunächst wohnte. Am 28. Februar 1979, also kurz nach meiner Ausreise aus Polen, hatte ich an meinen Freundeskreis einen Rundbrief verschickt, u. a. auch an eine in Zeitz wohnhafte Ärztin. Dieser Brief wurde abgefangen. Darin hatte ich von der Übersiedlung berichtet, die am 13. Februar bei beschwerlicher Fahrt auf eisglatter Autobahn stattfand. In diesem Zusammenhang zitierte ich den Bibelspruch, wonach man darum beten solle, daß die Flucht nicht in den Winter falle ... Des Weiteren berichtete ich von einem „Prüfungsverfahren“, nach dessen Bestehen ich am 1. März 1979 beim Gesamteuropäischen Studienwerk angestellt worden war.⁴⁵ Die zusammenfassende Einschätzung der erarbeiteten operativ bedeutsamen Anhaltspunkte zur OPK „K e r a m i k“ nimmt auf diesen abgefangenen Brief ausdrücklich Bezug: *Über seinen Fluchtweg und seine Aufnahme ins Gesamteuropäische Studienwerk e. V. berichtete er schriftlich an die Frau Dr. [REDACTED].*⁴⁶ Wie man sieht, nahmen die MfS-Interpreten den Bibelspruch allzu wörtlich.

44 Ebd., Bl. 91f.

45 Ebd., Bl. 127f.

46 Ebd., Bl. 12.

Zudem hatte man sich in Zeitz durch Kopien aus dem Mindener Telefonbuch sowohl meine Privat- als auch meine Dienstnummer verschafft. Ein handschriftlicher Vermerk „Gen. Bartosch“ auf der rechten oberen Ecke der Seite mit den beiden Vlothoer Dienstnummern verrät den Bezug zur Telefonüberwachung durch die zuständige Abt. 26, die der Verantwortung von Hauptmann Bartosch unterstand.

Bei meiner ersten Einreise in die DDR nach meiner Übersiedlung aus Polen wurde ich gegen 10.00 Uhr am Grenzzollamt Marienborn/Autobahn einer gründlichen Zollkontrolle unterzogen und verhört. Verdächtiges wurde nicht gefunden und konnte aufgrund der von mir getroffenen Vorsichtsmaßnahmen auch nicht gefunden werden. Außer der Tatsache, dass ich am GESW Gruppen auf ihre Studienreisen nach Polen vorbereite, brachte das MfS nichts in Erfahrung. Ein anderer Sachverhalt ist dagegen in diesem Zusammenhang schon interessanter, gibt er doch Einblick in die Arbeitsweise der Grenzdienststellen. In dieser „Information“ bezüglich meiner „Rückverbindung zu einem Pfarrer in Weißenfels“ findet sich nämlich der Hinweis, aus Kartei-mitteln der Zollverwaltung sei bekannt, dass am 9. 6. 75 am Grenzzollamt Marienborn Drewitz meine ehemalige Magdeburger Anschrift festgestellt wurde. Sie war bei einer Kontrolle meines Westberliner Freundes U. W. entdeckt worden, der im Zusammenhang mit meiner Bespitzelung durch den IM „René“ eine gewisse Rolle spielt.

Wie zu sehen ist, sammelte die Zeitzer Dienststelle mich betreffende Auskünfte anderer MfS-Organen. Auf diese Weise gerieten auch die lange zurückliegenden Vorgänge aus meiner Wittenberger Zeit sowie eine am 22. Juni 1981 durch die Magdeburger Abt. XX/A erteilte „Operativinformation“ in meine OPK-Akte. Letztere nimmt Bezug auf meine Magdeburger Jahre, wobei insbesondere meine Beziehung zu dem IMS „René“ betont und mir fälschlicherweise unterstellt wird, ich hätte den IMS dahingehend beeinflusst ..., die DDR ungesetzlich zu verlassen. Diese „Operativinformation“ endet mit der Empfehlung, den MECHTENBERG aktiv zu erfassen und koordinierende Maßnahmen mit der BV Halle, Abteilung XX/4 sowie der Hauptabteilung XX/4 festzulegen.⁴⁷

Doch nicht in jedem Fall erhielt die Zeitzer Dienststelle die gewünschten Auskünfte. So hatte Major Enke am 23. Juni 1981 bei der für internationale Verbindungen zuständigen HA X nachgefragt, ob dort vorhandenes Material über mich zur Verfügung gestellt werden könne. Die Antwort ist ausweichend. Enke solle sich mit der HA XX in Verbindung setzen. Dies hatte er bereits am 5. Juni 1981 getan und die telegraphische Mitteilung erhalten, dass das betreffende Material gesperrt sei (Dokument 28). Doch nicht nur dieser ge-

47 Ebd., Bl. 9.

Deutscher Demokratischer Republik
Außenstelle Magdeburg
Wilhelm-Rapke-Platz 3
Magdeburg-Südost

TELEGRAMM

EINGANG AUSGANG

Dringlichkeit: Ausnahme OKS - GVS - VVS Fu/FS-Nr.: 183/2352

Absender: MfS Berlin - Abteilung XII

Empfänger: BV Halle KD Zeitz

Zeit: den 06.06. 1981

Betr: Ihr JA - Nr. 505 vom 05.06.1981

BSU
000145

1. M., Theo
mit Vorname Theodor geb. am 22.09.1926, ist erfasst für die
BV Halle - KD Weidenburg in VSH,
und MfS - Abt. X, MfS - Mafaelicke in Allg.-P - 12497/78 gew
sperrt.
Anderen Personen sind nicht erfasst.
MfS - Abt. XII/100 - Nr. 1324/81 GVS - 3492 Protsch

Durchschläge/Durchschriften: Sok. Geschrieben: Gesehen:

Empfangen: Uhrzeit: Aufgegr.: Ende: Nach: Sachverh.:

Dokument 28: BSU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 145 (OPK „Keramik“)

sperrte Schriftverkehr, den die HA X in den 70er Jahren mit den polnischen Sicherheitsorganen geführt hatte, fehlt in meiner OPK-Akte, sondern auch sämtliche Erkenntnisse des MfS über meine Aktivitäten als Leiter des Arbeitskreises „Pacem in terris“. Daran wird deutlich, dass die verschiedenen Ebenen des Ministeriums für Staatssicherheit keineswegs immer kooperierten.

Die von der Zeitzer MfS-Dienststelle aufgrund eigener Recherchen gewonnenen und aus verschiedenen Quellen gesammelten Informationen waren immerhin ausreichend, um sie in zwei weitgehend übereinstimmenden „Einschätzungen“ meiner Person vom 3. September bzw. 26. Oktober 1981 im Rahmen der OPK „Keramik“ zu einem Gesamtbild zusammenzufassen. Zu welcher geradezu kuriosen Schlussfolgerungen man dabei gelangte, zeigt u. a. der Vermerk, es sei unter *Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden* herauszuarbeiten, *welche Aufträge der Mechtenberg direkt vom Papst erhält ...* Um der ganzen Sache das rechte Gewicht zu verleihen, heißt es dann am Ende der vom Leiter der Zeitzer Dienststelle, Oberstleutnant Held, unterzeichneten „Einschätzung“ vom 3. September 1981: *Die OPK „Keramik“ soll bis zum 32. Jahrestag der Bildung des MfS zum OV entwickelt werden.*⁴⁸ Dazu kam es indes nicht.

48 Ebd., Bl. 14f.

Die „Einschätzung“ vom 26. Oktober 1981 beinhaltet darüber hinaus die Absicht einer *konspirativen Beobachtung* meiner Person. Anlass dazu bot die von mir zwischen dem 18. und 26. November geplante Reise in die DDR, von der die Zeitzer Dienststelle aufgrund der Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung für diesen Zeitraum durch meinen Freund F. K. Kenntnis hatte. Dabei ging man offenbar von der Vermutung aus, ich würde diese Reise dazu nutzen, um über meine Kontakte in der DDR feindliche Stützpunkte zu errichten. Immerhin hatte man mich ja im „Erfassungsbeleg“ wegen meiner Tätigkeit am GESW als *leit. Mitarbeiter eines Zentrums der PiD*, also der politisch-ideologischen Diversion, eingestuft. Entsprechend zielen die in der „Einschätzung“ vom 26. Oktober 1981 vorgesehenen Maßnahmen auf die *vorbeugende Verhinderung eines möglichen Wirksamwerdens der Feindorganisation sowie die Herausarbeitung und Aufdeckung angewandter Mittel und Methoden und Personifizierung möglicher Stützpunkte.*⁴⁹

Auf diese Weise wurde ich völlig ahnungslos während meiner im Herbst 1981 unternommenen, rein privaten Reise in die DDR zum „Fahndungsobjekt“ mit der Nummer 267 750. (Dokument 29)

Was dann zur Realisierung der „konspirativen Beobachtung“ meiner Person vom MfS mit einem hohen personellen und technischen Kräfteinsatz unternommen wurde, besitzt alle Merkmale einer sozialistischen Beschäftigungsmaßnahme – gewaltiger Aufwand, mäßiger Erfolg. Es lohnt sich, an dieser Fallstudie die Maßnahmen des MfS etwas näher zu beschreiben.

Als erstes verfasste Major Enke handschriftlich eine „Konzeption zur Durchführung einer operativen Beobachtung – OPK ‚Keramik‘ über den Zeitraum 18. 11. 1981 – 26. 11. 1981.“ Vorgesehen war *der komplexe Einsatz operativer Kräfte, Mittel und Methoden in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der BV Halle. Unter konkreter Anleitung des Leiters der DE Gen. OSL. Held wurde der konzentrierte Einsatz von fünf Stasioffizieren sowie vier IM geplant.* Da auch bei dieser Reise angenommen werden konnte, dass ich sie zu einem Besuch in Zeitz bei M. M. sowie bei der mir bekannten Ärztin nutzen würde, waren *zur Gewährleistung eines zielgerichteten Einsatzes für beide Bereiche insgesamt neun Stützpunkte* ausgewählt worden. Von ihnen aus sollten durch die Maßnahmen A und B, also durch telefonische und akustische Überwachung, Gespräche abgehört werden.⁵⁰

Die die „Stützpunkte“ betreffenden Maßnahmen wurden in einzelnen Aktenvermerken genauestens festgelegt. Als Beispiel – auch als Beleg für die Orthographie des Sachbearbeiters – sei einer der Aktenvermerke im Folgenden dokumentiert. (Dokument 30)

49 Ebd., Bl. 21.

50 Ebd., Bl. 25–27.

Kopie BStU

**MINISTERIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit**

Hauptabteilung/Abteilung _____
 Bezirksverwaltung/Verwaltung fabe
 Kreis-/Ortsdienststelle Zell
 Sachbearbeiter Ecke

Telefon 8757 Sekretariat _____ Spätdienst _____
 Tgl.-Nr. _____, den _____

Auftragsersuchen - Beobachtung

(Für die Schreibmaschine ausfüllen)

Dekname: OPK, Keramik

<u>Mechtenberg</u>	<u>Theodor</u>	<u>männlich</u>
Fachangabe, auch Unterschlüssel	Vorname	Geschlecht
<u>22.9.28 Essen 1870</u>	<u>BZO</u>	
Geburtsdatum	Geburtsort/-land	
<u>verheiratet</u>	<u>-</u>	
Familienstand	Kinder (Anzahl/namen)	
<u>4970 Bad Oeynhausen, Schulweg 15</u>		
<u>1 Wohnadrt (Postfach), Ort, Bezirk, Kreis, Straße, Haus-Nr., Stadtteil-Nr., Postleitzahl (bei)</u>		

II Wohnadrt, auch Nebenwohnung bzw. zeitw. Außenheim (Wohnheim, Grundstück, Lehn, Hotel/Zimmer-Nr., u. s.)
Besamtelungsplüdes Studienwerk Vlotho
 Betreffend und Anzahl der Arbeitsstelle, konkrete Angabe des jeweiligen Arbeitsortes
Dr. phil. Theologe, Dozent
 Erläutern Beruf und konkrete Beschreibung der heutigen Tätigkeit/des jetzigen Rang

Arbeitszeit: Montag – Freitag, 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr, Samstag 10.00 bis 12.00 Uhr
Pol. Kz.: MI-MR 78

Darüber/Besitzer welcher Fahrzeugart? (Nur wenn Angaben über Typ, Farbe, Kennzeichen, Mithaherlaubnisbesitzer u. s.)
Wo und diese Fahrzeuge abgestellt? (Straße, Nr./Nr. der Garage u. s.)

Ausdrückliche Fotoaufzeichnung (Foto – wenn aufgenommen)
2 F. nicht bewert, nur einige p. fotoch mit
erschaffen werden, Fotodokumentation als Person

Gewöhnliche Unterzeichner, druckförmige Bezeichnung: I. Hauptabteilung, Funk-App., Fernschreib- und Televisiengruppe,
 Angabe des Zeitstempels, Datum, Bezeichnung welcher Abteilung im Telefon-Dienstvermerk – GOST

nicht f.

Kopie BStU

BStU
000022

Dokument 29: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 22 (OPK „Keramik“)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein
unverletzliches und unverteilbares
Gesamtes deutsches Volk und Reich
Auf dem Gebiet der Bundesrepublik
Deutschland steht das Recht der
Bundesrepublik Deutschland
Magdeburg - Stettin

Kreisdienssstelle Zeitz
Zeitz, den 16.11.81

Aktenvermerk

über die Schaffung des Stützpunktes -Kreisbaubetrieb-

In Absprache mit dem Parteisekretär des VEB Kreisbaubetriebes
wurde festgelegt:

Als Stützpunkt für die operativen Maßnahmen über den Zeitraum
18.11.-25.11.81 wurde das Zimmer 314 ausgewählt.
Dieses Zimmer ist zur Zeit nicht besetzt.
Die eingesetzten Genossen erhalten einen Schlüssel
für:

1. Schlüssel Zimmer 314
2. Schlüssel Tor Volksplatz
3. Schlüssel Seitentür.

Desweiteren erhalten die Genossen einen Ausweis zur Legitimation
als Instrukteure der Bezirksleitung der SED
mit gültigen Stempel und Unterschrift des Parteisekretärs.
Der Hausmeister als auch der Pförtner sind angewiesen,
daß sich ab 16.11.81 bis 25.11.81 Instrukteure der BL der SED
im Haus der Kreisbaubetriebe aufhalten können.
Beim Betreten des Gebäudes brauchen sich die Genossen nicht namentlich
vorstellen. Es genügt der Ausweis. Bei evtl. auftretenden
Fragen können sich die Genossen auf den Gen. Viehweger berufen.
Nachts hat der Zutritt zum Betrieb über großes Tor und der auf der
rechten Seite befindlichen Seiteneingang zu erfolgen.
Das Zimmer 314 befindet sich im 2. Stock linke hinten.
Nummer befindet sich an der Tür.

BSU
000028

Sachbearbeiter
Heinke
Leutnant

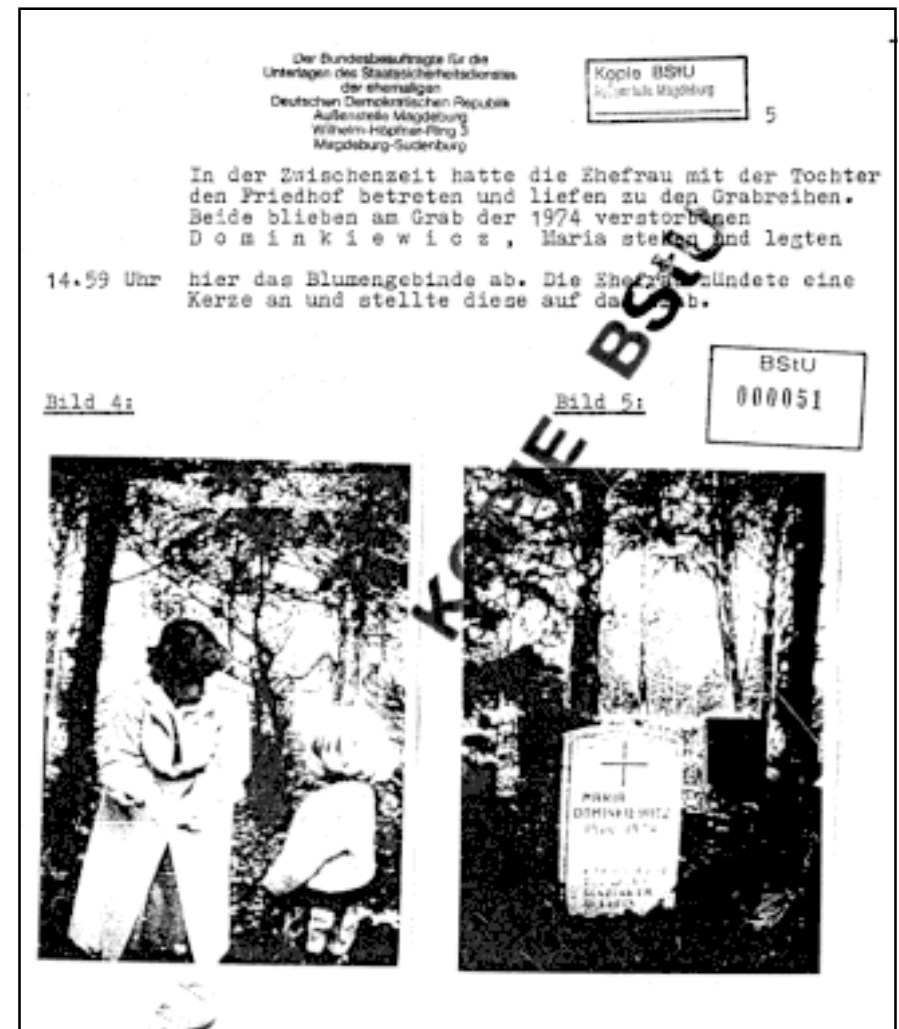
Dokument 30: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 28 (OPK „Keramik“)

Da ich nicht vorhatte, volle neun Tage in der DDR zu verbringen, mussten sich die Genossen von der Kreisdienststelle Zeit ein wenig gedulden, ehe sie in Aktion treten konnten. Am 20. November konnte Gen. Enke von der KD Zeit durch den Leiter der „Operativen Leitzentrale“ der BV Halle, Abt. VI, endlich davon in Kenntnis gesetzt werden, dass ich am gleichen Tag um 9.30 Uhr über die Grenzübergangsstelle Marienborn mit dem Wagen in die DDR eingereist war. Am Einreisetag blieb ich noch unbeobachtet. Die Ermittlung meiner jeweiligen Aufenthaltsorte und Fahrten wurde am 21. November, 8.00 Uhr, mit der Feststellung aufgenommen, dass sich mein PKW auf dem Wohngrundstück meines Freundes F. K. befand und sich Frau und Tochter zu dieser Zeit im Wohnhaus aufhielten.

Dank des „Beobachtungsberichts“⁵¹ weiß ich heute auf die Minute genau, wo ich mich zwischen dem 21. und 23. November 1981 aufgehalten habe. Liest man ihn im Abstand der Jahre, so erscheint der „Beobachtungsbericht“ geradezu wie die Textvorlage zu einem Kabarett, etwa wenn es für den 21. November heißt: *10.05 verließ Mechtenberg das Wohnhaus, bestieg seinen PKW und fuhr mit diesem auf den hinteren Hofteil, wo nicht sichtbar war, was er dort tat.* Solch ungewollte Komik findet sich mehrfach. In Wirklichkeit war diese Art fürsorglicher Behandlung allerdings alles andere als lustig, zumindest von dem Augenblick an, als meine Frau und ich bemerkten, dass wir auf Schritt und Tritt verfolgt wurden: Am folgenden Tag, einem Sonntag, fuhren wir von Weißenfels nach Halle, um auf dem Südfriedhof das Grab meiner Schwiegermutter aufzusuchen. Falls die Uhren der Beobachter richtig gingen, trafen wir dort um 14.49 Uhr ein. Offenbar ist es selbst für geschulte Kräfte nicht einfach, am helllichten Tag auf einem einsamen Friedhof das „Fahndungsobjekt“ unbemerkt unter Kontrolle zu halten. Jedenfalls war es allzu auffällig, dass nahe beim Grab meiner Schwiegermutter eine weibliche Person stand, die genau in dem Augenblick den Rückweg antrat, als wir uns – um 15.20 – zum Gehen umwandten. Um sicher zu sein, dass wir uns in unserer Annahme nicht irren, narren wir sie dadurch, dass wir nicht gleich die Richtung zum Hauptausgang einschlugen, worauf sie merklich irritiert und nervös reagierte. Nun waren wir die Beobachtenden und konnten am Ende feststellen, dass besagte Person in einen mit zwei Männern besetzten Wartburg einstieg, der uns im weiteren Verlauf unserer Fahrt folgte. Dass wir allerdings am Grab fotografiert worden waren, hatten wir nicht bemerkt. (Dokument 31)

Dem „Beobachtungsbericht“ nach hatte ich offenbar durch den Umstand Verdacht erregt, dass ich – um 14.51 – obwohl alle drei Personen einen Mantel bzw. Anorak an hatten, über dem linken Arm eine zusammengelegte

51 Ebd., Bl. 47–54.



Dokument 31: BStU, Ast. Halle, AOPK 1380/83, Bd. 3, Bl. 51 (OPK „Keramik“)

blaue Kutte trug, wobei der Futterstoff nach Außen gekehrt war. Bei diesem Verdacht erregenden Objekt handelte es sich in Wirklichkeit um den Mantel unserer kleinen Tochter, den ich für den Fall mitgenommen hatte, dass es ihr beim Grab zu kalt würde. Jedenfalls war unter ihm keine geheime Botschaft versteckt, die ich als Agent westlicher Geheimdienste beim Grabstein auftragsgemäß hätte hinterlegen sollen.

Am Tag zuvor hatten wir M. M. und seine Frau in Zeitz besucht, wo wir – um 14.34 – vor dem Wohnhaus eintrafen, dieses – um 14.35 – betraten und – um 19.22 – wieder verließen. Zu einer Panne kam es, als – um 17.15 – Frau M. und eine dem Auftraggeber bekannte männliche Person das Wohnhaus verließen. Bei dieser Person handelte es sich um den IMS „Olbricht“. Aus seinem „Tonbandbericht“ vom 3. Dezember 1981 geht hervor, dass er den Auftrag hatte, während unseres Besuchs bei M. M. mit der legendierten Begründung hereinzuschauen, er habe seit 6.00 früh Alarmtraining gehabt, könne um diese Zeit mit dem Bus nicht heimfahren und wollte mal fragen, aus alter Freundschaft, ob er eine Tasse Tee bekommen könne. Doch da Frau M. darauf verwies, dass die Wohnung voller Leute sei und sich anbot, den Schnüffler mit ihrem Wagen nach Hause zu fahren, konnte IMS „Olbricht“ in seinem Bericht keinen Erfolg melden.⁵²

Und noch eine Panne passierte bei dieser Beobachtung. Nachdem uns unsere Schatten am Sonntag bis Eilenburg und am Montag über Bad Schmiedeberg und Bad Dübén bis zur Autobahn Richtung Halle gefolgt waren, geriet Mechtenberg und seine Ehefrau mit ihrem PKW auf der AB außer Kontrolle ... Trotz massiven Einsatzes konnten wir an diesem Tag weder in Halle noch in Weißenfels und Zeitz aufgefunden werden. So bleibt es wohl für alle Zeiten ein Geheimnis, wo wir bis zu dem Zeitpunkt geblieben waren, als die Grenzübergangsstelle Marienborn tags darauf melden konnte, wir seien um 16.25 ausgeist.

Der von Oberstleutnant Klemm und Hauptmann Eschke von der BV Halle unterschriebene Beobachtungsbericht schließt in „Einschätzung zur BO ‚Keramik‘“ mit der bemerkenswerten Feststellung: *Bei dem Besuch auf dem Südfriedhof Hüttenstraße waren Mechtenberg und seine Ehefrau sehr anhänglich und interessierten sich nicht für ihre Umwelt.* Dies stimmt nur halb. Für unsere „Umwelt“ in Form der Beschattung haben wir uns jedenfalls sehr wohl interessiert.

Ein wenig ergiebiger war die unter der Leitung von Oberstleutnant Held geradezu generalstabsmäßig vorbereitete B-Maßnahme 26. Durch Abhören eines Telefonats, durch das meine Frau und ich von Weißenfels aus unseren Besuch bei M. M. für den frühen Nachmittag des 21. November angekündigt hatten, war die Kreisdienststelle Zeitz über unsere voraussichtliche Ankunft gut informiert. So konnten die Genossen, mit Papieren versehen, die sie als *Instrukteure der Bezirksleitung der SED* auswiesen, unter verschiedenen Legendierungen wie die *Absicherung staatswichtiger Transporte* oder in Zusammenhang mit der Jugendkriminalität stehende Kontrollen rund um

⁵² Ebd., Bl. 224.

den Wohnsitz von M. M. in aller Ruhe ihre Stützpunkte beziehen. Der fünf Stunden währende Lauschangriff ist auf nur fünf Seiten dokumentiert, die im wesentlichen einzelne Satzketten und kaum zusammenhängende Aussagen enthalten. Offenbar war die Abhörtechnik doch nicht so perfekt, dass die Aufnahme der Gespräche eine qualifizierte Auswertung ermöglicht hätte. Immerhin brachte man einiges in Erfahrung, was nicht unbedingt für die Ohren des MfS bestimmt war. So erfuhr das MfS von Ausstellungen, die M. M. durch meine Vermittlung ohne Genehmigung der Behörden in der Bundesrepublik durchgeführt hatte und weiter plante. Auch Überlegungen zu einer etwaigen Übersiedlung der Familie in die Bundesrepublik kamen zur Sprache, falls *man wirklich keine Möglichkeit mehr sieht, aus Verzweiflung ...* Ein längeres Gespräch galt der DDR-Literatur, wobei es namentlich um Reiner Kunze, Jürgen Fuchs, Christa Wolf, Stefan Heym, Gert Neumann und Wolf Biermann ging, Autoren also, die ihrer Systemkritik wegen gemäßregelt oder gar verfolgt wurden. Aus einigen Äußerungen zur Person des Dr. Nietzsche alias IMB „Hans Richters“, der durch seine Berichte entscheidend zur Einleitung der OPK „Keramik“ beigetragen hatte, konnten die Horcher auf einen Verlust an Vertrauen des M. M. ihm gegenüber schließen, das dieser – entsprechend in Kenntnis gesetzt – allerdings nach eigenen Angaben wieder festigen konnte. Einen weiteren Gesprächspunkt bildete die in jenen Jahren erstarkende Friedensbewegung, der sich zunehmend Schriftsteller und Künstler anschlossen. Ohne Details anzuführen, vermerkt der Bericht, dass *durch Mechtenberg über die DDR-Forschung (Ostforschung) gesprochen [wurde], in der er sich auskennt.* Zur Sprache kam auch ein von mir unternommener Besuch mit einer Gruppe Jugendleiter im Brüsewitzzentrum. Schließlich ging es noch um die Frage der nationalen Identität im gespaltenen Deutschland, die von mir aufgeworfen wurde und die darauf abzielte, zwischen dem Deutschsein und dem Status eines Bürgers der DDR bzw. der Bundesrepublik zu unterscheiden – *man solle sich nicht identifizieren, sondern das Profitorium [sic] sehen*, wobei den Künstlern in dieser Hinsicht eine besondere Verantwortung zukomme, eine Auffassung, der M. M. rückhaltlos zustimmte. Verbindungen nach Polen spielten dagegen bei diesen Gesprächen nur am Rande eine Rolle.⁵³

In der „Auswertung der operativ erarbeiteten Informationen“ findet sich eine kurze Zusammenfassung der ermittelten Gesprächsinhalte, wobei man zu dem Schluss gelangte, dass sowohl M. M. als auch ich *von der Position der PiD aus diskutieren*.⁵⁴ Was die Auswertung der IM-Einsätze betrifft, so wird

⁵³ Ebd., Bl. 67–71.

⁵⁴ Ebd., Bl. 73.

bedauert, dass der offensive Einsatz des IM „Olbricht“ durch Frau M. verhindert wurde und dem IMB „Hans Richters“ ... kein persönlicher Kontakt zu mir gelang. Das Ergebnis der Bespitzelung war somit äußerst mager: *Aussagekräftige Informationen zum Mechtenberg wurden nur insofern erarbeitet, daß bereits getätigte Angaben aus der Maßnahme 26 bestätigt wurden.*⁵⁵

Am 28. Januar 1983 wurde die OPK „Keramik“ abgeschlossen und archiviert. In der strafrechtlichen Einschätzung der politisch-operativen Bearbeitung kommt das MfS zu dem Schluss, dass keine Beweise der Verletzung der Tatbestände der § 100, 106 und 107 des StGB vorliegen – in ihrer Anwendung sehr dehnbare Paragraphen, die sich auf illegale Auslandsverbindungen und staatsfeindliche Hetze beziehen. *Durch zielstrebige Zersetzungsmaßnahmen* konnten allerdings M. M. und seine Frau *verunsichert und zersetzt werden*. In der Tat hatte – wie der Abschlussbericht gleichfalls vermerkt – der Gesundheitszustand des unter Druck geratenen M. M. sehr gelitten. Die Einschätzung des MfS, dass durch die „polit.-operativen Zersetzungsmaßnahmen“ der Kontakt des M. M. zu mir abgebrochen wurde, entspricht den Tatsachen. Auf Bitten der in der Bundesrepublik wohnhaften Mutter des M. M. habe ich von weiteren Besuchen bei M. M. abgesehen und auch sonst meine privaten Kontakte in die DDR eingeschränkt, um niemanden durch eine Verbindung zu mir zu gefährden.

Der Abschlussbericht endet mit dem Vermerk, dass die Archivierung der Akte der HA XX mitgeteilt und bei ihr angefragt wurde, *ob an der Person MECHTENBERG operatives Interesse besteht*, um gegebenenfalls die Unterlagen für die Berliner Zentrale freizugeben. Ob und wie die HA XX reagiert hat, ist nicht aktenkundig. Dass das Interesse der DDR an meiner Person praktisch bis zum Ende der DDR anhielt, beweisen neben den bereits angeführten Fakten aus der Zeit meiner Tätigkeit als Dozent am Gesamt-europäischen Studienwerk zwei Mitteilungen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG/5) vom 27. August 1987 bzw. vom 26. April 1989 an den Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung des MfS in Halle. Sie betreffen bezüglich meiner Person den Hinweis auf eine auf Ersuchen erteilte Auskunft an das *Bruderorgan der VR Polen* sowie – aufgrund einer thematischen Recherche – an das *Bruderorgan der UdSSR* gelieferte Informationen.⁵⁶ (Dokumente 32 und 33)

⁵⁵ Ebd., Bl. 72.

⁵⁶ BStU, ZA, ZAIG/5, Nr. 010937, Bl. 27f.

		BStU 000027	
Arbeitsgruppe ZAIG/5		Berlin,	27.08.87
		Tgb.-Nr.	4742/87
		SIA-Nr.	856/87
<u>Persönlich!</u>			
Leiter AKG			
RV Halle			
Signalisierende Informierung über Auskunftersuchen anderer Bruderorgane			
Zu der Person			
Name, Vorname:	..Mechtenberg, ..Theodor...		
geb. am:	..22.09.1928.....		
Erf.-Nr.:	..46455.....		
AVW:	B.....		
Nr. des AE:	..OMK-00405.....		
zu der gemäß Befehl Nr. 11/79 des Genossen Minister Informationen erfaßt sind, wurde durch das Bruderorgan der			
.....VR-Polen..... in Auskunftersuchen gestellt.			
Die Auskunftserteilung erfolgte entsprechend der festgelegten Ausgabeverfahrensweise.			
i.v. d. ... Leiter der Arbeitsgruppe			

Dokument 32: BStU, ZA, ZAIG/5, Nr. 010937, Bl. 27

ZAIG/5 Berlin, 20.04.69
Tgb.-Nr. 2255/69
T-SIA-Nr. 302/69

BSIU
000029

Persönlich !
II II

AKG
Leiter

Signalisierende Information über thematische Recherchen
anderer Bruderorgane

Die zur Person

Name, Vorname : H. Kienberg, Helmut
geb. am : 21.09.20
Erf.-Nr. :
Nr. der them. Recherche : 1

gemäß Befehl Nr. 11/79 des Gen. Minister im Sonderspeicher
erfaßten Informationen wurden aufgrund einer thematischen
Recherche an das Bruderorgan der DDR
entsprechend der festgelegten Ausgabeverfahrensweise aus-
gegeben.

KOPF

Leiter der Arbeitsgruppe

Ki.
Kiencke
OSL

Abt 26	Akustische Überwachung
AE	Auftragssuchen
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Maßnahme 26 B	Akustische Überwachung
BO	Beobachtung
BV	Bezirksverwaltung
CFS	Chiffriertes Fernschreiben
DE	Diensteinheit
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FS	Fernschreiben
GESW	Gesamteuropäisches Studienwerk
GHD	Geheimdienst
GI	Geheimer Informator
HA	Hauptabteilung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	IM mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung in Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IMF	IM mit Feindberührung (ab 1979: IMB)
IMS	IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs
IMV	IM mit vertraulichen Beziehungen zu im Vorgang bearbeiteten Personen
KD	Kreisdienststelle
KIK	Klub Katholischer Intelligenz
KSG	Katholische Studentengemeinde

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

KW	Konspirative Wohnung
MA	Hauptamtlicher Mitarbeiter
Maßnahme A und B	Akustische und telefonische Überwachung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
OVA	Operative Vorlaufsakte
PID	Politisch-ideologische Diversion
PK	Personenkontrolle
PZF	Postzollfahndung
TH	Technische Hochschule
VP	Volkspolizei
ZMA	Zentrale Materialablage
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Magdeburg und der Zentralstelle Berlin der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und durch freundliches Entgegenkommen der Katholischen Pfarrei Lutherstadt Wittenberg.

Impressum

Dr. Theo Mechtenberg:
30 Jahre Zielperson des MfS –
Eine Fallstudie zu Aufklärung und Simulation der Stasi
(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 13)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, November 2001

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung